

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pr. Nummer 1
Wochenblatt 25 Pf., monatlich 1.10 Mk.,
halbjährlich 5.50 Mk., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Gebühr für die sechsgepaltenen Anzeigen
oder deren Raum 50 Pfg., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Beraternungs-Anzeigen 30 Pfg.,

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Vernspracher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 2. November 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Vernspracher: Amt IV, Nr. 1984.

An die Arbeiter aller Länder!

In der Nacht vom 26. zum 27. September dieses Jahres, unmittelbar nach der Zusammenkunft des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Zürich, hat die italienische Regierung, die wir nicht mit Italien verwechseln wollen, dem türkischen Reich ein brutales Ultimatum geschickt und 48 Stunden nachher erklärte sie ihm den Krieg.

Dieser Angriff kann nicht energisch genug verurteilt werden durch alle diejenigen, welchen der Weltfriede am Herzen liegt und die Achtung haben vor dem Völkerrechte. Niemals vielleicht hat die räuberische Politik des Kapitalismus sich so vollständig jedes menschlichen Schleiens entblößt. Niemals hat sie weniger Anstrengungen gemacht, einen Schein von Entschuldigung zu finden bei einem Gewaltstreich gegen eine andere zivilisierte Nation, die im Beginn großer Reformbestrebungen steht.

Gegen ein derartiges Attentat konnte die internationale Arbeiterschaft sich nicht anders wie einstimmig erheben. Unsere italienischen Genossen sind mit unseren türkischen Genossen vollständig einig, um im Namen der allgemeinen Interessen des Proletariats gegen ein ebenso verbrecherisches wie wahnsinniges Unternehmen zu protestieren, welches ebenso unheilvoll, vielleicht unheilvoller sein wird für die Sieger wie für die Besiegten, — welches die Geißel eines Weltkrieges zu entfesseln und einen Abgrund zu graben droht zwischen Europa und der neuen islamitischen Welt, und welches in letzter Konsequenz, notwendigerweise, den Mächten Vorwände liefern muß, die bisherigen Militärlasten noch drückender zu machen.

Eben um diesen Protest zu unterstützen, fußend auf die Stuttgarter und Kopenhagener Resolutionen sowie auf die spezielle Entscheidung, die in Zürich am 25. September getroffen wurde, fordert das I. S. B. Euch auf, in den wichtigsten Städten Europas öffentliche Versammlungen zu veranstalten gegen den Gewaltstreich von Tripolis und damit auch gegen den Krieg im allgemeinen.

Die Expedition nach Tripolis ist in der Tat nichts als eine der mannigfachen Rundgebungen der von allen Großmächten befolgten Politik.

Wie Italien nach Tripolis ging, so hat England Ägypten genommen, machen Frankreich und Spanien sich Marokko streitig, hat Deutschland den Streich von Agadir ausgeführt, hat Oesterreich-Ungarn sich Bosniens und der Herzegovina bemächtigt. Und an diese Mitschuld des Beispiels reiht sich nun die Mitschuld der Zustimmung: wenn die italienische Regierung so handeln konnte, hat sie es nur im Einverständnis mit ihren Verbündeten und im Einverständnis mit den „Entente-Mächten“ getan.

Auch ist es nicht nur die italienische Politik, sondern die Politik aller Mächte, die der internationale Sozialismus den Völkern als eine Politik der Wilden

ausdecken muß. Ist sie doch ihren Opfern ebenso verberblich wie denjenigen, welche daraus Vorteil zu ziehen glauben.

In der Türkei und in den muslimännischen Ländern überhaupt erzeugt diese Politik hartnäckige Rachsucht, gefährlichen Groll, und im Augenblick, wo edle Geister sich bemühen, dort die Ideen, die Einrichtungen, die Freiheiten einzuführen, welche die abendländischen Nationen schon lange errungen haben, begünstigt sie die reaktionären Elemente und liefert ihnen wirksame Argumente gegen jedes friedliche Eindringen europäischer Kultur.

In Europa entfacht sie mörderische und kostspielige Kolonialkriege: die Spanier erfahren es im Rif; die Italiener fangen an, es in Tripolis zu erleiden. Sie fälscht die demokratischen Einrichtungen und hält deren Entwicklung auf. Sie stärkt die alten Gewalten und lenkt von den sozialen Bestrebungen ab. Sie verwickelt die Völker in die endlose Kette der Militärausgaben. Sie droht in jedem Augenblick Katastrophen zu provozieren, welche an Grauel alle Grauel übertreffen würden, die die Welt jemals gekannt hat.

Dieser Politik der Roheit und der Gewalt muß das internationale Proletariat mehr denn je alle Kräfte, über die es verfügt, entgegensetzen.

Unsere italienischen Genossen haben schon gegen die Expedition nach Tripolis getan, was sie unter so ungünstigen Verhältnissen tun konnten. Sie haben gekämpft und sie werden fortfahren, Fuß um Fuß gegen die nationalistische Bestialität zu kämpfen.

Aber ihre Anstrengungen müssen von der ganzen Internationale unterstützt werden. Es müssen eben alle unsere Sektionen ihnen unsere moralische Solidarität bezeugen.

Wir protestieren also mit ihnen gegen den Krieg, und zugleich sprechen wir den Wunsch aus, daß die türkische Regierung, — indem sie aus den Ereignissen die Lehre zieht, welche sich aus ihnen ergibt, indem sie sich bemühen soll, die ethnischen Gegensätze auszugleichen und den Beschwerden der Arbeiterklasse Rechnung zu tragen, — zur Annäherung der Balkannationen wirksam beitragen möchte, bis ihre intimere Vereinigung zu einem föderativen Organismus erfolgt sein wird. Die Nationen des Südostens von Europa besitzen alle Kulturbedingungen für eine autonome Entwicklung. Sie sind ökonomisch verbunden, sie werden sich politisch verbinden müssen. Der Sozialismus wird also mit seinem ganzen Einfluß die Idee der Solidarität der Balkannationen unterstützen und wird die Widerstandskraft dieser Völker gegen die Intrigen und Angriffe des europäischen Kapitalismus stärken.

Arbeiter aller Länder! Vereinigt Euch gegen den Krieg, manifestiert für den Frieden, für die Abrüstung und für die Solidarität der Völker!

Der geschäftsführende Ausschub des Internationalen Sozialistischen Bureaus:

Edouard Anseele. Léon Furnemont. Emile Vandervelde. Camille Huysmans, Sekretär.

Die heftigen Landtagswahlen.

Die „häufige Erneuerung“ der heftigen Zweiten Kammer wird am Freitag, den 3. November, vor sich gehen. Die „Reform“ des heftigen Landtagswahlrechts veranlaßte auch diese veraltete, die politische Entwicklung des Landes hemmende Bestimmung der heftigen Wahl nicht zu beseitigen. Nicht einmal die einmalige gänzliche Erneuerung des Landtages wagte die Mehrheit zu beschließen — aus Furcht vor der Sozialdemokratie, obwohl jetzt die Wahl erst gewählt wird und der neue Landtag noch zwei ganz verschiedenen Wahlkreisen zusammengesetzt sein wird.

Von den 50 bisherigen Landtagsabgeordneten scheidet die Hälfte aus und dazu kommen die 8 neuen, durch die Wahlreform geschaffenen Mandate, von welchen je eins auf die Städte Mainz, Darmstadt, Biebrich, Offenbach und Worms und je eins auf die ländlichen Bezirke der drei heftigen Provinzen entfällt. Es sind also 38 Mandate neu zu besetzen, von welchen bisher 8 im Besitze der Nationalliberalen, 7 in dem der Bauernbündler waren, während 5 dem Zentrum, 3 der Sozialdemokratie, 1 den Freisinnigen und 1 den „Wilden“ gehörte.

Die Konstellation der bürgerlichen Parteien im gegenwärtigen Wahlkampf wird völlig von der Furcht vor der Sozialdemokratie beherrscht. Wo die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten von vornherein aussichtslos erscheint, da gibt es meist eine heftige Rathbalderei um die Waage bei den bürgerlichen. Dort jedoch, wo irgend eine Aussicht auf Erfolg des Sozialdemokraten erstehen könnte, regen sich die feindlichen Kräfte gerührt in den Armen. Je nach den Verhältnissen im Wahlkreise ziehen Wähler, Nationalliberale oder Zentrum ihre Kandidaten zugunsten eines Kandidaten der „befreundeten“ Partei zurück in der Zuversicht, daß es im benachbarten Kreise umgekehrt gemacht wird.

Eine zugleich traurige und lächerliche Rolle spielen diesmal die heftigen Freisinnigen. Während diese bei den letzten Landtagswahlen im Jahre 1909 mit sehr geringen Ausnahmen entschlossen zur Sozialdemokratie standen — es handelte sich um die wider nicht gelungene demokratische Ausgestaltung der Wahlreform —

suchten sie diesmal fast überall Fühlung nach rechts mit dem politisch schwer kompromittierten heftigen Nationalliberalismus. Ihr Angebot eines Zusammengehens mit diesem wurde aber von den völlig dem Zentrum und den antisemitischen Wählern verlassenen Nationalliberalen überall abgelehnt. Während darauf der Freisinn in Oberheffen meist selbständig vorging, entschloß er sich anderwärts, seinen Anhängern die Stimmabgabe für den Nationalliberalen oder den Sozialdemokraten freizugeben. In einigen Kreisen verstand er sich sogar zur bedingungslosen Unterstützung der Nationalliberalen. In Mainz erwuchs ihm dafür schöner Lohn, denn hier entschlossen sich nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch die Ultramontanen, den „freisinnigen“ Kandidaten tatkräftig zu unterstützen und so den Sozialdemokraten die Wiedergewinnung des 1908 verlorenen Mainzer Mandats unmöglich zu machen. Die jämmerliche Haltung des heftigen Freisinn bei den Landtagswahlen wird ihm jedoch jetzt nichts einbringen; bei den folgenden Reichstagswahlen sich aber bitter an ihm rächen.

Die Furcht der bürgerlichen Parteien vor der Sozialdemokratie entspringt den Erfahrungen, die man bei den Reichstagswahlen in Gießen-Widda und Friedberg-Waldungen gemacht hat. Aber auch die Furcht des bösen Gewissens wirkt mit, denn die Verhängung der bisherigen Landtagswahlreform an den politischen Rechten des Volkes, die Preisgabe wichtiger Rechte der Zweiten Kammer an die Herrenkammer, die hoffnungslose Finanzlage Hessens; alles das schreit zum Himmel und hat tiefe Erbitterung in den Wählerkreisen geschaffen. Und doch können die Wächter in Hessen ruhig schlafen. Sie haben es durch ihre skandalöse Wahlreform nur zu gut verstanden, vorläufig wenigstens der Abrechnung zu entgehen. Das Vorkaufsrecht (Zweistimmrecht für Wähler über 50 Jahre) verschafft insbesondere in den ländlichen Bezirken, bei dem erheblich höheren Durchschnittsalter der bürgerlichen Bevölkerung gegenüber den Arbeitern, den Wählern und dem Zentrum erhebliche Vorteile. Aber auch in den Städten überwiegt die Zahl der über 50 Jahre alten bürgerlichen Wähler verhältnismäßig erheblich die der Proletarier. In ganz Hessenland bleibt die Stimmziffer der sogenannten Altännerwähler nur um etwa 12 000 hinter der der

Wähler mit einer Stimme zurück. Den Schaden davon hat allein die Sozialdemokratie. Ferner wird die verschärfte Steuer rückstandslos in diesen Tagen unerträglich teuerung Kaufenden von Arbeitern das Wahlrecht kosten. Dazu kommt die schamlose neue Wahlkreiseinteilung, die ganz auf das Interesse der Mehrheitspartei zugeschnitten wurde, zum Schaden der Sozialdemokratie wie des Freisinn.

Die heftige Sozialdemokratie dürfte unter diesen widrigen Umständen am 3. November kaum mehr Mandate erhalten als bisher, trotzdem aber wird ihr eine nicht geringe Vermehrung ihrer Stimmzahl sicher gelingen. Die eigentliche Quittung für die Schandtaten der reaktionären Mehrheit wird auch in Hessen erst der 12. Januar 1912 bringen.

Der Krieg.

Die Nachrichten über die Lage in Tripolis widersprechen einander durchaus. Die Türken berichten in der bestimmtesten Weise über die Siege ihrer Truppen, die nahe daran seien, Tripolis einzunehmen. Die türkische Botschaft in Berlin gibt folgendes amtliches Telegramm bekannt:

In der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober griffen türkische Truppen, durch Freiwillige unterstützt, die Italiener an. Die feindliche Linie wurde an mehreren Punkten durchbrochen. Bei diesem Kampf, der bis zum nächsten Tage 4 Uhr nachmittags dauerte, wurde der Feind bis zu dem Sorori Mahalla zurückgedrängt. In der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober wurde der Angriff erneuert. Die Italiener wurden in die Flucht geschlagen und verließen die Forts Seidas, Misri und Henni, wo sie zahlreiche Vorräte, Munition und Material zurückließen. Die Verluste der Italiener sind bedeutend. Die türkischen betragen ungefähr 40 Tote und 100 Verwundete. Nach den letzten Nachrichten sind die Italiener gezwungen, die Verteidigung auf die Stadt selbst zu beschränken.

Die Einnahme der Stadt ist in kurzem zu erwarten.

Diese Nachrichten werden von den Italienern nicht minder bestimmt als falsch erklärt. Die italienische Botschaft gibt folgende Note aus:

Angeht die phantastischen Nachrichten, die über die Lage des italienischen Expeditionskorps in Tripolis veröffentlicht worden sind, hält es die italienische Botschaft für nötig, nachfolgende Mitteilung zu machen, durch die die gegenwärtige Lage auf dem Kriegsschauplatz genau bezeichnet wird: Die Italiener sind in allen Kämpfen zu Wasser und zu Lande ohne Ausnahme Sieger geblieben. Sie haben Tripolis, Benghazi, Derna, Goms und Tobruk besetzt, indem sie den Feind zwingen, sich zurückzuziehen. Seitdem sind alle Angriffe des Feindes zurückgeschlagen worden, wobei ihm sehr schwere Verluste zugefügt worden sind. Die italienischen Truppen haben zahlreiche Kanonen und zwei Fahnen erbeutet. Nach der Schlacht vom 26. hat kein Kampf mehr stattgefunden.

Am merkwürdigsten ist, daß die Italiener nicht nur behaupten, Steger geblieben zu sein, sondern überhaupt leugnen, daß nach dem 26. gekämpft worden ist. Die Erfolge der Türken sollen hauptsächlich in der Nacht zum 28. errungen worden sein. Will man also nicht annehmen, daß die amtlichen türkischen Depeschen überhaupt aus freier Luft erfunden sind, so macht die Ablehnung jedes Kampfes die italienischen Dementis allerdings stark verdächtig.

Die Barbare der Kriegsführung.

Die Italiener suchen sich gegen die Anklagen, durch die Massenhinfürungen gefangener Araber sich einer infamen Grausamkeit schuldig gemacht zu haben, durch gemundene Redensarten zu entschuldigen, die aber schließlich nur ein Geständnis ihrer Schandtaten enthalten. Die „Agenzia Stefani“ erklärt:

Infolge des Verrates (?) der Araber, die, nachdem sie sich bereits der italienischen Regierung unterworfen hatten, hinterlistig die Soldaten in der Flanke angegriffen haben, im Einverständnis mit den Türken, die die italienischen Verschanzungen in der Front angriffen, wurde es unermesslich, die Rebellen zu bestrafen und die Dase zu säubern. Diejenigen, welche mit der Waffe in der Hand angetroffen wurden, sowie die, welche nach einem regelrechten gerichtlichen Verfahren des Todes (?) für schuldig befunden wurden, sind erschossen worden. Andere Gefangene, die Verrat begünstigt hatten, oder entgegen den amtlichen italienischen Anordnungen Waffen trugen, sind — an Zahl ungefähr 2200 — nach italienischen Inseln gebracht worden. Zum besseren Schutze der Vorposten zerstörte man in der Dase die Mauern und alles, was den Rebellen hätte nützen können; zuerst aber sorgte man dafür, daß die harmlosen Araber, Frauen und Kinder nach Tripolis in Sicherheit gebracht wurden. In Wirklichkeit waren es die Feinde, die Grausamkeiten gegen Verwundete verübten. Zum Beweise hierfür dient die Tatsache, daß die Zahl der Toten verhältnismäßig viel bedeutender ist als die der Verwundeten.

Diese Beschuldigungen gegen die Araber werden wohl außerhalb Italiens nirgends Glauben finden.

Neue Kämpfe!

Konstantinopel, 1. November. „Adam“ und „Jeni Gazetta“ verzeichnen Gerüchte von neuen Kämpfen bei Benghazi und Derna. Hierbei sollen die Italiener hinter die Verteidigungslinie von Benghazi und Derna zurückgegangen sein.

Tripolis, 1. November. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Western war hier alles ruhig, als plötzlich einige von feindlichen Gebirgsgeschützen abgefeuerte Schrapnells in die Stadt fielen. An den Befestigungen wurde kein Schaden angerichtet. Ein Eingriff der Kriegsschiffe aus der Flanke trieb die Türken in die Flucht, zerstörte die Verschanzungen und machte vier Geschütze unbrauchbar. Aus Benghazi und Goms wird nichts Neues gemeldet.

Eine türkische Drohung.

Konstantinopel, 1. November. Oberst Reshat Bei notifiziert dem Kommandanten der italienischen Flotte vor Tripolis, daß er für das Schicksal der mehreren tausend gefangenen Soldaten keine Verantwortung übernehme, falls die italienische Flotte abermals die Stadt Tripolis bombardiert.

Die Stellung des Zentralkomitees.

Saloniki, 1. November. Das jungtürkische Zentralkomitee erklärt, es werde sich nicht mehr in Angelegenheiten der Regierung mischen und seine Mitglieder würden keine Vorrechte für sich oder Staatsstellungen anstreben, widrigenfalls sie exemplarisch bestraft würden. Das Komitee werde den Fortschritt der Bildung fördern, an der Einigung der Rassen arbeiten und die Unternehmungen der Regierung unterstützen. Diese Erklärung soll auf die Haltung der Offiziere und die ungünstige Volksstimmung zurückzuführen sein.

Demonstrationen in Ägypten.

Alexandrien, 1. November. Aus Anlaß der Veröffentlichung der türkischen Siegesberichte herrschte gestern Abend in der hiesigen Bevölkerung eine große Erregung. Von Europäern abgefeuerte Revolverkugeln verursachten einen Tumult. Die Ordnung wurde durch die Polizei wieder hergestellt. Eine Person wurde getötet und 14 Personen, darunter ein Europäer, verwundet.

Der Vatikan als Kriegsheer.

Aus Rom wird uns geschrieben: Die Priester und Prälaten fahren weiter fort, wacker für Tripolis Melodie zu machen. Vorige Woche hielt Genovese Podrecca in Monte Giari (Vesuvio) eine Parteiverammlung ab, zu der der hierherliche Großgrundbesitzer des Ortes als seinen Vätern den Zutritt verboten hatte. Der Pfarrer war vorher von Haus zu Haus gegangen und hatte die Frauen aufgefordert, die Fenster beim Vorbeigehen Podreccas zu schließen, da sie sonst vom Blitze getroffen werden würden. Schließlich organisierten diese kirchlichen Volkserzieher zu derselben Zeit, in der Podrecca sprach, einen Gottesdienst für die abreisenden Truppen. Bei dieser Gelegenheit wurden die Soldaten und die italienische Fahne gesegnet.

In Livorno hat der Bischof der Diözese einen Pilgerzug, der zur wunderthätigen Madonna von Montenero pilgerte, mit einer Rede für die italienischen Soldaten beglückt. Die Mutter Gottes wurde aufgefordert, sie ruhmbedeuten zurückzuführen zu lassen.

Der Hirtenbrief des Bischofs von Bari enthält die folgenden Worte: „Die Kirche hat die abreisenden Soldaten mit ihrem Segen begleitet und hört nicht auf, heiße Wünsche zum Herrn zu senden, auf daß er sie von den Nebeln des Krieges bewahre und zum Siege des Friedens zurückführe.“

Der Alerius scheint also die Warnung des „Offervatore Romano“, der erklärt hat, daß diese Kriegssympathien nicht die Einwilligung des Vatikans haben, nicht allzu ernst zu nehmen. Wahrscheinlich nimmt der Vatikan selbst sie nicht ernst. Niemand hat ein besser diszipliniertes Heer als der heilige Stuhl. Wie kommt es, daß die Disziplin diesmal ganz und gar verfehlt? Das hat gewiß mehr mit den Akten der „Vanco di Roma“ als mit religiösen Auffassungen zu tun.

Die chinesische Revolution.

Juanschkai Ministerpräsident.

Peking, 1. November. Amtlich wird bekannt gegeben: Juanschkai ist zum Premierminister ernannt worden. General Jingschang zum Chef des Generalstabes, Prinz Tsching zum Präsidenten des Geheimen Rats. Das Kabinett soll gebildet werden, wenn Juanschkai das Amt des Premierministers übernimmt. In der Zwischenzeit soll Prinz Tsching als Premierminister fungieren.

Friedensverhandlungen.

Peking, 1. November. Juanschkai hat an die Regierung telegraphisch das Ersuchen gerichtet, einen interimistischen Premierminister zu ernennen, während er alle Angriffe der Kaiserlichen einzustellen lassen und unverzüglich mit Dignanhang wegen eines endgültigen Friedensschlusses in Unterhandlungen treten werde. Juanschkai will sich, falls er nicht auf andere Weise Unterhandlungen herbeiführen könne, in das Lager der Aufständischen nach Wutschang begeben.

Der Kampf um Hankau.

London, 1. November. Nach einer Meldung aus Hankau haben am Sonnabend bei Tagesanbruch 5000 Revolutionäre die Regierungstruppen westlich von den Anstellungen der Europäer angegriffen und nach heftigem Kampfe die Hauptstation wieder erobert, wobei ihnen auch ein Wagimgeschütz in die Hände fiel. Die Kaiserlichen zogen sich in die Rembahn zurück. Inzwischen feuerten die Batterien der Nordfront von Wutschang auf die Kanonenboote und zwangen sie, fluchabwärts zu gehen. Die Kaiserlichen wurden gegen Mittag durch 8000 Mann verstärkt, rückten vor und bedrohten die linke Flanke der Revolutionäre. Auf beiden Seiten gab es Hunderte von Toten und Verwundeten. Die Revolutionäre bewiesen großen Mut und gingen unter Hurraufrufen lastblütig gegen die Wagimgeschütze vor. Wahrscheinlich haben sie dabei für jeden gefallenen Feind zehn der Ihren geopfert. Die Kaiserlichen bemühten jede Deckung, gingen sparsam mit der Munition um und befolgten mit der Exaktheit von Maschinen die Befehle, die ihnen durch Horn- und Pfeifensignale übermittelt wurden. Mehrere Granaten fielen in die europäischen Besitzungen, töteten und verwundeten einige Chinesen, richteten sonst aber nur geringen Schaden an. Ein fremder Dampfer ging mit einer Anzahl Hulle abwärts, um dem erwarteten Bombardement zu entgehen. Andere Dampfer nahmen die europäischen Frauen an Bord, während auf den Hulle sich Tausende von Chinesen befanden, die in europäischen Firmen angeheuert sind. Später am Tage nahmen die Kaiserlichen die Bahnstation den Revolutionären wieder ab. Der Flotte des Admirals Sah war es trotz eines einseitigen Bombardements nicht gelungen, die Batterien nordwärts von Wutschang zum Schweigen zu bringen. Die Schiffe zogen sich ohne ernstliche Beschädigungen zurück.

Admiral Sah hat die Europäer benachrichtigt, daß er Wutschang nicht bombardieren werde, bevor Hankau eingenommen sei. Sämtliche Straßen in der europäischen Niederlassung sind stark verbarrikadiert. Freiwillige und Marinesoldaten halten ständig Wache. Es bereitet Schwierigkeiten, für die Anstellungen Lebensmittel zu beschaffen, da die Zufuhr abgeschnitten ist.

Die Truppen für die Revolution.

Peking, 31. Oktober. Eine Gesellschaft gesichteter Ausländer, die hier eingetroffen ist, meldet, daß während der Revolte in Taiyuen viele Randschu und — durch einen unglücklichen Zufall — auch vier Ausländer verwundet wurden.

In Peking hält die Aufregung an und die fremdländischen Truppen bewachen die Gesandtschaften. Die Forderungen der Panchow-Soldaten, die in der Hauptsache mit den Wünschen der Nationalversammlung übereinstimmen, sind von aufrührerischen Offizieren an die Garnisonen vieler Provinzen telegraphiert worden. Die Garnisonen von Tsinanfu und Pootingfu haben sie angenommen und die Regierung benachrichtigt, daß sie nicht gegen die Aufständischen kämpfen werden. Die Regierung beabsichtigt, in allen Punkten nachzugeben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. November 1911.

Die Sieghaftigkeit der konservativen Gedanken.

„Wir müssen hindurch!“ hat das große Geisteslicht der konservativen Partei, der Abgeordnete Dr. v. Hendebrand, jüngst auf dem schlesischen Parteitage der Konservativen in Breslau gesagt: ein Satz, den die „Konserv.“ Korrespondenz“ mit der ihr eigenen Heuchelei folgendermaßen interpretiert: „Hindurch durch das rote Meer, dessen Wogen höher und ungeflümmter gegen die Dämme des monarchischen Staates und der bürgerlichen Gesellschaft sich heranwölben, hindurch durch die trüben Fluten, in denen der bürgerliche Radikalismus plätschert, hindurch durch die Dämmern des Liberalismus, der von seiner traditionellen goldenen Mittelstraße abgeirrt und auf Sumpfland geraten ist, hindurch in frohem Glauben an unseres Volkes Zukunft und in festem Vertrauen auf die Sieghaftigkeit der konservativen Gedanken!“

Recht schöne Phrasen, die freilich durch die häufige Anwendung, die sie sich in letzter Zeit in den leitenden Blättern der konservativen Partei gefallen lassen mußten, etwas anrüchlich geworden sind. „Froher Glaube an unseres Volkes Zukunft“ und „festes Vertrauen auf die Sieghaftigkeit der konservativen Gedanken“ — klingt das nicht wunderschön und erhaben, fast so schön wie die Phrase von der „gottgewollten Ordnung“ oder von dem „unentwegten Kampfe für die heiligsten Güter der Nation“. Gibt es doch immer noch Einfaltspinsel genug, die solche Phrasen ernst nehmen und sich daran berauschen. Den Wahlmännern der konservativen Partei fällt es natürlich nicht ein, derartigen leeren Redensarten irgendwelche Bedeutung beizumessen. Viel wichtiger als das „Vertrauen auf die Sieghaftigkeit der konservativen Gedanken“ erscheint ihnen, Wahlgelder einzutreiben — wobei sie nach altem bekannten Rezept durchaus nicht davor zurückschrecken, ihrem Ersuchen durch amtliche Mittel und amtlichen Druck nachzuhelfen.

Wie es gemacht wird, zeigen folgende zwei Schriftstücke, die der „Kösliner Stg.“ auf den Redaktionstisch geschoßen sind:

Bezt. Bdz.

3No.

Bund der Landwirte

Vorsitzender

M. Spiegel, im Oktober 1911.

Bez. Stettin

Hochgeehrter Herr!

Der nächste Wahlkampf wird voraussichtlich ein ungewöhnlich schwerer und erbitterter werden und wir werden denselben nur mit Erfolg bestehen können, wenn es uns gelingt, sehr erhebliche Geldmittel zu beschaffen. Nach meiner Auffassung wird von dem Ausfall der nächsten Wahlen nicht nur die Zukunft der deutschen Landwirtschaft, sondern auch die gesamte politische und wirtschaftliche Entwicklung unseres Vaterlandes abhängen. Der neue Reichstag wird sich mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen über neue Handelsverträge zu befassen haben; er wird erneut mit den Fragen des Wahlrechts und der Steuern sich beschäftigen und bei der ganzen Natur des jetzigen Herrn Reichkanzlers müssen wir befürchten, daß er seine Stellung abhängig macht von der Majorität des Reichstages.

Unter diesen Umständen muß ich an unsere zahlungsfähigen Freunde die dringende Bitte richten, uns diesmal mit wirklich erheblichen Beiträgen zu unterstützen, welche sich nicht auf einige 100, sondern auf einige 1000 M. belaufen. Es sind mir bisher in dankenswerter Weise Zahlungen von 1 bis 7000 Mark zugewandt worden und ich möchte auch Sie bitten, mir in diesem Rahmen Ihren Beitrag zur Verfügung zu stellen.

Die Zahlung desselben erblicke ich an die „Genossenschaftliche Zentralkasse d. B. d. L., Berlin SW. 11, Dessauerstraße 26“ auf das Konto „B.“ zu meiner persönlichen Verfügung. Ich habe die Absicht, in erster Linie aus diesen Mitteln diejenigen Wahlkreise zu unterstützen, in welchen die hervorragenden konservativen und agrarischen Führer kandidieren und bin gern bereit, über die Verwendung des Geldes Rechenschaft abzulegen.

Wenn die deutsche Landwirtschaft nicht den Entschluß faßt, die nötigen Opfer diesmal zu bringen, so fürchte ich für unsere Zukunft ganz außerordentlich. Ich bin der Meinung, daß die Geldmittel, welche wir zu diesen Wahlen aufwenden, sich außerordentlich gut verzinsen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

ergeben

Freiherr v. Wangenheim.

Freiherr v. Wangenheim scheint also auch nicht viel von der Sieghaftigkeit des konservativen Gedankens zu halten. Trotz des Korruptionsfonds und ähnlicher schöner Einnahmequellen sieht es leer aus in den Bundeskassen; deshalb heran mit den Moneten! Und da Herr v. Wangenheim die vaterländische Ethik seiner Wangenheimer kennt, appelliert er nicht an ihre Vaterlandsliebe, ihren Monarchismus, ihre Volkstreue, ihre konservativen Ideale, sondern an ihre Gähler. Die Agitationsgelder werden sich außerordentlich gut verzinsen, das heißt, wenn der schwarze Block liegt, werden die Konservativen die Lage benutzen, sich weitere Liebesgaben und Subsidien auf Kosten der breiten Volksmassen zu verschaffen. Etwas unvorsichtig von dem Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, seine schönen Schröpfungsabsichten so offen auszusprechen!

Noch die „Kösliner Stg.“ hat noch einen zweiten Brief erhalten, der fast noch schöner ist. Er lautet:

Euer Hochwohlgeborener!

Die Wahlen zum Reichstage stehen unmittelbar vor der Tür. Der Kampf wird diesmal, wie allgemein bekannt, sehr schwer werden; nur durch eine andauernde, ernste und umfangreiche agitatorische Tätigkeit kann es gelingen, unseren Wahlkreis der konservativen Partei zu erhalten. Diese Agitation macht aber sehr erhebliche Kosten, zu deren Deckung ausreichende Mittel nicht vorhanden sind.

Euer Hochwohlgeborener werden deshalb ergebenst um einen Beitrag zum Agitationsfonds gebeten, den Sie mit Rücksicht auf den viel erusteren Kampf gefälligst höher bemessen wollen, als den zur Wahl im Jahre 1907 gezahlten.

Aus besonderen Gründen, die einer Klarlegung wohl nicht bedürfen, wird dies Schreiben diesmal nicht, wie üblich, von dem Herrn, der die Aufforderung sonst hat ergehen lassen, sondern mit seinem Einverständnis von mir unterzeichnet.

Eine möglichst baldige Ueberweisung Ihres Beitrages an den Untergelohnten wäre im höchsten Grade erwünscht.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(ggz.) Timme, Kreissekretär.

Zur Wahl im Jahre 1907 zahlten

Euer Hochwohlgeborenen einen Beitrag

von Mark.

Wie kommt der Herr Timme in seiner Eigenschaft als Kreissekretär dazu, solche Bettelbriefe zu schreiben und als amtlicher Geldeinsammler der konservativen Partei zu fungieren? Doch er ist, wie er in dem Schreiben zugestimmt, nur Beauftragter eines anderen, der sonst die Bettelbriefe verfaßt hat. Wer ist dieser große Unbekannte? Natürlich nicht der Herr Landrat des Kreises Köslin, Herr v. Eisenhart-Rothe, denn ein preußischer Landrat weiß natürlich ganz genau, daß er Staatsbeamter ist und nicht politischer Wahlagent der konservativen Partei. Aber wer ist denn der große Unbekannte? Wir sind neugierig, diese aufopferungsvolle Seele kennen zu lernen.

Die bayerischen Gemeindevahlen.

Im Laufe des Monats November finden im rechtsrheinischen Bayern an verschiedenen Terminen die Wahlen zu den Gemeindevertretungen statt. Es sind die zweiten unter der Geltung des im Jahre 1908 zum ersten Male erprobten Verhältniswahlsystems, und sie gewinnen erhöhte Bedeutung dadurch, daß durch sie der sozialdemokratische Einfluß in den Kommunen wieder eine beträchtliche Steigerung erfahren wird. Bei den in dreijährigen Perioden erfolgenden Wahlen werden die Vertretungen, soweit es sich um Gemeinden mit städtischer Verfassung handelt, nicht vollständig, sondern immer nur zu einem Drittel erneuert, sodas, bei neunjähriger Amtszeit der Gewählten, die volle Wirkung des Proporzses erst nach Verlauf von drei Wahlperioden, also erst im Jahre 1914, äußern wird. Bei der diesmaligen Wahl wird sich die Zahl der 1908 neu gewonnenen Sitze voraussichtlich verdoppeln, bei der nächsten Wahl in drei Jahren mindestens verdreifachen.

Das System der Verhältniswahl kommt nur in den Gemeinden mit über 4000 Einwohnern zur Anwendung; durch diese schlaue Bestimmung hat sich das bayerische Zentrum die unumschränkte Herrschaft in den ländlichen Gemeinden gesichert, während es in den größeren Orten, wo gewöhnlich der Liberalismus bisher in der Kommunalvertretung dominierte, durch die Verhältniswahl Eingang findet. Im Jahre 1908 betrug die Zahl der Gemeinden mit über 4000 Einwohnern 115, nach der letzten Volkszählung ist sie aber auf 128 (von rund 8000 im ganzen) gestiegen. Diese 128 Gemeinden

Wahlen zusammen über 2 1/2 Millionen Einwohner, 86,7 Proz. der Gesamtbevölkerung. In Bezirken mit großen Industriestädten ist der Prozentsatz weit höher; so beträgt er in dem industriellen Mittelrheinland mit Nürnberg als Hauptort 83,9 Prozent. 1908 trat die Sozialdemokratie im rechtsrheinischen Bayern (die Pfalz, die eine eigene Gemeindeverfassung hat, scheidet hierbei aus) in 42 Gemeinden mit über 4000 Einwohnern in den Wahlkampf ein und kam auf eine Zahl von 242 Vertretern, wovon allein 208 auf den Gau Nordbayern entfielen.

Die Wahlen haben auch dadurch größere Bedeutung, daß diesmal nicht nur in den Gemeinden mit städtischer Verfassung, die nur einen kleinen Teil der 8000 bayerischen Gemeinden bilden, gewählt wird, sondern auch in den Landgemeinden, so daß also die Bewegung ein viel weiteres Gebiet umfaßt und höhere Wogen schlägt. In den Gemeinden mit ländlicher Verfassung wird nicht alle drei, sondern alle sechs Jahre gewählt, und zwar wird dabei die ganze Verwaltung, einschließlich des Bürgermeisters, erneuert. Diesmal haben wir auch in zahlreichen Landgemeinden Aussicht auf erfreuliche Erfolge, namentlich in der Nachbarschaft von größeren Städten.

Die Hauptaufmerksamkeit konzentriert sich natürlich auf die großen Industriestädte, namentlich München in Südbayern und Nürnberg in Nordbayern. In Nürnberg haben wir bei den letzten Wahlen mit einem Schläge die Hälfte aller erledigten Sitze — 10 — erobert, so daß wir diesmal auf 20 Sitze kommen und damit ein volles Drittel der Kollegiumsmitglieder einnehmen werden.

Gegen die Mahregelung der Eisenbahner.

In einer dem Reichstage zugegangenen Interpellation verlangt die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages von der Regierung Auskunft über die wiederholte Mahregelung von Eisenbahnarbeitern. Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

„Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Arbeiter der Reichseisenbahn nach langjähriger, durchaus zufriedenstellender Arbeit aus ihrer Arbeitsstelle entlassen wurden, weil sie zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen im Rahmen der bestehenden Reichsgesetze tätig waren?“

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um solche willkürlichen, der Gleichberechtigung der Staatsbürger widersprechenden Vorgehen der Reichseisenbahnverwaltung für die Zukunft unmöglich zu machen?“

Amlich festgestelltes Wahlergebnis in Ratibor.

Bei der Reichstagswahl am 7. Ratiborer Wahlkreis am 27. Oktober wurden insgesamt 18351 gültige Stimmen abgegeben; davon erhielt Grundbesitzer Sapletta in Ratibor (Zentrum) 8882, Max Weber in Lubowitz (Volk) 4399, Regierungsrat Rübke in Ratibor (Reichspartei) 3467, Gewerkschaftsleiter Schwoob in Lubowitz (Sozialdemokrat) 1800 Stimmen. Ergebnis sind drei Stimmen. Es ist somit Stichwahl zwischen Sapletta und Weber erforderlich, die am 8. November stattfinden wird.

Wilhelm II. die Schwarzen und der Islam.

Wilhelm II. hat es für erprießlich gehalten, gerade jetzt, da in Tripolis eine islamitische Bevölkerung gegen einen europäischen Eroberer kämpft, seine Meinung über den Islam und über Verhandlung der Regier zum besten zu geben. Am 30. Oktober empfing der Kaiser den Bischof Runkel, den apostolischen Vikar von Nissmandsharo (Deutsch-Ostafrika) und einen anderen Missionar. Bei dem Empfange wurden selbstverständlich Missionsangelegenheiten besprochen. Wilhelm II. entwickelte nach der „Germania“ dabei ein ebenso kurzes wie anspruchsvolles Kolonialprogramm, das in den Worten gipfelte: „den Regern muß Religion beigebracht werden“, sie müssen aber auch arbeiten. Es bedurfte nicht erst dieser kaiserlichen Meinungsäußerung, unsere Kolonialkapitalisten haben die Regier schon lange als Feindbild für ihre Ausbeutungsgelüste angesehen und sich allen Bestrebungen, den Schwarzen ein menschenwürdigeres Dasein zu verschaffen, widersetzt. Und was die Regier bei ihren Ausbeutern an Betätigung der christlichen Religion gesehen haben, ist nicht dazu angetan, ihnen besonderen Respekt vor dieser Religion beizubringen.

Ferner hat Wilhelm II. den Islam als eine Gefahr bezeichnet, der entschieden entgegengetreten werden müsse. Diese Äußerungen werden zwar dementiert, wenigstens sollen sie nicht in dieser scharfen Form gefallen sein. Dem Sinne nach hat sich der Kaiser aber auch nach dem Dementi so ausgesprochen. Dabei galt Wilhelm II. bisher in der islamitischen Welt als eine Art Schutzherr des Islam. Und er selbst hat seinen redlichen Teil dazu getan, um diese Meinung aufrecht zu erhalten; man braucht nur an seine Jerusalemreise im Jahre 1898 mit ihren romantischen Begleiterscheinungen und an seine Tangerfahrt im Jahre 1905 zu erinnern. Und jetzt, wo durch die islamitische Welt eine gefährliche Wärmegewalt geht, wo die Feindschaft gegen die christlich europäische Kultur überall, wo es Mohammedaner gibt, die schärfsten Formen annimmt, kommt diese Bräuterei des Islam durch seinen einstigen „Schutzherrn“. Die Rolle, die Deutschland im italienisch-türkischen Kriege spielt, hat es in der europäischen Türkei schon um allen Kredit gebracht, die Äußerungen des Kaisers werden auch die übrige islamitische Welt gegen Deutschland aufbringen und die schon gespannte Weltlage noch verschärfen. Wilhelm II. hat eben bei allen seinen Ausflügen in das Gebiet der Weltpolitik kein Glück.

Ein heißer Empfang

wurde dem Reichsverhandlungsgeneral Erzengel v. Liebert bei seinem ersten Debut in Stuttgart zuteil. Der Saal, in dem er seine Rede gegen die Sozialdemokratie am Montag, den 30. Oktober, vom Stapel ließ, war etwa zur Hälfte von Sozialdemokraten besetzt. Liebert konnte seine Rede trotz scharfster Provokationen der Sozialdemokratie — so bedauerte er, daß das Sozialistengesetz nicht noch einmal 12 Jahre verlängert worden sei, dann wäre die Sozialdemokratie wahrscheinlich vernichtet gewesen usw. — ohne außerordentliche Unterbrechungen beenden. Als aber ein Parteigenosse dem Herrn General erwidern wollte und ihm etliche derbe Wahrheiten sagte, machten die Herren „Nationalen“ Nordbraden. Und als der reichverbändlerische Vorsitzende der Versammlung gegen den unbehaglichen Diskussionsredner gar noch das „Hausrecht“ zur Anwendung bringen wollte, war es vorbei mit der Geduld der Anti-Reichsverbändler. Kraftvoll brausten die Klänge der Marschmusik durch den Saal. Die „Nationalen“ versuchten es mit „Deutschland, Deutschland“, konnten aber gegen das Kampflied der Sozialdemokratie nicht ankommen. Schließlich erschien die vom Versammlungsleiter zitierte Polizei auf dem Plan. Die Versammlung wurde geschlossen. In Zukunft wollen die Reichsverbändler unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen.

Scharfmacher und Privatbeamtenversicherung.

Der Verein zur Wahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen für Rheinland und Westfalen — im Jubaltragebiet allgemein der Verein mit dem langen Namen genannt — hat sich bei seiner Tagung in Düsseldorf mit der Privatbeamtenversicherung beschäftigt. Der preussische Landtagsabgeordnete Dr. Wenner, der Syndikus dieses Vereins, kritisierte, daß der Reichstag die grundsätzlichen Untersuchungen namhafter Versicherungsleute über das Privatbeamtenversicherungsgesetz zu wenig beachte. Diese Untersuchungen hätten ergeben, daß wenn man die Privatbeamtenversicherung den bestehenden Lebensversicherungen usw. überweise, eine jährliche Ersparnis von rund 100 Millionen Mark zu erzielen sei. — Der Verein sprach sich weiter dafür aus, daß sobald als möglich ein „industrielles Enteignungsgesetz“ geschaffen werden müsse. Dieses Ent-

eignungsgesetz ist nämlich so gedacht, daß der Industrie das Recht eingeräumt werden soll, Grundstücke usw. zwangsweise erwerben zu können, wenn sich dies zur Ausbreitung industrieller Anlagen oder zur Hebung von Bodenschätzen nötig machen sollte.

Prügelnde Hüter der Ordnung.

Eine schwere, aber gerechte Strafe verhängte die Strafkammer in Weiningen über zwei Schulleute, namens Krauß und Müller aus Hildburghausen, die einen zwölfjährigen Jungen mißhandelt hatten. Der Junge sollte einem Techniker eine Uhr gestohlen haben; später stellte sich aber heraus, daß die Uhr überhaupt nicht gestohlen war, da sie sich in einer Modetaste des Technikers befand. Unter dem Druck der Mißhandlungen hatte der Junge den angeblichen Diebstahl gestanden, dann aber widerrufen. Wegen Mißbrauch im Amte und Erpressung erkannte die Strafkammer gegen den Schulmann Krauß auf ein Jahr Zuchthaus und bei seinem Kollegen Müller auf vier Monate Gefängnis.

Ein Stellvertreter Gottes als Erzieher.

Zu dieser Spitzmarke lieferte eine Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps in Altona eine bemerkenswerte Illustration. Am 15. April d. J. unternahm der Russetier Georgi in Bremen einen Selbstmordversuch. Er lud sein Dienstgewehr mit einer Patrone und jagte sich die Ladung in die Wundhöhle. Der Oberkriegsgericht wurde vollständig zerissen. Er kam sofort ins Lazarett und wurde hier wieder geheilt, doch ist das Gesicht schrecklich entstellt. Die aus diesem Anlaß angestellten Ermittlungen ergaben, daß G. sich durch Drangsalierungen des Unteroffiziers Preßke von der 2. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 75 in Bremen zu dem verhängnisvollen Schritt entschlossen hatte.

Die Voruntersuchung ergab folgendes: Bei einer Übung im Freien ärgerte sich der Unteroffizier über das angeblich dumme Gesicht des Russetiers. Um diesen Ärger hinwegzudenken, ließ er G. mit dempakteten „Pfeifen“ einen stellen, 10 Meter hohen Sandberg so oft stürmen, bis der Soldat völlig ermattet war. — G. war Barbier. Deshalb mußte er dem „Herrn“ Unteroffizier Preßke häufig die Haare schneiden und auch brennen. Bezahlung erhielt er dafür nicht. Darüber befragt, gab Pr. gn. das erste Mal habe G. nichts verlangt, darum habe er auch später nichts gegeben. Nach einem langen Kampf hatte G. wunde Füße. Ihm war deshalb Schonung bewilligt, und er lag zu Bett. Preßke ließ ihm zweimal den Befehl übermitteln, er solle kommen und ihm die Haare schneiden. G. ließ daraufhin sagen, seine Maschine sei defekt, auch habe er Schonung. Pr. befahl dann, G. solle mit der Schere kommen. Dieser ließ sagen, er schneide dem Unteroffizier die Haare überhaupt nicht. Diese Antwort meldete Preßke dem Feldwebel. Dieser entschied aber, der Unteroffizier habe kein Recht, von dem Russetier das Haarschneiden zu verlangen. Wenn aber der Befehl erteilt sei, müsse G. ihn ausführen; er könne sich ja später beschweren. Jetzt ging G. mit seiner Schere zu dem Unteroffizier. Dieser schrie ihn an: „Sie Sau, Sie Dreispitz!“ Jetzt sollen Sie mir die Haare überhaupt nicht schneiden. Ich bin schon mit vielen dummen Jungen fertig geworden, und mit Ihnen werde ich auch fertig.“ G., eine weiche Natur, schreift nach dieser Episode zu dem Selbstmordversuch.

Gegen den Unteroffizier Preßke wurde die Anklage verfügt. Die Verhandlung vor dem Divisionsgericht endete mit seiner Verurteilung wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt, Befeldigung und vorschriftswidriger Behandlung Untergebener zu 33 Tagen Mittelarrest. Gegen dieses Urteil wurde von beiden Beteiligten Berufung eingelegt. Der Gerichtsherr will die Strafe erhöht, der Angeklagte herabgemindert wissen. Die Verhandlung zeigt das frühere Bild. Ein als Sachverständiger geladener Militärarzt sagt aus, G. sei sehr empfindlich. Auf seine Empfindlichkeit sei der Selbstmordversuch zurückzuführen. (?) Der Vertreter der Anklage hält eine Erhöhung der Strafe am Plage. Den Unteroffizieren müsse durch ein abstraktes Beispiel beigebracht werden, daß sie kein Recht hätten, Untergebene in der Weise, wie hier geschehen, zu traktieren. Das Oberkriegsgericht verurteilt die Berufung des Gerichtsherrn und gibt derjenigen des Angeklagten zum Teil statt, indem es die Strafe erster Instanz auf 4 Wochen Mittelarrest herabsetzt.

Frankreich.

Vergeblliche Scharfmacherei.

Paris, 1. November. Das Verfahren gegen die aus Anlaß des Eisenbahnerausstandes vom vorigen Jahre strafrechtlich verfolgten Leiter des Eisenbahnersyndikats ist durch Entscheidung der Anklagekammer eingeleitet worden. In dem Erkenntnis heißt es, ein Zusammenhang zwischen der Streikbewegung, den Sabotagefällen und den gewaltsamen Arbeitsstörungen konnte nicht festgestellt werden.

Die Verhandlungen mit Spanien.

Paris, 31. Oktober. Der „Temps“ meldet aus Madrid, die französische Regierung habe bisher an Spanien keineswegs ein bestimmtes Anliegen betr. ein Gebietsträgerstattung an den Sultan gerichtet. Man wisse nur, daß der spanische Minister des Aeußern nach einem Gedankenaustausch mit dem französischen Volschaffer Geoffroy den Grundsatz einer Entschädigung zugestanden habe. Die spanischen Anerbieten erschienen in Paris nicht einmal einer eingehenden Prüfung wert, und man warte annehmbarere Vorschläge ab.

Klassenjustiz.

Duisper, 1. November. Das Schwurgericht verurteilte den Generalsekretär des Syndikatsverbandes in Finistère Roullier wegen Anstiftung zum Diebstahl, Aufreizung von Soldaten zum Ungehorsam und Befeldigung von Beamten zu drei Jahren Gefängnis und 1000 fr. Geldstrafe. Roullier hat die Straftaten zur Zeit der Feuerungslandgebungen begangen.

England.

Handelsvertragsfreiheit für die englischen Kolonien.

London, 1. November. Sir Edward Grey gibt bekannt, die britische Regierung sei im Begriffe, mit Kolumbien, Dänemark, Frankreich, Mexiko, Marokko, Rußland, Schweden, der Schweiz und Venezuela wegen der Stellung der überseeischen Besitzungen mit Selbstverwaltung zu den Handelsverträgen in Verbindung zu treten. Grey erklärt, es sei nicht beabsichtigt, über neue britische Verträge zu verhandeln, sondern lediglich den Besitzungen das Recht zu sichern, von den bestehenden britischen Handelsverträgen, wenn sie es wünschten, zurückzutreten.

Aus der Partei.

Bürgerauswahlwahlen in Mannheim.

Am 31. Oktober ging in Mannheim die Bürgerauswahlwahl zur zweiten Klasse vor sich. Die in dieser Klasse zu vergebenden 33 Sitze waren bisher im Besitz der Liberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei, von denen diesmal zwölf Sitze an die Sozialdemokratie abgetreten werden mußten. Unsere Partei hat bekanntlich durch Einführung des Verhältniswahlsystems bei der am 15. Oktober stattgehabten Wahl zur dritten Klasse von ihren 33 bisherigen Sitzen sechs an das Bürgerturn abtreten müssen, so daß sie nun einen Gewinn von sechs Mandaten buchen kann.

Die Verteilung der Mandate der zweiten Klasse ist folgende: Sozialdemokratische Partei 12 (28,2 Stimmen), Liberale 8 (18,62)

Fortschrittliche Volkspartei 6 (12,41) und Zentrum 4 (1200 Stimmen). Eine Sondergruppe bürgerlicher Mieter brachte es mit 530 Stimmen auf zwei Mandate.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Auf ein falsches Gleis geraten, so berichtet man uns unterm 31. Oktober aus Halle a. S., war der Staatsanwalt mit einer Anklage gegen den Redakteur Genossen Kasparek vom „Volkswacht“. Er sollte nach einer, gelegentlich des Jugendtages im Saale des Volkspartei aufgelösten Versammlung unbesugt „im Hausflur“ verweilt haben. Die Polizei schleppte ihn — es war damals Pfingsten — nach der Wache und sandte ihn zu seiner Ueberwachung ein Strafmandat — höher ging es nicht — über 150 M. Das Schwurgericht kam zur Freisprechung, da eine Ueberzeugung des Reichsverfahrens nicht vorlag und die Polizei rechtswidrig gehandelt habe. In seiner Berufung versuchte der Staatsanwalt nun die Sache so zu decheln, als liege ein Vergehen gegen § 110 des Strafgesetzbuchs vor, da er aufgefordert habe, die „Versammlung“ nicht zu verlassen. Erstens stimmte das gar nicht, zweitens kam die Sache an die „verlethte“ Strafkammer, und drittens hat das Gericht im Falle des Genossen Peters-Berlin bereits festgestellt, daß die Polizeimaßnahmen ungesetlich waren. Die vom Staatsanwalt gewiß gutgemeinte Berufung war erfolglos. Es blieb bei der Freisprechung.

Der Prozeß der „Sittlichen“.

Vor dem Schwurgericht Stuttgart fand am Dienstag, den 31. Oktober die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des „Wahren Jakob“ H. Heymann wegen angeblicher Verbreitung unzüchtiger Schriften und Abbildungen im Sinne des § 184 B. G. statt. Die unter Anklage gestellte Nummer des „Wahren Jakob“ vom 10. August 1910 ist dem Katholikentag, besser gesagt dem Zentrumsparteitag gewidmet. Sie gibt in derb satirischer Weise Antwort auf die Angriffe des Zentrums gegen die „unwürdige Sozialdemokratie“. Die Bilder mit und ohne Text behandeln die Schweinereien von Zentrumspapst, an Schulführern und Mädchen berührt, so die Affäre des Stadtpfarrers Bauer in Schramberg in Württemberg, der wegen Sittenverbrechen an noch nicht vierzehnjährigen Schulführern, verübt in der Kirche und im Studierzimmer, zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden ist. Ebenso wird in der inframinierten Nummer des „Wahren Jakob“ die „erzieherische“ Tätigkeit des Pfarrers Scheuer von Kolbermoor gegeißelt. Dieser Pfarrer hat nicht nur ein Mädchen geschwängert, sondern die Unglückliche auch noch zum Meiseid verleitet. Dann ist der geistliche Herr ins Ausland geflüchtet.

Die Verhandlung gegen den „Wahren Jakob“ vor dem Schwurgericht hatte ein eigenartiges Vorpiel. Die konservative „Deutsche Reichspost“ in Stuttgart muß auf irgend eine Art Kenntnis davon erlangt haben, daß vom Angeklagten die Akten der vorerwähnten Prozesse beigezogen worden sind. So erschien ein paar Tage vor der Verhandlung im genannten Blatt ein wütender Schmähartikel gegen den Angeklagten und dessen Verteidiger R. Baummann. In dem Artikel wird zum Schluß kategorisch Ausschluß der Öffentlichkeit während der ganzen Verhandlung erlangt. Der Chefredakteur des frommen Organs hat aber vorsorglicherweise beim Gerichtsvorstand den Antrag gestellt, ihm die Anwesenheit bei den Verhandlungen zu gestatten. Der Staatsanwalt beantragte denn auch Ausschluß der Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlungen. Der Verteidiger verlangte öffentliche Verhandlung. Sollte dem nicht stattgegeben, das Gesuch des Herrn Chefredakteurs des konservativen Organs aber genehmigt werden, so mühte auch allen anderen Prozeßvertretern gestattet sein, im Saale anwesend zu bleiben.

Das Gericht beschloß, die Öffentlichkeit vollständig auszuschließen bis zur Verkündung des Spruches der Geschworenen. Die vom Verteidiger gestellte Frage, ob der Gehartikel des konservativen Blattes gegen den Angeklagten an sämtliche Geschworene verhandelt worden sei, wurde vom Gericht nicht zugelassen.

Wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, lautete das Urteil gegen Genossen Heymann auf 300 M. Geldstrafe.

Aus der Frauenbewegung.

Christentum und Weib.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ hat sich in außerordentlichem Maße geistige Anforten gestürzt. Ihre letzte Vierteljahrsbeilage widmete sie der Frauenfrage. Natürlich ganz im Stile der R.-Glabacher Platteiten. Sollten die Leute wenigstens etwas von Vater Röhrer profitiert, der bei aller Dogmatik doch des Wides für die wirtschaftlichen Umwälzungen und die daraus resultierenden Konsequenzen nicht entbehrt. Da liest man gleich die Behauptung, das Christentum hätte nicht nur das Weib aus der Tiefe der Verachtung zu der Höhe der Verehrung emporgehoben, es mühte auch „jedes neugeborene Weib emanzipieren, d. h. aus einer gewissen Esclaverei befreien“. Eingangs wird erzählt, im Heidentum hätte man Mädchen als Ballast betrachtet und die neugeborenen vielfach sofort getötet. Dann läßt pfäffische Wahheitsliebe sich so vernehmen:

„Gott sei dank ist diese Roheit des Heidentums durch das Christentum überwunden. Bloß im Neuhententum des heutigen Unglaubens kommt heutzutage der altheidnische, fürchbare Standpunkt hier und da wieder zum Vorschein.“

So schrieb der „Vorwärts“, die Hauptzeitung der Sozialdemokraten, am 4. August 1908 u. a.: „Eitern können nach reiflicher Erwägung zu dem Entschlusse der Abtreibung gelangen, weil ihre wirtschaftlichen Verhältnisse es nicht erlauben, eine größere Familie zu ernähren... Die Gesellschaft... hat nicht das Recht, den einzelnen zu bestrafen, wenn er das von ihm gezeugte Leben zerstört, noch bevor es geboren wurde.“

Von diesem Standpunkt an bis zu dem, daß man auch nach der Geburt das Kind fortwerfen dürfe, wenn es einem zur Last wird, ist nur ein ganz kleiner Schritt.“

Daß Kindermord und Abtreibung aber gar Vorbeugung dasselbe seien, kann nur ein mit jesuitischem Oele gefärbtes Individuum behaupten. Und es gehört die Redheit ultramontaner Demagogie dazu, lust zu einer Zeit, in der infolge der Wirtschaftspolitik des Zentrums die Kindersterblichkeit zunimmt, so etwas zu behaupten. Wie das Zentrum das Weib emanzipiert dafür hat es wahrlich überwältigende Beweise geliefert. Vertritt es doch den Grundjah, daß der Mann der Herr — des Weibes, des Auhebenbildes Gottes sei, daß das Weib zu Schweigen habe, daß es minderen Rechtes sei. Solcher brutalen Auffassung entspricht übrigens auch die Sozialpolitik des Zentrums. Es verteidigt die Befindensordnung, die einen Teil des weiblichen Geschlechts zu willigen und rechtlosen Sklaven der Gnädigen macht. Das Zentrum bewilligt Milliarden für Nordwerkzeuge, aber es lehnt die obligatorische Hebammenhilfe ab. Das Zentrum brachte es weiter fertig, einen im Reichstag schon beschlossenen Mutter- und Kinderjah wieder zu verschlechtern, durch Reduzierung der Schwangerenunterstützung von 8 auf 4 Wochen für den größten Teil der erwerbstätigen Frauen. So bekunden die offiziellen und offiziellen Vertreter des Christentums ihre Hochachtung vor dem Weibe und dem „Mutterberuf“. In Wirklichkeit drückt die katholische Kirche den Verus der Mutter den Stempel des Unheiligen, des Unfauberen auf, muß doch jede katholische Mutter nach jeder Geburt von dem Geistlichen ihren unreinen Körper durch einen religiösen Akt „aussegnen“. Vedor dieses geschehen, darf die Mutter an keinem Gottesdienst teilnehmen, sie ist dessen nicht würdig. So sieht es mit der Verehrung und Emanzipation des Weibes durch das Christentum aus. Die Befreiung des Weibes von der wirtschaftlichen und Geschlechtseslaverei kann und wird nur der Sozialismus bringen.

Gewerkchaftliches.

Gärung bei den niederschlesischen Bergleuten.

In England bereiten die Bergleute den Generalstreik vor, um sich einen Mindestlohn von 8 M. zu erkämpfen. In Deutschland stehen die Durchschnittslöhne lange nicht so hoch; sie gehen bedeutend herunter und erreichen in einzelnen Distrikten einen Tiefstand, der zu ernststen volkswirtschaftlichen Sorgen Anlaß gibt. Der Jahresverdienst eines Arbeiters der Gesamtbelegschaft betrug nach den Angaben der Bergämter:

	1908	1909	1910
Im Dortmunder Bezirk	1494	1350	1382
In Oberschlesien	1016	996	964
Im Saarrevier	1182	1136	1122
Im Aachener Bezirk	1409	1344	1375
In Niederschlesien	1000	975	974

Gefallen sind die Löhne also überall. Während sich aber in einzelnen Kreisen wiederum eine steigende Tendenz zeigt, geht die Lohnsumme in Niederschlesien ständig zurück. Das ist eine um so trübere Erscheinung, als die Löhne dort an sich schon zu den niedrigsten gehören und jede weitere Erniedrigung jetzt in der Zeit der schwersten Teuerung für den niederschlesischen Bergmann zu einer ganz verzweifelt Situation führt. Zahlenmäßig drückt sich dieser Lohnverlust so aus: Seit 1907 bis jetzt 1911 beträgt der Verlust pro Schicht 13 Pf., oder bei 300 Schichten 39 M. Zieht man in Betracht, daß 1907 das Geld eine bedeutend größere Kaufkraft hatte wie 1911, so ist zu konstatieren, daß die niederschlesischen Bergleute ihr Leben in der Zeit der Teuerung und des Lebensmittelmangels mit viel weniger Geld fristen sollen wie in billigeren Zeiten mit höherem Einkommen. Daß solche tollen Zumutungen die Bergleute aufspitzen und selbst einzelne Belegschaften reichstreuer Grubenarbeiter mit fortgerissen haben, ist begreiflich.

Es gärt ganz bedenklich in Niederschlesien. Bisher hat sich die Form der Lohnbewegung, die aus dieser Gärung entstanden ist, in engen Grenzen bewegt. Die Arbeiterausschüsse haben bei ihren Direktionen die Bitte eingebracht, den Belegschaften eine Lohnaufbesserung von 15 Prozent zu gewähren. Das wurde rundweg abgelehnt. Aber weil die Not der Bergarbeiter zu augenfällig ist, ließen die Direktionen an verheiratete Grubenarbeiter Kraut und Kartoffeln zum Selbstkostenpreis verteilen. Diese Art Fürsorge anstatt der Lohnzulage erbittert die Bergleute noch um ein gut Teil mehr. Einmal ist die Qualität der gelieferten Waren verschiedentlich sehr schlecht, und zum anderen werden hierbei auch noch die „guten“ Elemente der Arbeiter und der Beamten bedroht.

Eine Lohnhöhung in der lehnten die Grubenverwaltungen mit der Behauptung ab, daß die Abbaubehältnisse der niederschlesischen Kohle sich verschlechtert haben und dadurch und weiter durch die Einführung der achtstündigen Schicht sich die Produktionskosten erhöht hätten. Wie unwahr diese Behauptung ist, geht schon daraus hervor, daß früher bei der zwölfstündigen Schicht 186 Tonnen pro Bergmann gefördert wurden, und heute bei der achtstündigen Schicht 193 Tonnen Kohle gefördert werden. Aber noch aus einem anderen Grunde ist die Behauptung von der Unrentabilität der Gruben eine Fiktion. Eine der größten Bergwerksgesellschaften z. B. hat für die Modernisierung ihres Betriebes und Einrichtung großartiger Koksanlagen in Höhe von 4 Millionen Mark ausgenommen. Diese Anleihen sollen bis 1926 getilgt sein, und die Gesellschaft schreibt ungefähr 200 000 M. jährliche Tilgungsquoten vom Rohgewinn ab, ohne daß sie aber zugeben will, daß diese und andere Abschreibungen Gewinne darstellen, die von der Belegschaft verdient. — Die Politik der fünf niederschlesischen Bergwerksgesellschaften, die sich zu einem Syndikat vereinigt haben, geht dahin, die Produktion durch möglichst niedrige Löhne zu verbilligen und die übrigen Zahlen beweisen ja auch, daß es ihnen bisher geglückt ist, billiges Menschenmaterial hierfür zu erhalten. Aber die außerordentlich starken Abwanderungen der schlesischen Arbeiter nach dem Westen und die jetzige ernste Gärung unter den bisher zufriedenen Arbeitern sind doch starke Beweise dafür, daß diese Bedrückungs- und Ausbeutungspolitik der niederschlesischen Grubensürsten und Grafen zu Ende geht.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Hartgummiarbeiter! Die Firma **Mattkany**, Schleifde Str. 32, ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs gesperrt. Die Kollegen befinden sich dort im Streik.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Zur Lohnbewegung in der Konfektion.

Die Lohnbewegung in der Konfektion, deren Verlauf noch nicht abzusehen ist, berührt eine bedeutende wirtschaftliche Frage. Die Berliner Konfektion arbeitet vornehmlich für den Export. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden insgesamt 76 964 Doppelzentner Kleider, Hütwaren usw. im Werte von 82 Millionen Mark ausgeführt gegen 75 931 Doppelzentner im Werte von 76 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Einheitswert ist demnach von 1001 M. pro Doppelzentner auf 1070 M. gestiegen. Man kann daraus schließen, daß die Konjunktur am Weltmarkt günstiger geworden ist. In der angegebenen Zeit stieg der Export von künstlichen Blumen, Schirmen von 11 180 Doppelzentnern auf 12 330 Doppelzentner, bei einer gleichzeitigen Wertsteigerung von 10% auf 11 1/2% auf 13 1/2% Mark. In den einzelnen Gruppen zeigen sich teilweise sehr interessante Verschiebungen, was die folgende Aufstellung veranschaulicht. Es wurden ausgeführt:

	in Doppelzentner		in 1000 Mark	
	1910	1911	1910	1911
Frauen- u. Mädchenkleider, Schürzen, Blusen usw.	27 328	28 513	35 454	37 669
Unterkleider	384 528	41 583	19 464	22 717
Hütwaren	11 731	12 309	11 064	12 776
Männer- und Knabenkleidung	10 099	10 244	8 574	8 777
Leibwäsche, Kragen, Manschetten usw.	8 050	8 000	7 868	7 599
Nieder	5 248	4 357	3 411	2 851
Bett-, Handtücher, Tischzeug	4 295	3 508	2 628	2 445
Strümpfe und Socken	66 234	60 782	62 014	49 612
Künstliche Blumen usw.	5 188	5 188	7 668	7 876
Schirme	2 142	2 119	1 486	1 599
Handschuhe, Haarnetze	14 776	13 157	24 388	22 298

Diese Aufstellung läßt die günstige Entwicklung der Verhältnisse in der Damenkonfektion besonders deutlich hervortreten. Obwohl allerdings die Menge der Ausfuhr etwas gesunken ist, stieg der Wert der Ausfuhr an Frauenkleidern usw. um über 2 Millionen Mark. Auf diesen Artikel entfällt dazu annähernd die Hälfte der gesamten

Ausfuhr. Bei Umverteilung kommt nicht nur die Ausfuhr der Menge nach gesteigert werden, hierzulanden die Verhältnisse auch eine Erhöhung des Einheitswertes. Dasselbe gilt für Hütwaren. Unbestreitbar spiegeln die Angaben für die Damenkonfektion ein sehr erfreuliches Bild — soweit es sich um die Unternehmer handelt. Diese Tatsachen sind wohl geeignet, die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen kräftig zu unterstützen. Die Unternehmer werden es sich auch zu überlegen haben, ob sie lieber ihre Position auf dem Weltmarkt räumen, als die bescheidenen Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Gerade die bekannten schlechten Löhne in der deutschen Konfektionsindustrie bilden die beste Stütze der ausländischen Konfektionen bei ihren Bestrebungen, den deutschen Waren durch Errichtung von Zollmauern den Eingang zu erschweren. Gerüstigen sich unsere Konfektionäre jetzt mit ihren Arbeitern, dann werden sie damit am besten den Verlusten entgegenwirken, die interessierten Arbeiter in den in Betracht kommenden Ländern an den Wagen der dortigen Schuppjöhner zu spinnen. Die deutschen Konfektionäre können durch eine Verständigung mit den Arbeitern viel gewinnen — andernfalls aber auch sehr viel verlieren.

Achtung, Zigarrenarbeiter!

Die Zigarrenfirma H. Kärntner, Neue Königsstr. 17, hat sich mit ihren Arbeitern im Einverständnis mit der Organisation geeinigt. Arbeiter, Käufer! Kaufen nur in solchen Geschäften, wo das grüne Plakat, unterzeichnet Alwin Schulze, anhängt. — Progt nach der Herkunft der Zigarren in Postwirtschaften, Fabrikantensyndikaten und Kantinen.

Beachtet die Veröffentlichungen im „Vorwärts“.

Der Vertrauensmann.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Gasarbeiter zu Cöthen in Anhalt.

Durch das Ultimatum, das die Arbeiter der Generaldirektion in Magdeburg gestellt haben, bis Donnerstag, den 2. November, an die Organisationsleitung in Magdeburg ihren Bescheid mitzuteilen, ist die Bewegung in ein anderes Stadium getreten. Hatte bisher der Betriebsleiter im Verein mit dem ersten Buchhalter versucht, den Arbeitern im guten zuzureden, doch die Jugendschiffe der Verwaltung anzunehmen, so setzte nun eine andere Taktik ein. Man wollte durchaus einen Rädelstörer haben, um an diesem ein Exempel zu statuieren. Dies leitete an der Geschäftsstelle der Beschäftigten. Am Montag wurden einzelnen Arbeitern weitere Jugendschiffe gemacht, die annähernd die Grenze des Geforderten erreichten. Die Arbeiter wurden einzeln ins Bureau beordert, um sie zu bewegen, diesem weiteren Entgegenkommen ihre Zustimmung zu geben. Auch dies wurde abgelehnt. Die Beweggründe dazu gaben ihnen die jahrelangen Erfahrungen mit der Egidener Verwaltung. Bisher hat man es verstanden, die Arbeiter mit Versprechungen abzuführen. Dabei ist es nicht verwunderlich, wenn die Beteiligten auf eine tarifliche Festlegung bestehen, denn nur diese bietet ihnen die Gewähr, daß auch die zugesandenen Löhne eingehalten werden. Die Forderungen sind so minimale, daß sie bei einigermaßen gutem Willen der Verwaltungen auch erfüllt werden können. So wurde ein Wochenlohn für Installateure von 24—30 M., für erste Feuerleute (Schichtführer) von 25 M., für Feuerleute von 24 M., für Einlasser von 22,50 M., für Kohlenfahrer von 24 M. und für Hofarbeiter von 21 M. beantragt. In Anbetracht der Teuerung für wahr bescheidene Forderungen. Da die Gesellschaft außer in Cöthen noch in Calbe, Döben bei Perleburg, Eisleben, Argin a. d. H., Langenbielau, Demgo, Rittenswalde, Oßesee, Prenzlau, Reichenbach i. Schl., Riedelberg, Reizen und Berder Anstalten unterhält, so wird ersucht, allerorts den Bezug fernzuhalten.

Der Streik der Zigarrenarbeiter und -Arbeiterinnen in H a m e l i n g e n ist beendet. Das Resultat des heftigsten Kampfes ist eine acht bis zehnprozentige Lohnsteigerung. Wegen der Beliebigkeit der Lohnstabellen läßt sich ein genaues Ergebnis des Kampfes noch nicht mitteilen.

Der Streik in der B r e m e r Zettelspinnerei und -Weberei dauert ununterbrochen fort. Trotzdem der Kampf schon sechs Wochen lang währt, besteht keine Aussicht auf einen baldigen Friedensschluß. Die Direktion weigert sich noch immer, die wöchentliche Lohnzahlung einzuführen. Dieser Bescheid wurde dem Arbeiterausschuß der färglich verhandelt hatte, mit auf den Weg gegeben. Die Verammlung der Streikenden beschloß aber, an dieser Forderung festzuhalten. Als der Arbeiterausschuß die Direktion am Sonnabend von diesem Beschluß in Kenntnis setzte und fragte, ob weitere Verhandlungen möglich seien, erhielt er ein glattes „Nein“ zur Antwort. Die Direktion scheint also aus dem Hemelinger Streik nichts gelernt zu haben.

Gerichts-Zeitung.

Requisit vor dem Landgericht in Stade.

Die Verhandlung der Strafkammer in Stade gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Harburger Vorzeitsblattes, der den Berliner Polizeipräsidenten beleidigt haben sollte, begann am Mittwoch. Die Sache steht belanlich in engem Zusammenhang mit den Vorkommnissen in Moabit.

v. Jagow war zu der Verhandlung nicht erschienen; der Staatsanwalt hatte ihn nicht geladen. Es kam deshalb vor Eintritt in die Verhandlung zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und der Staatsanwaltschaft. Der Erste Staatsanwalt erklärte, er habe die Ladung nicht ergehen lassen, weil das Ministerium seine Einwilligung zu der Vernehmung v. Jagows nicht gegeben habe. Der Vorsitzende stellt darauf fest, daß er die Ladung des Polizeipräsidenten v. Jagow angeordnet habe. Er halte es für erforderlich, daß Jagow auslöse über den Inhalt seiner Rede. — Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Schmidt-Stade erklärte im Namen seines Auftraggebers, dieser wisse nicht, wie die Rede in die Presse gelangt sei. Der Verteidiger Dr. Herz-Altona drückte sein aufrichtiges Bedauern darüber aus, daß der Staatsanwalt die Anordnung des Gerichts auf Ladung Jagows ignoriert habe. Der Staatsanwalt sei in diesem Falle nicht weiter als ausführendes Organ, er habe nur die Funktionen eines Boten und habe unzulässig in die Rechte des Vorsitzenden eingegriffen. Jagow solle gar nicht über Anklagebegehren vernommen werden. Der Angeklagte habe ein Recht darauf, daß Jagow zugeben müsse, daß er sich in scharfen, bewußten Gegensatz zu den Feststellungen des Gerichts gesetzt hat. Dann dürfe der Angeklagte auch harte Ausdrücke gebrauchen und mit Hohn und Spott gegen Jagow vorgehen. — Mit Rücksicht auf die erschienenen Zeugen soll aber kein Antrag auf Verurteilung gestellt werden.

Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung, in die Verhandlung einzutreten. Es war der Meinung, daß der Staatsanwalt nicht geschwähig gehandelt hat, als er die Verurteilung des Vorsitzenden nicht ausführte. Er hätte mindestens rechtzeitig Mitteilung machen müssen, daß vom Ministerium die Genehmigung zur Vernehmung nicht erteilt sei. Die Erklärungen des Nebenklägers seien völlig belanglos.

Wie uns telegraphisch gemeldet wird, beantragte der Staatsanwalt neun Monate Gefängnis gegen den Genossen Ernst Schubert. Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis wegen formaler Beleidigung.

(Siehe auch 1. Beilage).

Verammlungen.

Centralverband der Töpfer. In der am Freitag abgehaltenen Generalversammlung der Filiale Berlin erhaltete Segabe den Vorstandsbericht für das 3. Quartal. Unter anderem kam er auf die von den Kollegen gewünschte Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, für welchen auch in den Kreisen der Arbeiter Zustimmung vorhanden ist. Doch im Innungsamt sind sich

mehrere Gegner des paritätischen Arbeitsnachweises. Es ist deshalb nicht zu erwarten, daß ein an den Innungsvorstand gerichteter Ersuchen um Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises Erfolg haben werde. Der Filialvorstand hat deshalb beschlossen, sich mit einem Flugblatt direkt an die einzelnen Arbeitgeber zu wenden, um ihnen klar zu machen, daß ein paritätischer Arbeitsnachweis Vorteile für alle Beteiligten hat. Weiter hat der Vorstand beschlossen, am 2. November eine Versammlung für die jugendlichen Kollegen abzuhalten. Es handelt sich darum, die Aufgeborenen für die Organisation zu interessieren. Zur Verteilung an Lehrlinge hat der Vorstand zwei Broschüren angefertigt. Die Broschüre von Heinrich Schulz „Befürst Du zu uns?“ soll, da der Verband keine Jugendabteilung hat, die jungen Leute auf die Vereinerungen abzuhalten. Es handelt sich um Broschüre von Rob. Schmidt „Gesellschaftlicher Arbeiterschutz für Jugendliche“ ist mehr für die Eltern der Lehrlinge bestimmt, um sie zu unterrichten über die Schutzbestimmungen die in bezug auf die Lehrlinge zu befolgen sind. — Am 1. Dezember soll eine Versammlung abgehalten werden, wo den Kollegen die Bedeutung der Reichstagswahlen vor Augen geführt werden soll. — Ferner führte der Redner an, daß 76 Streikfälle auf Bauten zu erledigen waren, von denen sich eine Anzahl auf Lohnausfälle bezogen. Die Fälle, wo den Arbeitern der schuldige Lohn nicht gezahlt wird, mehrten sich wieder, obgleich der erste Teil des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen in Kraft ist. — Während des Quartals wurden 5 Sperren verhängt. Die Lohnbewegung in Oranienburg ist zum Abschluß gekommen durch Anerkennung des Alt-Landsberger Tarifs. — Die Lebersticht über die Frequenz des Verbands-Arbeitsnachweises ergibt, daß zurzeit 389 Arbeitslose gezählt wurden. Diese Zahl würde erheblich größer sein, wenn nicht eine beträchtliche Anzahl Kollegen Arbeit noch außerhalb angenommen hätten. In Berlin war die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal ungünstiger wie in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die vom Kassierer Bohmhammel vorgelegte Abrechnung zeigt eine Einnahme von 11 187 M., eine Ausgabe von 9784 M. und einen Ueberschuß von 1403 M. Das Vermögen der Filiale beträgt 37 630 M. Für Unterstützungen wurden 6091 M. ausgegeben. — Die Mitgliederzahl ist von 2200 am Schluß des 2. Quartals auf 2106 am Schluß des 3. Quartals zurückgegangen. Der Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil der Mitglieder, die Arbeit nach außerhalb angenommen haben, noch nicht wieder zurückgekehrt sind. — Am 1. Oktober hat sich die Filiale Potsdam der Filiale Berlin angeschlossen.

Nachdem die Berichte entgegengenommen waren, hielt Genosse J o h n, Rentier der Ortskrankenkasse der Töpfer, einen instruktiven Vortrag über die neuen gesetzlichen Bestimmungen für die Krankenversicherung. — In der Diskussion wurden mehrere Beschwerden über Behandlung von Krankenpatienten vorgelesen. Die Ursachen der Beschwerden liegen zum Teil mehrere Jahre zurück. Nach Schluß der Diskussion wurden die Mandatanten zu der am 1. November stattfindenden Wahl der Ortskrankenkassenbelegierten aufgestellt.

Reber den Fensterstreik machte Segabe folgende Mitteilungen: Der Streik erstreckte sich auf 30 Bauten, daran waren beteiligt 178 Streikende, dazu kommen 480 Arbeitslose also im ganzen 657 Unterstützungsbedürftige. Davon sind 208 wieder in Arbeit getreten, so daß noch 399 Arbeitslose bleiben. Auf 3 Bauten sind noch 12 Streikende zu verzeichnen.

Letzte Nachrichten.

Teuerungszulagen für städtische Angestellte und Arbeiter.

Der Stadtvorordnetenaußschuß zur Vorbereitung des Antrages der Stadtverordneten Dr. K r o n s und Genossen über die Aufbesserung der Gehälter und Löhne für Kategorien von städtischen Beamten, für Hilfskräfte und Arbeiter infolge der Teuerung der Lebensmittel und Erhöhung von vorübergehenden Teuerungszulagen trat am Mittwochabend zusammen. Im Ausschuß wurde einstimmig die Notwendigkeit anerkannt, daß mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung der Lebensmittel, insbesondere von Gemüse usw. den städtischen Angestellten eine vorübergehende Teuerungszulage zu bewilligen sei. Einstimmig wurde folgender Antrag angenommen:

„Der Stadtvorordnetenaußschuß beschließt, den Magistrat zu ersuchen, den Kategorien städtischer Angestellter und Arbeiter, welche bei dem bestehenden Teuerungsverhältnis mit ihren Gehältern resp. Löhnen ohne Gefährdung ihres Unterhaltes für sich und ihre Familie nicht auskommen können, eine angemessene Teuerungszulage zu gewähren und der Versammlung eine entsprechende Vorlage innerhalb 4 Wochen zu machen.“

Aus der Mitte des Ausschusses wurde der Wunsch ausgesprochen und lebhaft befürwortet, daß den Beamten und Arbeitern diese Teuerungszulage noch im Dezember, also vor Weihnachten, ausgezahlt wird.

Das österreichische „Beamtenministerium“.

Wien, 1. November. (Pr. C.) Das vom Baron Stuergh gebildete Kabinett wird folgende Zusammensetzung haben: Inneres: Baron He in o l d, der bisherige Statthalter von Nahrung. Justiz wie bisher Dr. Ritter v. Hochamburger. Handel wie bisher Dr. Ritter v. Roehler. Minister für Kolonien wie bisher Galeffi, der gleichzeitig auch als provisorischer Oberstaatsminister fungiert. Öffentliche Arbeiten Trnka. Eisenbahn Dr. Ritter v. Forster. Landesverteidigung wie bisher General der Infanterie Georgy. Kultur und Unterricht Sektionschef Duffarel. Finanzen Meier oder Engel.

Der türkisch-italienische Krieg.

Rom, 1. November. „Tribuna“ meldet aus Tripolis, daß die Türken gestern, nachdem ihr Angriff mit Gebirgskanonen von italienischen Schiffgeschützen abgewiesen worden war, ein Gewehrfeuer gegen die italienischen Stellungen zwischen Sciarra Sciat und Sidi Westri eröffneten, aber nach zwei Stunden zurückgeschlagen wurden. Die Italiener erbeuteten die Gebirgsgeschütze und schafften sie nach Tripolis.

Scharfmacher an der Arbeit.

Gladwege, 1. November. (B. H.) Sämtliche in der Ledergerbereiindustrie beschäftigten organisierten Arbeiter sind heute geländigt worden. In einer Geberei wurden angeblich wegen Arbeitsmangel mehrere Arbeiter entlassen, worauf sich die übrigen bei dieser Geberei beschäftigten Arbeiter mit den Entlassenen solidarisch erklärten und die Arbeit niederlegten. Daraufhin haben die Unternehmer die Kündigung sämtlicher Arbeiter vorgenommen.

Im Eisenbahnzug beraubt.

Frag, 1. November. (B. L. B.) Bei Anknüpf eines Schnellzuges auf dem Nordwestbahnhof fand man den Landwehrleutnant Wolbinck, der in Zivilkleidung aus dem Truppenlager hierher gefahren war, in einem Abteil gefesselt auf. Er war vor Prag von zwei Dieben überfallen und der Burschenschaft beraubt worden.

Die Einsturzkatastrophe in Frankreich.

Troves, 1. November. Die Zahl der durch den Fabrikeinsturz zu Nogent-sur-Seine umgekommenen Arbeiter wird nach den neuesten Meldungen auf 31 geschätzt. Zur Bescheinigung der Bergungsarbeiten sind Genietruppen aus Versailles dorthin abgegangen. (Siehe auch „Aus aller Welt“.)

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbil.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Der Kampf um die Einheit der österreichischen Arbeiterbewegung.

Innsbruck, 31. Oktober.

Die Vormittagsitzung des zweiten Verhandlungstages war eigentlich erfüllt von der Erwartung dessen, was folgte: der Beratung über das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich zu ihren Bruderparteien.

Der parlamentarische Bericht des Genossen Seitz wurde danach mit geringerem Interesse entgegen genommen. In der Diskussion sprach Robert Preußler von zunehmender Hoffnungslosigkeit und Gleichgültigkeit der Arbeiter gegenüber dem Parlament.

Wichtig ist der Beschluß, daß von nun an, wie in Deutschland, auch in Oesterreich die Kandidaten für die Reichswahlkreise nicht erst knapp vor den Wahlen nominiert sein müssen.

Den ganzen Nachmittag füllte Viktor Adlers ergreifende Rede über den Bruderkrieg im österreichischen Proletariat aus. Die Charakteristik dieser aus der heißen Liebe Adlers für die österreichische Arbeiterklasse strömenden Darlegungen bleibt dem Leser überlassen.

Die Resolution Adlers erkennt die österreichische Zentralistenpartei an, verwirft prinzipiell den mit den sozialistischen Grundanschauungen unvereinbaren Separatismus, geht aber, was er ausführlich begründete, nicht so weit, die Ausschließung der als Gefahr für das Proletariat erklärten tschechoslowakischen Sozialdemokratie aus der Internationale zu fordern.

Innsbruck, 30. Oktober.

Nachmittagsitzung.

Es folgt ein kurzer Bericht des Genossen Seydman über

Kleines feuilleton.

Ueber die Wirkung der neuen Gewehrgehäuse, über die selbstverständlich bei Gelegenheit jeder ernstlichen Erprobung reiche Erfahrungen gesammelt und sorgfältige Beobachtungen gemacht werden, hat sich Major Wischer vor der Artzeigefelschhaft des britischen Heeres ausgesprochen.

Ein Richter Ludwigs XVI. über den Prozeß. Unbekannte Dokumente, die uns die Stimmung erkennen lassen, in der sich die Richter Ludwigs XVI. befanden, werden von Henri Labrousse in der „Revue“ veröffentlicht.

die Volksbuchhandlung und das Parteiviertelblatt „Wächter“, dessen Auflage 18 000 beträgt. Im Wahlkampf haben wir 850 000 Exemplare der Werbeproschüre abgesetzt.

Für die Kontrolle der Zentralorgane beantragt Wilmann-Wien, der Verwaltung Entlastung zu erteilen.

Die Frauenbewegung.

Berichterstatterin ist Genossin Proft-Wien: Das Reichsberger Parteistatut hat sich bewährt. In neun Provinzen haben wir subventionierte Landesvertrauenspersonen.

Als Vertreter der kroatischen Partei ist Genosse Demetrowitsch-Kragm erschienen. Er wird von dem Vorsitzenden Abg. Tomšič herzlich begrüßt.

Die Jugendorganisation.

Referent Jenschil-Wien: Wir haben heute 264 Organisationen. Die Einnahmen stiegen von 6000 Kronen auf 22 000 Kronen. Das Verbandsorgan „Der jugendliche Arbeiter“ hat 12 000 Auflage erreicht, die fast ganz als obligatorisches Mitgliedsorgan verbreitet wird.

Die Bildungsarbeit.

Den Bericht über dieses neue Tätigkeitsgebiet gibt Dr. Robert Dannenberg-Wien: Luher unserer umfassenden Tätigkeit, den kurzen Vorträgen und der Arbeiterschule, weisen wir die Wiener Genossen stets hin auf die neutralen Bildungsgelegenheiten, die von bürgerlichen gegründet sind.

Die Debatte.

Reismann-Wien begründet seinen Antrag, in der „Arbeiterzeitung“ eigene theoretische Artikel über die Parteiprinzipien zu

bringen. Gewiß behandle das Blatt alles sozialistisch. Die „Arbeiterzeitung“ sollte mehr Anlaß zu Parteidiskussionen geben und die Parteiträger ruhig öffentlich behandeln.

Die Parteivertretung wird beauftragt, eine Kommission zur Änderung des Organisationsstatuts einzusetzen und den geänderten Entwurf vor dem nächsten Parteitag den Parteigenossen rechtzeitig zur Diskussion vorzulegen.

Ein Antrag auf Herausgabe der „Arbeiterzeitung“ herauszugeben wird abgelehnt.

Ein Antrag auf Herausgabe eines Kommunalblattes wird ebenfalls der Parteivertretung überwiesen.

Ein Antrag auf Herausgabe einer Schachbeilage des Zentralorgans wird der Parteivertretung überwiesen.

Ein Antrag, eine kleine Ausgabe der „Arbeiterzeitung“ herauszugeben, wird abgelehnt.

Endlich wird der Parteivertretung überwiesen ein Antrag Falkenau, das Zentralorgan den Vertrauensmännern billiger zu geben.

Beschlossen wird, daß von allen Publikationen ein Exemplar ans Parteiarchiv gesandt wird.

Die von Genossin Proft beschlossene Resolution der Frauenkonferenz wird der Parteivertretung überwiesen.

Der Verwaltung der Zentralorgane wird einstimmig Entlastung erteilt.

Darauf werden die Verhandlungen gegen 6 Uhr 20 Minuten geschlossen.

Innsbruck, 31. Oktober.

Vormittagsitzung.

Vorsitzender Tomšič begrüßt die Vertreter der polnischen

haupte, brauche man ihm erst recht nichts zu vermelden. Erst als der Kesse unpraktisch genug ist, dem Alten zum Trost an seinem Rücken festzuhalten, rührt sich am Ende sein Gemüt.

Die sehr gute Darstellung milderte in etwas die Inhaftlosigkeit der Szenen. Einen starken Heiterkeitserfolg erzielte Frau Anna Schramm, die Unbewußtliche, mit ihrer trockenen Drollerie als resolute Altberliner Wäderswitwe.

Gnurr und Satire.

Junterparole.

Wesfel tut den Menschen haben, Sättigung wird leicht faul, Hunger, den die andern haben, würgt am besten mir das Maß!

Alles ist auf Gottes Erde ja vortrefflich eingeteilt, Daß der eine fröhlich werde, zieht sich's, daß der andere heult.

Freßt Kalbbaumen, faule Fische, troden Brot und sonst noch was, Ich derweilen lieg' zu Tisch, schwing die Gabel, heb' das Glas.

Könn' ich wohl im Wollen schweigen, göttlichem Gebot gemäß, wenn samt seinen schmutzigen Välgern satt ich auch der Pöbel träh'?

Könn' ich wohl den Junterhintern in dem prallen Hosenack unermindert überwintern, wenn nicht hungerte das Pad?

Franz.

Notizen.

Die Operette für verschämte Erma. Um die neueste Operette „Das Mädel von Rommarre“ war unter den Verlegern und Vertretern ein erheblicher Streit ausgebrochen.

Der verbilligte Wagner. 1914 werden Wagners Werke frei. Die Verlagsinhaber suchen deshalb vor Lorenzschluß noch ein letztes Geschäft durch eine billige Ausgabe zu machen.

Bruderpartei, die Genossen Abg. Daszynski, Krakau und Abg. Dr. Diamond-Semberg, (Rechtlicher Beistand.) Demetrowitsch-Karam überbringt die Grüße der kroatischen Partei. Er wendet sich scharf gegen den Imperialismus des Staates und die Zurückdrängung der proletarischen Internationalen. (Lebhafte Beifall.)

Daszynski (mit großem Beifall begrüßt): Unsere ganze Partei verfolgt Eure Beratungen mit der größten Spannung. Es wird hier über eine der größten Schwierigkeiten der österreichischen Internationalen, wenn auch formell nur einseitig, zu beschließen sein. Aber hier ist doch der größte Teil des österreichischen Sozialismus versammelt: die Macht, die Zahl, das Wissen und die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Wir wissen, daß diese große Schwierigkeit die Verlockung enthält, ohne den anderen Teil zu beschließen. Daß die tschechischen Genossen trotz gottfreundlicher Einladung nicht gekommen sind, beweist diese Schwierigkeit. Sie konnten fernbleiben, trotz ihrer Bedeutung und trotz der Bedeutung der hier zu beratenden Frage. In den Chorus über nationale Vertretung usw. will ich nicht einstimmen. Wir haben uns seit 1891 stets bekannt zum nationalen Selbstbestimmungsrecht, aber wir haben mit Euch stets arbeiten können, ohne unsere Nation zu verraten. Auch wir haben gern die Last des Internationalismus auf uns genommen, weil er die Möglichkeit des Sozialismus in Oesterreich gegeben hat. Was wären wir heute, wenn wir nicht 20 Jahre lang zusammen gearbeitet hätten! (Bewegung und Zustimmung.) Das ist kein Verrat der Nation. Oesterreichs Nationen sind noch nicht konstituiert, jede kleine Frage der acht Nationen läßt den ganzen Staat. Wir sind im Zustand der Gärung. Als wir aber in der Frage der Minderheitsschulen die Nationen mit eigener Hand konstituieren wollten, verließen und verleumdete uns — die Nationalisten. Vorerst aber müssen wir das nationale Recht konstituieren in unserem Staate; in der Partei. Hier sind durch unser aller Schuld die Schwierigkeiten nicht besiegt. Aber das letzte Jahrzehnt, wo sich die Partei hätte konstituieren sollen, war ein Leben im Feuer der Kämpfe, das nichts anderes aufkommen ließ. (Bewegung.) Nun aber muß diese Arbeit gemacht werden. Euer Kongreß ist der Anfang dazu. Ihr seid dazu gezwungen worden durch unliebsame Ereignisse. Wir begrüßen Euch bei dieser Arbeit! Euch droht dabei die eminente Gefahr, daß Euch Genossen näher rücken, die eine gegebene Nation bei Euch repräsentieren wollen. Ich meine nicht die tschechischen Zentralisten. Es ist die Gefahr, unschmeichelei, falsch informiert zu werden. Das haben wir ja leider in Berlin gesehen, wo man Personen, die das Recht verloren haben, die Partei zu vertreten, als ihre Repräsentanten weiter ansieht. Nehmt doch Eure Informationen aus erster Hand, diese Könige im Exil sind ja nicht so bedeutend. — Ich baue auf den großen Tag und die große Klugheit dieses Parteitag, der nicht dekretieren, sondern der Gesamtpartei vorarbeiten soll. In diesem Sinne grüße ich Sie und Ihre wichtige Arbeit. (Brausender Beifall.)

Der parlamentarische Bericht

wird vom Abg. Genossen Seiz in kurzen Worten und unter Hinweis auf die vier gedruckten Berichte der Fraktion erstattet. Er bespricht insbesondere das Fortreiten des verflochtenen Wienerts, der aus Verlegenheit eine kleine formale Schwierigkeit zum Anlaß der Auflösung nahm. Aber die Wahlen haben gezeigt, daß das Proletariat mit uns eins ist. Das Verdienst der Arbeiter ist es zum größten Teil, daß die Christlichsozialen in Wien zerstückelt wurden. Wienert wollte den Konfessionsstücken stützen gegen den Nationalismus in Böhmen; er stärkte letzteren aber und in Wien traten an die Stelle der Christlichsozialen Sozialisten und bürgerliche Nichtkonfessionelle. Wienert mußte also gehen. Der Redner schildert dann die überraschende Entwicklung des Kabinetts Gausch von papierener zu schmerzhafter Gegnerenschaft. Die Gründung eines gemeinsamen Verbandes der neu gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten aller Nationen erwies sich als unmöglich. In allen internationalen Sozialdemokraten haben wir die besten Beziehungen, aber wir waren uns klar, nicht mit jenen Abgeordneten einen Verband bilden zu können, die sich in der Gewerkschaftsbewegung von den internationalen Grundfragen trennen, die uns Gegenstand der entgegengesetzten, die mit ihren Nationalisten in engster Fühlung stehen, die das von uns und den Nationalisten abgerungene Prinzip der nationalen Abgrenzung der Wahlkreise durchbrochen hatten. Dadurch war der gemeinsame Verband zerfallen und so mußten wir unser Haus verlassen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind aber dadurch nicht gerade geschwächt worden und können mit gleicher Energie wie früher die Interessen der Arbeiter vertreten. Gausch aber hat bewiesen, daß er weder die Sorgen des Volkes, noch die Arbeitsbedingungen des Parlamentes kennt. Er hat die letzten Jahre verschlafen — sprach er doch vom „Arrangieren der Feuerungs-Bewegung“. (Heiterkeit.) Und das nach dem furchtbaren 17. September! Gausch gibt nicht den bürgerlichen Parteien ein Aktionsprogramm, sondern er fragt: Was bewegt Euch? Natürlich: der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Also sammelt er sie als die Hülfen der Sozialdemokratie. Und das soll der Kitt für eine Koalition sein, die die Wehreform und die Finanzreform macht! Und aber ist am wohlsten, wenn sich alle unsere Feinde sammeln! (Heiterkeit.) Viel Glück auf dem Weg dem Herrn v. Gausch, und wenn er gegen seine notleidenden Beamten aufsteht und den Kampf proklamiert gegen die Eisenbahner, weil sie die Erfüllung des vor fünf Jahren Versprochenen fordern, und wenn er Krieg ankündigt allen Arbeitenden, unter der Agrarpolitik der Herrschenden leidenden Menschen: so wird er ja leben, wohin er kommt! Den Hebelhandhabung nehmen wir mit Vergnügen auf. Niemals fühlt sich die Sozialdemokratie wohler als im Kampfe; er wird überall aufgenommen werden, wir wissen, wer siegen wird. (Stürmischer Beifall.)

Bei Besprechung der vorliegenden Anträge teilt Seiz mit, daß nach deutschem Muster die Wahlkreise ständig mit Kandidaten zu besetzen sind, nicht erst vor der Wahl.

Die Debatte.

Preußler-Salzburg: Die Rassen geraten in Gleichgültigkeit gegenüber dem Parlament, wenn wir nicht die praktischen Ergebnisse hervorheben, die unsere Fraktion bereits erzielt hat. Die Fraktion war aber auch etwas zu staatsmännlich. Keine so großen Rücksichten mehr! Die Arbeiterschaft hat jede Hoffnung, daß dieses Parlament etwas gegen die Feuerung tun wird, verloren. Die Regierung würde ja doch keinen volksfeindlichen Beschluß sanctionieren. Aber in Verfassungssachen läßt das Volk nicht mehr mit sich spielen! (Lebhafte Beifall.) — Füssel-Fessing wünscht Aufklärung, warum Bernerstorfer immer dem nationalen Deutschen Schuldverein Begrüßungsumgebungen schickt. — Bernerstorfer: Ich gehöre diesem Verein seit seiner Gründung an, bin sogar eigentlich sein Gründer und habe mich wiederholt wegen Hineintragung politischer Dinge erkundigt. Wie wurde stets geantwortet, daß dies nicht der Verein, sondern nur einzelne Mitglieder getan haben. Nun hat der Verein sich jetzt offiziell gegen die italienische Universität ausgesprochen, was auch im schärfsten Widerspruch zu seinen Traditionen steht. Darauf habe ich meinen Austritt erklärt. (Wraso!) Natürlich werde ich auch weiter alles dafür tun, daß meine deutschen Volksgenossen deutsche Schulen haben. (Lebhafte Beifall.) Meinen Mitgliedsbeitrag würde ich nun dafür, daß ein deutsches Kind in Ungarn statt einer magyarischen Schule eine deutsche besuchen kann. Als internationaler Sozialdemokrat hat mich meine nationale Überzeugung bestimmt, das durchaus un-deutsche Tun zu verurteilen. Das anderen Völkern ihre kulturelle Entwicklung beschränken will. (Lebhafte Beifall.)

Mit einem kurzen Schlusswort Seiz' erwidert die Debatte ihr Ende: Gerade, um eine fröhliche Massenpolitik zu treiben, bedürfen wir u. a. auch des Parlaments. Preußler hofft nichts vom Parlament — aber er will es gegen alle Angriffe beglückwünschen! (Heiterkeit.) Ueber die Feuerung wird ja morgen referiert werden. Der Redner beantwortet noch eine Anfrage über den Wahlprüfungsanschuß, wo leider, trotz unseres Protestes, die

Referate immer Parteigenossen derseligen übertragen werden, deren Wahl angefochten ist.

Einige Anträge betreffend mehr Aufklärung des Volkes über die Tätigkeit der Fraktion werden angenommen und der Bericht der Fraktion einstimmig genehmigt.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Rachmittags-sitzung.

Zum Referat über den wichtigsten Gegenstand des Parteitag Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien in Oesterreich

ergriff unter großer Spannung das Wort

Dr. Viktor Adler.

Mit einiger Befangenheit gehe ich an dieses Referat. Wir müssen uns in einer Zeit, wo uns die heftigsten Kämpfe bevorstehen, mit solchen Dingen wie Nationalismus und Separatismus befassen. Aber wir wissen, daß in Oesterreich die nationale Verschiedenheit eine große Rolle spielt auch im Leben der Arbeiterschaft, besonders seitdem die Industrialisierung auch den nichtdeutschen Teil Oesterreichs ergriff. Heute wird die Einheit der Gesamtpartei fast bis zur Lähmung beeinträchtigt durch den Separatismus in der tschechischen Partei. Es ist nicht richtig, daß der Separatismus nur die Folge der 1897 beschlossenen nationalen Gliederung der Partei ist. Diese Behauptung ist falsch, sie glaubt, daß die Entwicklungen von den Ideen einzelner Personen verursacht werden. Die Gliederung mußte aus historischer Notwendigkeit geschehen. Ohne die Gliederung wäre die Partei 1897 gesprengt worden. Unser Problem ist die Vereinigung von nationalen Gliederungen zu internationaler Geschlossenheit. Damals haben wir als Zweck der Gliederung erklärt, daß sie mit noch größerer Kraft den Klassengegner bekämpfen kann. Die Gesamtpartei, die nicht tot ist, hat dem Proletariat die größten Dienste geleistet. Sie hat uns die Kraft gegeben, dem Chauvinismus Widerstand zu leisten. (Sehr richtig!) Nationale Schwierigkeiten haben wir immer gehabt und sie nie verborgen. Zu zerfallen hatten wir nie das Programm, sondern nur die Organisation und die Arbeit. Freilich konnte kein gemeinsames nationales Programm, das alle kleinen Fragen umfaßt, geschaffen werden. Die Tschechen haben stets unter dem Motto des „praktischen Bedürfnisses“ gefordert und durchgesetzt eine steigende Rücksichtnahme und Autonomie. Wie weit sind wir von den Zeiten, wo das praktische Bedürfnis des Proletariats in der Haltung zu nationalen Fragen mitzusprechen hat! (Bewegung und Zustimmung.) Heute fordern die tschechischen Genossen schon die Anpassung von Partei und Gewerkschaft an „die Idee der tschechischen Nation“. Den praktischen Bedürfnissen ist Erfüllung nie verlangt worden. Aber das hat nicht genügt. Streit und Diskussion gab's Gott sei Dank bei und immer, aber einen das Leben bedrohenden Konflikt bis vor kurzem nicht.

Uns liegt die Frage vor, nicht ob wir den Separatismus bestehen, sondern ob wir seine Erscheinungen noch als sozialdemokratische Politik ansehen können. (Allgemeine Bewegung, lebhafte Zustimmung.) Die Beziehungen zwischen uns und den anderen Bruderparteien sind trotz mancher taktischen Meinungsverschiedenheiten die allerbesten. Niemals war ihre Zugehörigkeit zur Gesamtpartei eine Frage. (Sehr richtig!) Die Frage ist: sind wir eine Sektion der Internationalen oder eine sozialdemokratische Sektion der deutschösterreichischen Parteien. Und sind die Tschechen eine Sektion der Internationalen oder die sozialdemokratische Sektion der tschechischen Parteien?

Der Separatismus ist nicht durch einen theoretischen Entschluß entstanden, er ist geworden und gewachsen. Wir müssen uns mit ihm befassen und ich bedauere

das Fehlen von Delegierten der tschechisch-slawischen Partei,

welch es mir, doch gewisse Schranken auferlegt. (Heiterkeit.) Adler schildert nun die der Parteiführerschaft bekannte Entwicklung seit der nationalen Gliederung der Partei, neben der die zentralen Gewerkschaften standen und stehen sollten. Er wird dabei unterstützt dadurch, daß allen Delegierten eine objektive aneinandergerichtete Materialsammlung von Dokumenten des Ringens um die Einheit der Gewerkschaften übergeben worden ist. Schon 1897 waren wir unter dem Einfluß des bürgerlichen Nationalismus nicht imstande, ein mehr als weites und allgemeines Nationalitätenprogramm aufzustellen. Aber die Differenzierung der sozialistischen Arbeit sehen wir überall, selbst in Deutschland, dem Lande des stärksten Sozialismus. Aber die Meinungsverschiedenheiten müssen durchaus nicht zur Spaltung führen. Die Einheit des prinzipiellen Auftretens im Parlament ist durch das Gegeneinanderstimmen über untergeordnete nationale Querelen, die außerhalb Oesterreichs nichts sind, nicht gefährdet worden — erst durch die schwere Störung des gegenseitigen Vertrauens durch den Separatismus. So weit wir ohne Gefährdung der Einheit auf politischem Gebiet gehen — in dem Moment der Antastung der Einheit der Gewerkschaften gefährden wir den Lebensnerv des Proletariats. (Lebhafte Zustimmung.) Und da ist sofort die Einheit der politischen Bewegung vorbei. Denn in den Gewerkschaften handelt es sich nicht um Meinungsverschiedenheiten, sondern um die Organisationen selbst. Bei Beschluß dauert die Sitzung fort.

Resolution Adler zu Punkt 3 der Tagesordnung.

Die internationale Geschlossenheit der sozialdemokratischen Gesamtpartei in Oesterreich hat sich in den schwersten Kämpfen gegen den gemeinsamen Gegner der Arbeiterklasse glänzend bewährt und hat die Sozialdemokratie von Erfolg zu Erfolg geführt; sie war und ist die stärkste und unentbehrlichste Waffe gegen die Verlockungen sowohl wie gegen die Bedrohungen durch die bürgerliche nationalistische Demagogie; sie ist der selbständigen Entwicklung der nationalen sozialistischen Parteien niemals und nirgends ein Hemmnis gewesen, vielmehr hat sie immer und überall ihrer Aktion Kraft und Zusammenhang, Nachdruck und Würde gegeben.

Diese internationale Geschlossenheit der Sozialdemokratie in Oesterreich ist nun in beklagenswerter Weise schwer gefährdet. In dem die tschechisch-slawische Sozialdemokratie den gewerkschaftlichen Separatismus im Gegensatz zu der deutlich ausgesprochenen Überzeugung der Vertrauensmänner der gesamten Weltinternationalen als prinzipielle Richtschnur ihrer Parteipolitik und als Grundlage ihrer Parteiorganisation proklamierte, hat sie sich mit der schwersten Verantwortung dafür belastet, daß die gewerkschaftliche Organisation und damit die wirtschaftliche Kampffähigkeit des Proletariats aller Nationen in Oesterreich, nicht zum mindesten die des tschechischen Proletariats selbst empfindlich geschwächt wurde, daß das Bewußtsein der internationalen Interessengemeinschaft und Solidarität der Arbeiterschaft in Oesterreich gerückt und gefährdet, ja die Gefahr der Einschleppung nationalistischer Feindseligkeit in proletarische Organisationen herausbeschworen wurde, sowie daß schließlich und vor allem das internationale Einvernehmen, sowie die Geschlossenheit der Aktion der österreichischen Gesamtpartei in bedenklicher Weise beeinträchtigt wurde.

Angeichts dieser Tatsachen erklärt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

Wir wissen und sind mit der gesamten Internationalen, deren einstimmigem Votum die tschechisch-slawische Partei beklagenswerterweise demonstrative Mißachtung entgegensetzt hat; wir wissen und sind mit allen anderen der österreichischen Gesamtpartei angehörenden nationalen Parteien, die von diesen Ereignissen nicht minder schwer betroffen werden als das deutsche Proletariat, wenn wir den Separatismus als der internationalen Grundanschauung der Sozialdemokratie widersprechend, prinzipiell ablehnen; wir stehen uns auf traurigen Erfahrungen in letzter Zeit und am eigenen Leibe des Proletariats aller Jungen in Oesterreich, wenn wir den gewerkschaftlichen Separatismus und die durch ihn be-

wirkte Zerschlagung der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen für praktisch verwerflich erklären.

Wir sind der Überzeugung, daß der täglich deutlicher und mächtiger werdende internationale Zusammenstoß des Unternehmertums zwingender denn je die internationale geschlossene Zentralisation unserer Gewerkschaftsorganisation zur ersten Bedingung erfolgreicher gewerkschaftlicher Kämpfe macht, deren Preisgabe die Lebenshaltung des organisierten Proletariats schwer schädigen muß.

Der Separatismus widerspricht also nicht nur den Grundgedanken der sozialistischen Internationalen, er ist auch eine ernste Gefährdung unseres politischen und gewerkschaftlichen Kampfes.

Die deutsche Sozialdemokratie muß die Verantwortung für diese Erscheinungen der tschechisch-slawischen Sozialdemokratie übernehmen. Um so mehr hat sie die Pflicht, ihren eigenen Boden, ihre eigene politische Entwicklung und Aktion vor den Folgen des separatistischen Zerweges zu schützen.

Der Parteitag billigt es darum, daß die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten sich im Parlament als selbständiger Klub konstituieren haben und erwartet, daß sie sich nach wie vor in möglichst enger Fühlung mit den sozialdemokratischen Abgeordneten der anderen Nationen der tschechisch-slawischen Politik im Parlament machen werden.

Der Parteitag billigt es, daß die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten sich niemals den demagogischen Bedürfnissen und dem Gebote der deutsch-bürgerlichen Nationalisten, aber ebensowenig der tschechisch-bürgerlichen Nationalisten beugen lassen und er erwartet, daß der Deutsche sozialdemokratische Klub nach wie vor das Recht und die Interessen des deutschen Proletariats zu vertreten, sowie dem Gebot der internationalen Lernlust zu folgen wissen werde.

Die deutsche Sozialdemokratie wird alles, was in ihrer Macht steht, tun, um den traurigen Zustand zu beseitigen, der durch den tschechisch-slawischen Separatismus herbeigeführt wurde, zunächst aber seine verhängnisvollen Folgen möglichst einzuschränken suchen. Die Partei wird daher die gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in dem ihnen aufgezwungenen Abwehrkampf gegen die separatistische Zerschlagungsstatistik mit ihrem ganzen Einfluß und aller Energie unterstützen.

Der Separatismus hat schließlich auch zu einer Spaltung innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie geführt. Er trägt die Verantwortung dafür, wenn entgegen dem von allen internationalen Kongressen sanktionierten Prinzip der Parteieinheit die dem Separatismus widerstrebenden Gruppen des Klassenbewußten tschechischen Proletariats gezwungen zu sein glauben, sich zu einer eigenen Partei zusammenzuschließen. So sehr der Parteitag diese Spaltung, die eine notwendige Konsequenz der separatistischen Methode ist, bedauert, so sehr muß er die Tatsache begrüßen, daß ein erheblicher Teil der tschechischen Arbeiter den Grundfragen der Internationalen unbeirrt treu geblieben ist und erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie die neu gegründete „Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich“ als proletarische Bruderpartei anerkennt und daß er ihren Anspruch, in die Gesamtpartei als gleichberechtigte politische Organisation aufgenommen zu werden, unterstützen wird.

Der Parteitag wünscht dringend, die Hoffnung möge nicht vergebend sein, daß auch in der Klasse der tschechisch-slawischen Partei das Bewußtsein wieder erwachen werde, daß die Rückkehr zu ihrer ruhmvollen internationalen Tradition das wichtigste Gebot der Selbsterhaltung für das tschechische Proletariat und eine Grundbedingung des Klassenkampfes für das Proletariat aller Jungen in Oesterreich ist.

Diese Entwicklung zu beschleunigen und den Weg zum Frieden in zäher Geduld offenzubehalten, ist die unverbrüchliche Pflicht der deutschen Sozialdemokratie.

Da gegenwärtig die Einberufung eines Gesamtparteitages kaum möglich und sicher nicht erfolgreich wäre, beschließt der Parteitag, die Parteiverbreitung zu beauftragen, zu der ihr geeignet erscheinenden Zeit die Initiative zur Einberufung einer außerordentlichen Reichskonferenz der Exekutiven aller sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich zu ergreifen, der es obliegen soll, die internationale Organisation der sozialdemokratischen Gesamtpartei wieder aufzurichten und den gegenwärtig gegebenen politischen Bedingungen anzupassen.

Gerichts-Zeitung.

Die Futterdiebstähle auf dem Städtischen Vieh- und Schlachthofe,

bei welchen es sich um Beträge von 30 000—40 000 Kr. handelt, werden demnächst den Gegenstand einer Verhandlung vor der 10. Strafkammer des Landesgerichts I bilden. Die sehr umfangreiche Anklage richtet sich gegen folgende Personen: Vorarbeiter Wilhelm Schwarz, die Arbeiter Otto Schwarz, Max Rind, Georg Blankschin, Karl Remus, August Schulz, Wilhelm Wanteuffel, Wilhelm Haase, Friedrich Deuse, August Recken, den Obertreiber Otto Blumstoft genannt Airts, den Arbeiter Albrecht Kraut, den Obertreiber Hermann Kummel, den Viehgepöckelten Adolf Pöble, den Obertreiber August Haff, die Viehgepöckelten Gustav Airts, Otto Escher, den Obertreiber August Kraut und den Treiber Viktor Adler. Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Justizrat Feder und Bahn. Zu der Verhandlung sind zahlreiche Zeugen geladen, darunter der Registrarschreiber Dr. Verrauer und mehrere Angestellte der städtischen Viehhofverwaltung.

Ein Rencontre auf der Straßenbahn

hatte für den Geheimen Sanitätsrat Dr. Bernheim ein sehr unangenehmes gerichtsliches Nachspiel. Unter der Anklage der vorläufigen und der schließlichen Körperverletzung hatte sich Dr. B. vor der 1. Strafkammer des Landesgerichts II zu verantworten. — Am 24. April d. J. benutzte der Angeklagte von Groß-Richterfelde aus die Kreisbahn nach Steglitz, wobei er zu einem schwerkranken Patienten gerufen worden war, bei welchem die Amputation eines Beines in Frage kam, da Lebensgefahr vorlag. Unter der Bahnunterführung in Steglitz wollte der Geheimrat den noch in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen verlassen. Er versuchte deshalb, die an den Wagen der Kreisbahn befindliche Sperrkette zu lösen, die deshalb besonders angebracht war, weil sich infolge der dort erlaubten höheren Fahrgeschwindigkeit schon mehrfach Unglücksfälle ereignet hatten. Da dem Schaffner Schenkowitz von seinem Vorgesetzten die stille Anweisung gegeben war, nicht zu dulden, daß die Fahrgäste während der Fahrt die Sperrkette entfernen, legte er die Hand auf den Kettenbolzen, um die Abnahme der Kette zu verhindern. Der Angeklagte soll hierüber sehr ärgerlich geworden sein und sofort auf den Arm des Schaffners losgeschlagen haben. Als die Straßenbahn gleich darauf hielt, schlennderte der Angeklagte die Kette unter allerlei Schimpfwörtern zurück. Die Kette lag dem Schaffner direkt in den Mund und verursachte außer einer blutenden Wunde eine Laceration der Vorderzähne. Wegen dieses Vorfalls erstattete die Verwaltung der Kreisbahnen gegen Geheimrat B., der übrigens selbst Verwehrensarzt einer Straßenbahngesellschaft ist, soweit eine Verlesung des Schaffners in Frage kam, Anzeige, während dieser selbst noch Anzeige wegen Körperverletzung erstattete. Das Schöffengericht erkannte wegen der Verlesung auf Einsetzung des Verlesenen mangels Vorliegens eines ordnungsmäßigen Straftrages, weil die Kreisbahngesellschaft keine zur Stellung von Straftrügen für ihre Beamten befugte Behörde sei. Wegen der übrigen Straftrügen erkannte das Gericht auf 50 Kr. Geldstrafe. Auf die Berufung des Angeklagten hin kam die Strafkammer wegen der vorläufigen Körperverletzung zu einer Freisprechung. Dagegen wurde in dem Jurisch-Stenographen der Kette eine schließliche Körperverletzung erlitten, wegen der das Gericht auf 30 Kr. Geldstrafe erkannte.

Unschuldig verurteilt.

Wie leicht man unschuldig wegen Diebstahls verurteilt werden kann, zeigte eine Verhandlung, welche die Strafkammer des Landesgerichts II beschaffte. Angeklagt wegen Diebstahls war der Maler

Quart Neugebauer. — Vor etwa 3 Jahren hielt sich der Angeklagte eines Tages in der Wohnung des Kaufmanns Rette in Apfenid auf. Kurz nach seinem Weggange entdeckte R., daß aus einem im Nebenzimmer stehenden offenen Kasten die Summe von 50 M. verschwunden war. Da nach Ansicht des Bestohlenen in der Zwischenzeit niemand anders den fraglichen Raum betreten hatte, lenkte sich der Verdacht der Täterschaft gegen den Angeklagten. Das Schöffengericht Apfenid konnte sich jedoch nicht von der Schuld des Angeklagten überzeugen und erkannte auf Freisprechung. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hin wurde R. von der Strafammer zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die gegen dieses Urteil eingeleitete Revision wurde vom Reichsgericht verworfen, so daß der Angeklagte die Gefängnisstrafe verbüßen mußte. Kurze Zeit nachdem R. aus der Strafanstalt entlassen worden war, wurde ein Schneider Nibel unter dem Verdacht, zahlreiche Gelegenheitsdiebstähle begangen zu haben, verhaftet. Er legte ein umfassendes

Geständnis ab und räumte unter anderem auch den Diebstahl bei dem Kaufmann Rette ein. Von dem unschuldig beurteilten Neugebauer wurde das Wiederaufnahmeverfahren in die Wege geleitet, welches nunmehr zu seiner Freisprechung führte. Die sämtlichen Kosten wurden einschließlich der dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen sowie der Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegt. Außerdem wird R. wegen der unschuldig verbühten Gefängnisstrafe Entschädigungsansprüche geltend machen. Hätte nicht zufällig Nibel ein Geständnis abgelegt, so wäre der völlig schuldlose Walter Neugebauer mit dem Mafel des Diebstahls behaftet geblieben.

Briefkasten der Redaktion.

C. S. 88. Falls es sich um ein Darlehen handelt, in 30 Jahren. — W. S. 59. Der Schuldchein behält ohne Klage Gültigkeit. — Werner. 1. Die Wändung ist zulässig, da sie nach Ihrer Schilderung Eigentümer sind. Ein Vertrag, wonach die Sachen zur Sicherung der 1000 Mark den

Gläubigen übereignet werden, ist rechtswirksam. 2. Die vom Arzt begutachtete Unfähigkeit zur Ausübung der fraglichen Arbeit berechtigt Sie zur Rückforderung der vollen Kaution. — W. S. 39. 1. Binnen 6 Tagen, da es sich offenbar nicht um einen „Fehl“ handelt. 2. Klage auf Herausgabe. Die Klage hat auch, falls es sich um notwendige Arbeitskräfte handelt, ein Recht auf Erfolg einer eiligen Verfügung Erfolg. — S. 52. Der junge Mann wird gestellungspflichtig und kann noch eingezogen werden. Kostenpunkt: 150 M. Bei Bedürftigkeit kann Ermäßigung bis auf 5 M. erfolgen. — S. 72. 1. Amtsgericht Berlin-Weißensee, Brunnenplatz. 2. Na. — S. 3. 50. Sie sind nicht verpflichtet, das Rohr einbauen zu lassen. — S. 5. Antrag beim Armenvorsteher bezw. Armenverwaltung. — W. S. 68. 1. Fragen Sie den Arzt. 2. Glauben wir nicht. — W. S. 29. Redaktion der „Volksarbeiter-Zeitung“, Berlin O. 2. Neue Friedrichstraße 2. — Würdig I. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, auch durch Ihren Zeitungsredakteur. — Sachsen 17. 1. Na. 2. Sprechen Sie mit dem Lehrer. 3. Schöneberg, Feuerstr. 36. — S. 100. Nein! Wir warnen! — H. Schuepe, Friedrichstr. Engelauer 15 II, Amt IV 6072. — S. 9. Geschmacksache. — S. 15. 1. Am Gendarmenmarkt. 2. Nicht unter 20 und nicht über 30 Jahre. — S. 1. Die Verantwortung wollen wir nicht übernehmen. — Schöneberg, Rein.

Sunlicht Seife

10 & 25 Pfennig



Sie ist am Waschtage unentbehrlich!
 Sie ist der Wäsche ungefährlich!
 Sie macht wie Schnee die Wäsche weiss!
 Ihr gilt daher allein der Preis!

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Donnerstag, Freitag, Sonnabend — soweit Vorrat

Große Posten Damenwäsche unter Preis

Ein Posten
Flausch-Morgenröcke
 in moderner Ausführung
775 1275

Damenhemden	aus gutem Renforce mit handgestickten Passen	1 55 2 25
Fassonhemden	mit Stickerei garniert	1 35 1 75 1 95
Beinkleider	mit Stickereigarniert	1 35 1 95 2 45
Nachthemden	aus prima Stoffen mit Stickereigarniert	2 25 2 95
Stickerei-Nachthemden	halbfrei u. Umlegekrg.	3 75 5 25
Nachtjacken	aus gutem Croisé-Barchent mit Stickerei	1 95 2 25
Wiener Batist-Untertailen	In eleganter Ausführung	2 75

Ein Posten
Flausch-Matinees
 in allen Farben
1 65

Ein Post. **Einzelne Kinderwäsche** Hemden u. Beinkleider in vielen Grössen . . . Stück **65, 95 Pf.**
 Ein Post. **Tuch-Morgenröcke** in allen Farben früherer Preis **8 50** bis 30.00 Mark jetzt

Billige Lebensmittel

soweit Vorrat Von der Zusendung ausgeschlossen.

Frisches Fleisch

Leipziger Strasse — Alexanderplatz

Fehlrippe	Pfund	75
Kalbsbrust		
Schwein-Kotelett		
Hammel-Kotelett	Pfennig	
Schäufelbraten	Pfund	90
Schierbraten		
Filet-Oberschale		
Roulade	Pfennig	

Gemüse

Weisskohl Kopf	6, 8, 12 Pf.
Wirsingkohl Kopf	6, 8, 12 Pf.
Rotkohl Kopf	6, 8, 12 Pf.
Kohlrüben	4 Pfd. 10 Pf.
Grünkohl	2 Pfd. 15 Pf.
Blumenkohl Kopf	10 bis 40 Pf.
Kohlrabi	Mdl. 18 Pf.
Rosankohl	2 Pfd. 35 Pf.
Spinat	Pfd. 15 Pf.
Salat	4 Köpfe 20 Pf.
Mohrrüben	Pfd. 5 Pf.
Maronen	2 Pfd. 35 Pf.

Obst

Kochäpfel	Pfd. 15 Pf.
Essäpfel	Pfd. 15 Pf.
Amerik. Äpfel	Pfd. 18, 25 Pf.
Kochbirnen	Pfd. 15 Pf.
Tafelbirnen	Pfd. 20 Pf.
Bananen	Pfd. 22 Pf.
Brüssl. Weintraub	Pfd. 50 Pf.
Kranzfeigen	Pfd. 28 Pf.
Wallnüsse	Pfd. 35 Pf.
Haselnüsse (lange)	Pfd. 65 Pf.
Zitronen Dtz	10, 20, 35 Pf.
Datteln	Karton 48 Pf.

Leipziger Strasse Fische

Fr. Kaulbarsche	Pfd. 18 Pf.
Frische Hechte	Pfd. 38 Pf.
Leb. Aländer	Pfd. 55 Pf.
Leb. Hechte	Pfd. 60, 70, 78 Pf.
Leb. Karpfen	Pfd. 65, 70 Pf.
Leb. starke Aale	Pfd. 95 Pf.
Tafelzander 2-3 Pfd. schwer	Pfd. 45 Pf.
Tafellachs l. ganzen	Pfd. 29 Pf.
Fr. hies. Lachs im ganz.	Pfd. 1 00

Lebende Fische 20 Pf. (Plötzen, Bleie etc.)

1. Kommunal-Wahlbezirk.

Donnerstag, den 2. Novbr., abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Wählerversammlung

in den

Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referent: Stadtverordneter Dr. H. Weyl. 2. Ansprache des Kandidaten Robert Drescher. 3. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen bitten
Der Einberufer.
A. Hacker, Auguststr. 91.

2. Kommunal-Wahlbezirk.

Freitag, den 3. November 1911, abends 8 1/2 Uhr, im „Bayrischen Hiesel“, Weidendamm 1:

Große Kommunalwähler-Versammlung.

Referat des Kandidaten Genossen Joh. Sassenbach. Guten Besuch erwartet Das Wahlkomitee.

Sonntag, den 5. November: Resultatverkündung bei Meyer, Oranienstr. 103.

3. u. 4. Kommunalwahlbezirk

Morgen, Freitag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, im Königshof, Wilmstr. 37:

Oeffentliche Wählerversammlung.

Tagesordnung:

1. Wen wählen wir ins Stadtparlament? Referent: Stadtverordneter Dr. Zadel.

Ansprachen der beiden Kandidaten Hugo Bösch und Hugo Wolderstky.

2. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

13. u. 14. Kommunal-Wahlbezirk.

Freitag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59:

Oeffentliche Versammlung

Tagesordnung:

„Wen wählen wir?“ Referent: Stadtd. Pfanzsch. Ansprache der Kandidaten für den 13. und 14. Kommunalwahlbezirk, der Genossen Dr. Zadel und Kaufmann Alexander Fröhlich.

Der Einberufer.
214/4

Arbeiter-Bildungsschule.

Donnerstag, den 9. November 1911, abends 7 1/2 Uhr, im Schulsaal, Grenadierstraße 37:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Neuwahl des Vorstandes, zweier Revisoren und der Unterrichtsvertreter. 3. Anträge und Schulangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Beiträge müssen bezahlt werden. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Freitag, den 3. November 1911, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:

Sichtbilder-Vortrag

über

„Unfallgefahr u. Arbeiterschutz in der Holzindustrie.“

Die Maschinenarbeiter in Berlin und den Vororten sind hierzu ganz besonders eingeladen. Die Ortsverwaltung.

Branche der Kistenmacher.

Sonabend, 4. November, abends 8 Uhr, bei Boeker, Weberstraße 17:

Herbst-Vergnügen.

Billetts a 30 und 50 Pf. sind bei den Kommissionsmitgliedern und im Lokal von Boeker zu haben. Die Branchenkommission.

Zentralverband der Hausangestellten

Donnerstag, den 9. November, in den Industrie-Festsälen, Weidenstraße 20 1/2:

Lichtbildervortrag über Erdbeben und Vulkane. Herr Engelbert Graf. Saalöffnung 8 Uhr. Anfang präzis 8 1/2 Uhr.

Gäste willkommen. 198/8

Die reellsten und billigsten

Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung an Kassenspreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

Responsible Editor: Richard Barth, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Vierter Wahlkreis.

Freitag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr

5 öffentl. Kommunalwählerversammlungen

Für den 10. Kommunalwahlbezirk

im Lokal Südost, Waldemarstr. 75.

Referent: Kandidat Stadtverordneter Ludwig Tolksdorf.

Für den 15. Kommunalwahlbezirk

im Saale der Alhambra, Wallner-Theaterstr. 15.

Referent: Stadtverordneter Max Grunwald. Ansprache des Kandidaten Stadtverordneten Waldeck Manasse.

Für den 21. Kommunalwahlbezirk

im Lokal Elbium, Landsberger Allee 40/41.

Referent: Kandidat Stadtverordneter F. Wilke.

Für den 23. Kommunalwahlbezirk

im Schweizergarten, Am Friedrichshain.

Referent: Kandidat Stadtverordneter Hugo Heimann.

Für den 25. Kommunalwahlbezirk

in den Königssälen, Neue Königstr. 26.

Referent: Stadtverordneter Adolf Hoffmann.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Vor der Entscheidung. 2. Diskussion.

Um zahlreiches Besuch wird ersucht

Die solideste und billigste Bezugsquelle für

Glas-Christbaumschmuck

ist unübertroffen die

Glasbläser-Genossenschaft des Meininger Oberlandes.

Viele glänzende — unverlangte — Anerkennungs- u. Dankschreiben. Steigerung unseres Umsatzes im vorigen Jahre um wiederum 50 Prozent. Von der reichhaltigen Auswahl unserer nur von organisierten Genossen hergestellten Artikel empfehlen wir als besonders preiswert ein Sortiment der schönsten Neuheiten, enthaltend

225 Stück prachtvollste Brillant-Glaskugeln

sowie 6 Duzend Konfetthalter, 6 Stück Lichthalter aus Klammern, ein Paket Engelsbäumchen für nur 5 Mark franco gegen Nachnahme. Doppelkisten für 9,50 M. Bei Voreinsendung des Betrages 25 bezw. 35 Pf. billiger.

10 Sortimentskisten in Bahnenform per Frachtgut inkl. Bahnfracht 46 M. Händler wollen für größere Bezüge unsere Preisliste mit zirka 130 Nummern verlangen.

Bestellungen bitten wir zu richten an die Glasbläser-Genossenschaft des Meininger Oberlandes

e. G. m. b. H. in Lauscha, S.-M. (früher Steinach, S.-M.). Die Berliner Arbeiter werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß ab 10. Dezember im Gewerkschaftshaus (Saalgebäude) und Vorhänger 4 (Best. Schmalowitz) großer Verkauf von Glas-Christbaumschmuck obiger Genossenschaft zu Herabsetzungspreisen erfolgt. Wegen weiterer Auskunft wende man sich an den Genossen R. Barth, SO., Kbalberstr. 20 III.

HERBAVINO

Alpenkräuter-Wein-Trunk

Das Non-plus-ultra-Genussmittel zur Gesundheitspflege

Gesetzlich geschützt

HERBAVINO hat eine die Nerven stärkende Wirkung

HERBAVINO erhält den Geist frisch, läßt Strapazen spielend überwinden

HERBAVINO regelt die Darmtätigkeit und fördert die Verdauung

HERBAVINO bereitet ein allgemeines Wohlbehagen

HERBAVINO ist Frühstücks- u. Dessert-Wein gesund und bekömmlich

HERBAVINO von hygienischem Genußwert zu jeder Tageszeit

HERBAVINO in keinem Haushalt darf „Herbavino“ fehlen

HERBAVINO nur ein Versuch genügt und Sie sind

HERBAVINO ohne Zweifel ein ständiger Konsument

Herbavino ist erhältlich in den Delikatessen- u. Kolonialwaren-Geschäften, WEINHANDLUNGEN u. DROGERIEN

Preis pro Original-Flasche Mk. 1,75 inkl. Ausschank in den Destillationen, Restaurants, Cafés etc. Engros-Vertrieb durch die

Herbavino-Gesellschaft m. b. H., Oppenheim a. Rh. Filiale Berlin N. 24, Friedrichstraße 122-23. Fernspr. Amt III 10 256.

Eile zu Weile!

119 Dresdener Straße 119 (Eckhaus Oranienpl.)

1000 Pelz-Stolas

Muffen, Kolliers Extra billige Preise!

Echte Skungs-Stolas von 25 M. an. Pelz-Hüte, Hutstreifen, Felle, Köpfe, Schwelpe in allen Fellarten. Eigene Kürschnerei.

Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis. Bitte genau auf Nr. 119 und Eile zu Weile zu achten.

Kleine Wohnungen

modern und sonnig, direkt am Königl. Schloßpark Pantom-Nieder-Schönhausen gelegen, sofort oder später billig zu vermieten.

2 Zimmer mit Balkon 324 M. 2 Zimmer mit Bad und Loggia 420-450 M.

Kuchstuhl jederzeit auch Sonntag in Nieder-Schönhausen, Schloßallee 40. Fernsprecher: Amt Pantom 200.

Verbindung von Berlin für nur 10 Pf., bequem mit der Stettiner Vorortbahn Station Pantom-Deinersdorf, der Siemensbahn von Mittelstraße, Straßenbahnlinien 49, wie auch 47-47a und 57. 156/16*

Mur für Berlin! Fleisch-Huktion für Berlin!

in Stücken von 5 Pfund aufwärts

Kaiser-Wilhelmstraße 21,

Ecke Dirksenstraße, am Bahnhof Alexanderplatz

Täglich: Vormittags 9 bis 10 Uhr, Nachmittags 5 bis 7 Uhr.

Zur Auktion kommen

sämtliche Sorten Fleisch aus dem Inland sowie aus Dänemark, Schweden und Holland. 157/1*

Anfang: Freitag, den 3. November, nachmittags 5 Uhr.

Tiefenluft!

Gesundheitstabak
J. Goldfarb
Preuss. Stargard.
D.R.W.Z. 10652.

Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tabako do zotywanio dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

Ohne Anzahlung

Möbel auf Kredit

— Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abschahlung —

komplette Wohnungs-Einrichtungen

— wie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Köcheln, Portieren, Gardinen, Lein- u. Battische, Steppdecken, Teppiche —

— modernster Ausführung, Pariser —

Garderoie für Herren, Damen u. Kinder

— wie Pelzgarnituren, Stolas, Muffen —

Wochenrate von 1 M. an

S. DORN

Weinmeisterstr. 9 Ecke Alte Schönhauser Straße

Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Berliner Rathaus.

9. Schulwesen, Bildungswesen.

Die sozialdemokratische Fraktion im Roten Hause hat sich die Förderung des Gemeindeforschungswesens besonders angelegen sein lassen; sind es doch gerade die Kinder der minderbemittelten Bevölkerung, die die Gemeindeforschung besuchen.

Unsere Genossen forderten wiederholt Abhilfe dieses Zustandes durch möglichst schnelle Errichtung eigener Schulgebäude. Das geschah besonders bei den Beratungen des Gemeindeforschungsausschusses im März 1910 und 1911.

Die starke Befragung der einzelnen Klassen, insbesondere der unteren Klassen, ist auch nicht geeignet, fördernd auf den Unterrichtserfolg einzuwirken. Aus diesem Grunde drängen unsere Genossen wiederholt auf eine Herabsetzung der Klassenfrequenz.

Die heutige allgemeine Versammlung der Lehrer Groß-Berlins steht auch nach den Erfahrungen, die bisher mit dem Achtklassensystem gemacht worden sind, auf dem Boden der Resolution des Berliner Lehrervereins von 1893.

Dah für die Schüler der höheren Schulen höhere Aufwendungen gemacht werden als für die Schüler der Gemeindeforschung, ist gleichfalls von den sozialdemokratischen Rednern wiederholt dargelegt worden.

Nach einer in der obengenannten Broschüre des Berliner Lehrervereins veröffentlichten Zusammenstellung betrug der Zuschuß für den Unterricht eines Schülers:

Table with 4 columns: Im Jahre, In den Vorklassen, In den Realschulen, In den Gemeindeforschungsschulen. Rows for years 1904 to 1909.

Der Aufwand hat sich somit in diesen 6 Jahren gesteigert: Bei den Vorklassen um 68 v. H., bei den Realschulen um 34,8 v. H. und bei den Gemeindeforschungsschulen um 33,3 v. H.

Ein wenig rühmliches Kapitel für den Berliner Kommunalfreisinn ist das der Lehrerbefragung. Dieselben Freisinnigen, die im Preussischen Landtage für eine Befreiung der Lage der Lehrer sprachen, waren bei der Befreiung der Gehaltsklasse im Berliner Rathaus sehr zugeknöpft.

Dieser Gesichtspunkt kam auch in der Sitzung vom 16. Dezember 1910 zum Ausdruck, als es sich gelegentlich der Organisation der Hilfskassen für schwachsinigige Gemeindeforschungsschüler um die Vergütung der Hilfskassenlehrer handelte.

ging der Rathhausmehrheit gegen den Strich und sie lehnte in ihrer Lehrerfreundlichkeit einen dahingehenden Antrag ab.

Auf das Fortbildungswesen bezog sich ein sozialdemokratischer Antrag, der am 28. Oktober 1909 und am 21. Oktober 1910 die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte. Der Magistrat hatte ein Ortsstatut vorgelegt, das die Unterrichtsstunden in den Pflichtfortbildungsschulen festsetzte.

Die Vergabe städtischer Turnhallen an den Turnverein Richte hat wiederholt die Stadtverordnetenversammlung beschäftigt. Am 30. Juni 1910 brachte die sozialdemokratische Fraktion einen dringlichen Antrag ein.

Auf das Bildungswesen bezog sich ein Antrag unserer Genossen, der die Hebernahme des Aquariums in städtische Regie verlangte. Die Stadt Berlin tue für das Bildungswesen ohnehin sehr wenig.

Schulwesen und Bildungswesen sind Gebiete, deren Förderung im Interesse weiter Kreise der Bevölkerung liegt. Nur die Wahl sozialdemokratischer Vertreter am Sonntag, den 5. November, gibt sichere Gewähr, daß die erwerbstätige Bevölkerung dabei die Berücksichtigung findet, auf die sie Anspruch hat.

Die Kommunalwahlbewegung.

In einer gut besuchten Versammlung des 13. Bezirks, die am Dienstag im „Mitteraal“ in der Ritterstraße tagte, sprach der Stadtverordnete Dr. Alfred Bernstein. Unter anderem zeigte er, welche bedeutungsvollen Aufgaben die Stadtgemeinde zu erfüllen hätte auf den Gebieten der Schule, der Erziehung, der öffentlichen Gesundheitspflege.

Für den 14. Bezirk tagte am Dienstag eine gut besuchte Versammlung im Billees Saal in der Sebaltsruhstraße. An Stelle des in Aussicht genommenen Referenten Adolf Hoffmann, der durch Krankheit verhindert war, trat Stadtverordnete Dr. Jadel ein.

Am Dienstagabend zwei öffentliche Kommunalwähler-Versammlungen statt, die gut besucht waren. Für den 15. Bezirk waren die Wähler nach Voelckers Lokal, Weberstraße, eingeladen.

Die Wähler des 23. Bezirks versammelten sich im Schwelzergarten, am Friedrichshain, wo Genosse Pfannkuch über unsere Forderungen im Roten Hause einen Vortrag hielt.

Der sechste Wahlkreis hatte zum Dienstagabend vier öffentliche Wählerberathungen einberufen. Der Jubrag zu diesen Veranstaltungen war ein außerordentlich starker.

In Frankes Gesellschaftshaus, Triftstr. 63, sprach Stadtverordnete Leid, der vor einer dichtgedrängten Zuhörerschaft unsere kommunalen Forderungen behandelte.

In Franz Festfälen, Köbliner Straße 8, referierte Stadtverordnete Dr. D. Kohn. Er ging nach einem kurzen historischen Rückblick auf die Arbeiten und Kämpfe im Stadtparlament ein und schloß mit einem Hinweis auf die Wichtigkeit der kommunalen Wahlen unter großem Beifall.

In dem „Gumboldt-Sälen“, Guffenstraße 40, behandelte Stadtverordnete Th. Fischer das Thema des Tages unter gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung, die den wirkungsvollen Darlegungen lebhaften Beifall spendete.

In den „Verolina-Sälen“, Schönhauser Allee 28, hatte es Stadtverordnete Köblinger übernommen, seinen Zuhörern eine gedrängte Uebersicht von der Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter auf kommunalem Gebiete zu geben.

Die Herren, die mit Recht die Angliederung an die bestehende Versicherungsgesetzgebung für durchführbar und für besser als das Sonderstystem der Regierungsvorlage halten, sind reichlich spät aufgestanden.

Berichtigung. In unserer gestrigen Bericht über die Kommunalwählerversammlungen im dritten Reichstagswahlkreise hat sich ein unangenehmer Fehler eingeschlichen. Es sprachen die Genossen Dr. Wehl und A. Fröhlich nicht bei Giesing in der Wassertrstraße, sondern im „Köpenicker Vereinshaus“, die Genossen Dr. Jadel und Kaliski aber umgekehrt bei Giesing, Wassertrstraße.

Soziales.

Angliederung an die bestehende Versicherung?

Mit der Angestelltenversicherung beschäftigte sich in zwei Anpreußischen Abgeordnetenhäuser abgehaltenen Versammlungen am 28. und 30. Oktober der Deutsche Verein für Versicherungswissenschaft. Unter den Erschienenen waren Vertreter des Reichsamts des Innern, des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung, des Reichsversicherungsamts und des Kaiserlichen Statistischen Amtes.

Die Herren, die mit Recht die Angliederung an die bestehende Versicherungsgesetzgebung für durchführbar und für besser als das Sonderstystem der Regierungsvorlage halten, sind reichlich spät aufgestanden. Sie scheinen ver schlafen zu haben, daß die Sozialdemokraten seit Jahrzehnten die Durchführbarkeit eines Ausbaus klä-

* Siehe auch Nr. 242, 245, 250, 251, 252, 254, 255, 256 des „Vorwärts“

Kögen und solchen verlangen. Auch als die Vertreter der Sozialdemokratie bei Gelegenheit der Beratung der Reichsversicherungsordnung in der Kommission und im Plenum auf den Ausbau der allgemeinen Versicherung hinarbeiten, erhoben die Herren ihre Stimmen nicht. Es zeugt von recht wenig Tatsachenkenntnis des Deutschen Vereins für Versicherungswissenschaft, wenn ihm die Bestrebungen der Sozialdemokratie auf diesem Gebiet unbekannt geblieben sind. Es scheint erst das Sonderinteresse der Lebensversicherungs-Gesellschaften die Herren Sachverständigen auf den Plan gerufen zu haben. Hätten sie rechtzeitig für die von der Sozialdemokratie im Parlament und in der Presse propagierte Ausdehnung der Versicherungsgesetzgebung auf die Bezüge der Privatangestellten sich erhoben, so bestände vielleicht schon jetzt eine bessere und billigere Versicherung der Privatangestellten, als sie der Regierungsentwurf vorsieht. Finden die Herren erst jetzt kräftige Worte zugunsten der von der Sozialdemokratie verfolgten Idee, weil sie früher befürchteten, als Knappen der Sozialdemokratie beschrien zu werden? Das würde eine recht müßige Furcht beweisen, zumal die Geschichte der Sozialversicherung erweist, wie auch Wislitzki ausdrücklich anerkennt, daß das bisher Gute, was in der Sozialversicherung steckt, lediglich durch Drängen der Sozialdemokratie zustande gekommen ist.

Verband der Feiseurgeschlifen. Donnerstag, den 2. November, abends 9 1/2 Uhr, Rosenhaleer Str. 11/12: Versammlung und Vortrag.

Marktpreise von Berlin am 31. Oktober 1911, nach Ermittlung des Königl. Preispräsidiums. Kartoffelpreise (Kleinhandel), 100 Kilogramm gelbes, zum Kochen 36,00-50,00. Speltesohnen weiße, 38,00-60,00. Linfen 40,00-80,00. Kartoffeln 7,00-14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20-1,80. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,90-2,00. Butter 2,00-3,30. 60 Stück Eier 3,80-6,40. 1 Kilogramm Karotten 1,00-2,40. Kala 1,20-2,80. Bänder 1,40-3,60. Heide 1,10 bis 2,60. Borste 0,80-2,00. Schale 1,40-3,00. Biele 0,80-1,60. 60 Stück Krebse 2,40-24,00.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 8. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 30. Oktober verstarb nach kurzem Krankenlager unser altes Mitglied, der Hofwirtsgehilfe

Eugen Krumbach

im Alter von 55 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes im Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

214/5 Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser Kollege, der Präger

Wilhelm Schröder

am 30. Oktober verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 2. November, nachmittags 1/4 4 Uhr, in Nordend statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

25/00 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Todesanzeige.

Am 30. Oktober verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Karl Böhme

Lynarstr. 3.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 2. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Weidenhalle des Philippus-Hospital-Straßenhofs aus nach dem städtischen Friedhof, Köpenickerstr., statt.

Um rege Beteiligung ersucht

232/7 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Porzellanbrecher

Karl Richter

(1. Gruppe)

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Südwest-Friedhofes in Eichendorf aus statt.

Abfahrt von Charlottenburg 3 Uhr 7 Minuten.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Treptow-Baumschulweg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Genossin

Minna Papke geb. Urban

Gruststr. 8

verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. November, nachmittags 3 1/2 Uhr von der Weidenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Neue Krug-Allee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

204/3 Der Vorstand.

Nach kurzem schweren Krankenlager wurde am 30. Oktober das Vorstandsmittglied der Ortskrankenkasse der Gastwirte

Eugen Krumbach

durch den Tod aus seinem Wirkungskreis gerissen.

Durch seine jahrelange Tätigkeit haben wir den Lehrgeschiedenen in seinem Charakter und Eiferen schätzen gelernt und werden ihm ein ehrendes und dauerndes Andenken bewahren.

13786

Die Beamten der Ortskrankenkasse der Gastwirte pp.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todesanzeige.

Am 28. Oktober verstarb unser Genosse, der Monteur

Joseph Kiefler

Reinholdsdorfer Straße 93.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 2. November, nachmittags 3 Uhr, vom Hedwig-Krankenhaus aus nach dem St. Sebastian-Friedhof, Reinholdsdorfer-Str., Humboldtstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

232/8 Der Vorstand.

Gesangverein „Wilmersdorfer Männerchor“

(M. d. A.-S.-B.)

Am Dienstag, den 31. Oktober, verstarb unser Sangesbruder

Franz Holz.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. November, nachmittags 3 Uhr, vom Reich-Krankenhaus in Groß-Waldenfelde aus statt.

61/10

Um zahlreiches Erscheinen bitte!

Der Vorstand.

Hermann Fischers billige Särge

Urbanstr. 111, früher Rißdorf, Tel.

Ziehung schon

10. und 11. November

Schweidnitzer

Lotterie

5169 Gewinne im Werte v. M.

128000

40000

20000

Lose à 1 M., Porto u. Lotte

5 Lose 4,80 M. | sort aus

11 Lose 10 M. | versch.

durch das General-Debit

H. C. Kröger

Berlin W 8 Friedrichstr. 193a

sowie alle durch Plakate

kenntlichen Verkaufsstellen

Telegr.-Adr.: „Goldquelle“.

Reparaturen. Spez.: Un-

erlässlich saubere Renur

für Schifer. Tonverbesser-

ung, auf Wunsch auch solche,

die dem alt-italienischen Tone

äußerlich ähnlich ist. Besent-

liche Vorteile und eventuelle

Ratenzahlung für Fortwirts-

Abonnenten. Ungewöhnlich

ehrende Anerkennungen.

Smil Toussaint.

Werkstätte für Kunstgegenbau

in Berlin C., Rosenthalstr. 110.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Isidor Görner

am 18. Oktober in der Heil-

anstalt „Ripppringe“ verstorben ist.

Ehre seinem Andenken

130/4 Die Ortsverwaltung.

Verband der Hut- u. Filzwaren-Arbeiter und -Arbeiterinnen

Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Am Montag, den 30. Oktober,

starb nach langem Leiden unser

Mitglied, der Kollege

Karl Reichwald

im Alter von 39 Jahren.

Er ruhe sanft!

Die Beerdigung findet heute,

Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,

von der Weidenhalle des Georgen-

Friedhofes in Weissenhof, Köpen-

ickerstr., aus statt.

76/6

Der Vorstand.

Stoffe

Damenstiche für elegante Kleider,

Paletots etc. Nr. 2,50, 3,50, 4,50 etc.

Zuchlinger Koch & Seeland G. m. b. H.

Gertraudenstr. 20-21, vis-a-vis der

Petrikirche.

*Ein nimm Löffeln Löffeln
Ein nimm Löffeln Löffeln
und überbrücken somit ein
andere Löffeln. So schnell
Gedanken überbrücken
am besten.*

Ihr Opa sollt' mußt'!

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

Obst!

Goldparmänen, ausgewählte

Früchte, je 50 Kg. 30 M.

Goldparmänen I, beste Tafel-

früchte, je 50 Kg. 25 M.

Goldparmänen II, etwas ge-

ringer in Form und Farbe,

je 50 Kg. 20 M.

Goldparmänen III, kleinere

gute Früchte, je 50 Kg. 15 M.

Goldparmänen versehen die

beiden unterzeichneten Verwal-

tungen.

Verkauft nur von Blankenburg:

1. Calvill-Reinette, Bau-

manns-, Orleans-Rein-

ette und Königl. Kurz-

stiel in Tafelfrüchten je 50 Kg.

30 M.

Dieselben in kleineren guten Früchten

je 50 Kg. 20 M.

2. Spalter-Früchte von Diels-

Clairgeus- und Blumenbachs

Butterbirne je 50 Kg. 50 M.

Geringere Früchte und Kalbfel in

allen Sorten, soweit der Vorrat

reicht, je 50 Kg. 10 M.

Die Lieferung erfolgt bei Mindest-

abnahme von 25 Kg. für Kessel und

12 1/2 Kg. für Birnen frei Haus

Berlin durch die Gutverwaltung

Falkenberg bei Berlin

u. die Gutverwaltung Blanken-

burg bei Berlin.

Möbel

liefert auf **Teilzahlung**

bequeme

bei kleinster Anzahlung in

bekanntem Güte

(mit größter Rücksicht bei Krank-

heit und Arbeitslosigkeit)

E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Pichelswerder**,
an der neuen **Heerstraße** beim **Alten Freund**.



An diesem
Schild
sind die Läden
erkennbar,

in denen
SINGER
Nähmaschinen
verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung,
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.



Joseffini
Junno
Zigaretten
10 Stück 20 Pf

stehen
nach wie vor, auf
der höchsten Stufe
der
Vollkommenheit!

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 2. Novbr. 1911:
Anfang 7 1/2 Uhr.

R. Oberhaus, Garmen.
Schauspielhaus. Die glückliche Hand.
Deutsches. Tumbador.
Romische Oper. Sibirien.
Haberland. Spezialitäten.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubensprohe 48/49.
Von Meran zum Drifter.
Neues S. Operntheater. Hamlet.
Kammerpiele. Der verurteilte Vogel.
Zeffing. Das weiße Land.
Berliner. Hummelbienen.
Neues. Das Rädel von Rommatre.
Kunsthilfhaus. Die Vergnügungs-
reise.

Königgräzer Straße. Hundstage.
Schiller. O. Der Farmer von
Riedfeld.
Schiller. Charlotteburg. Es lebe
das Leben.
Friedr. Wild. Schauspielhaus.
Die Hochzeit von Valer.
Neues Volks-theater. Geographie
aus Liebe.

Metrova. Die Nacht von Berlin.
Weiten. Die Dame in Rot.
Trianon. Mein Baby.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Nissen. Die Nacht der Liebe.
Kolo. Das Glück des Lebens.
Casino. Der selige Holschinsky.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Wassagr. Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Volgt. Der Hund des alten Geigers.
Folies Caprice. Rabi Krach. Nr. 14.
Walhalla. Teufel, das hat einge-
schlagen!

Anfang 8 1/2 Uhr.

Belle-Alliance. Der Sittnapostel.
Intimes. Der Sittnapostel.
Eternwarte. Invalidenth. 67-62.
Kaiser-Panorama. Land und Leute
von Lins. Französische Schweiz.

Schiller-Theater O. Salmer-
Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
Freitag, abends 8 Uhr:
Madame Sans-Gêne.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
Hierauf: Der eingebildete Kranke.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.
Freitag, abends 8 Uhr:
Antigone.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.

Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Coeur-AB.

Theater in der Königgräzer Straße
8 Uhr:
Hundstage.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Rädel von Rommatre.
Gebrüder: Fritz Masaryk.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der hübsche Bauer.
Neues königl. Opern-Theater.
8 Uhr:

Hamlet
(Sandros). Abonnements-Vorst.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die Dame in Rot.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Ein Walgertraum.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Ein Walger von Chopin.
Schwan in 3 Akte v. Stöckl u. Barré.
Für die deutsche Bühne bearbeitet von
Hollen-Baeders.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walger von Chopin.

Friedrich-Wilhelmstadt.
Schauspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die Hochzeit von Valer.

Belle-Alliance-Theater
Königl. Hoftheater 8 1/2 Uhr:
Der Sittnapostel.

Luisen-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die Nacht der Liebe.

Voigt-Theater.
Gesundbrunn. Sinfonie 58.
Heute: Götter in
Puhmanns Theater. Altes 128.
Der Hund des alten Geigers.
Original-Charaktergemälde in 4 Akten
von Emil Geiger. Rabi v. Buhls.
Kuffnerstr. 7. Abends 8 1/2 Uhr.

Humor-Quartett
Gg. Trener. Kastanienallee 60

Urania.

Wissenschaftliches Theater
8 Uhr:
Von Meran zum Drifter.
Am 8. November beginnt ein
Zyklus: Antriebsmaschinen im
Gewerbebetriebe. Prosp. kostenl.

Metropol-Theater.

Die Nacht von Berlin!
Große Jahrestreue in 7 Akten von
Jul. Frenn. Musik von G. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. St. Schulz.
Abends 8 Uhr. Raucher gestattet.

Apollo Theater

Abends 8 Uhr:
Neues sensationelles Programm.
10 Attraktionen, Novitäten!
10 Uhr:
Der Gipfel der Komik!
Ein Abend in einem amerikanischen
Tingel Tangel.
New Yorker Origin. Fantom. Co.

Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener Lacherfolg!
Das Kind der Firma
mit Anton und Donat Herrnfeld in den
Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung.
Abends 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Schiller-Theater O. Salmer-

Der Pfarrer von Kirchfeld
Freitag, abends 8 Uhr:
Madame Sans-Gêne.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
Hierauf: Der eingebildete Kranke.

Schiller-Theater Charlotten-

Es lebe das Leben.
Freitag, abends 8 Uhr:
Antigone.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.

Berliner Theater.

Anfang 8 Uhr.
Coeur-AB.

Theater in der Königgräzer Straße
8 Uhr:
Hundstage.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Rädel von Rommatre.
Gebrüder: Fritz Masaryk.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der hübsche Bauer.
Neues königl. Opern-Theater.
8 Uhr:

Hamlet
(Sandros). Abonnements-Vorst.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die Dame in Rot.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Ein Walgertraum.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Ein Walger von Chopin.
Schwan in 3 Akte v. Stöckl u. Barré.
Für die deutsche Bühne bearbeitet von
Hollen-Baeders.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walger von Chopin.

Friedrich-Wilhelmstadt.
Schauspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die Hochzeit von Valer.

Belle-Alliance-Theater
Königl. Hoftheater 8 1/2 Uhr:
Der Sittnapostel.

Luisen-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die Nacht der Liebe.

Voigt-Theater.
Gesundbrunn. Sinfonie 58.
Heute: Götter in
Puhmanns Theater. Altes 128.
Der Hund des alten Geigers.
Original-Charaktergemälde in 4 Akten
von Emil Geiger. Rabi v. Buhls.
Kuffnerstr. 7. Abends 8 1/2 Uhr.

Humor-Quartett
Gg. Trener. Kastanienallee 60

Freie Volksbühne

Herbstfest
Sonnabend, den 11. November, 8 1/2 Uhr,
in der Brauerei Happoldt, Hasenheide.
Der Tanz in Musik und Literatur.
Mitwirkende:
Das Berliner Tonkünstlerinnen-Orchester
Leitung: Fräulein Elisabeth Kayper.
Tanzkünstlerin Fräulein Irene Sanden mit
ihrem Tanzensemble.
Konzertsängerin Fräulein Lola Barnay.
Am Klavier Frau Grünberg und Fräulein Gille.
Rezitation Herr Friedrich Kaydler vom
Deutschen Theater.
Festmarken a 60 Pf. können in allen Zahlstellen
bestellt werden.

Lessing-Theater
Bjornson:
**Wenn der junge
Wein blüht.**

Thalia-Theater
John Galsworthy:
Der Zigarettenkasten.

Abendabteilungen
Hermann Babr:
Josephine.

Neues Schauspielhaus
Lessing:
Nathan der Weise

Residenz-Theater
Emil Augier:
Die arme Löwin.

Herrnfeld-Theater
Wied:
2x2=5.

Für die Nachmittags-Mitglieder sind
in den Abendabteilungen an den Montag-
abenden in Neuen Schauspielhause Karten
a Mk. 1.30 zu haben.

Neue Mitglieder können
sich in
allen Zahlstellen melden für die Nachmittags-
und Abendabteilungen. 241/18

Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Turn-Verein „Fichte“ Berlin
Mitglied des Arb.-Turner-Bundes
Sonnabend, den 4. November 1911:
Kunst-Abend
im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain.
Mitwirkende:
Berliner Sinfonie-Orchester. Dirigent Kapellmeister Herr M. Fischer.
Solist: Herr Fr. Grosse, Cello. Marietta Weraher-Burkhardt, Mezzosopran.
Opernsänger: Herr Leo Einhorn, Tenor. Herr Matthias von Erdberg, Rezitation.
Am Flügel: Herr Kapellmeister Karl Woltschach.
Nach dem Konzert: **Tanz.** Herren zahlen 50 Pf. nach.
Anfang präzise 8 1/2 Uhr :: Eintritt 50 Pf.
Die Saalführen bleiben während des Konzerts geschlossen. Rauchen nicht gestattet.

Männer-Gesangverein „Namenlos“
M. d. A.-S.-B. Chorleiter E. Thilo.
Sonntag, den 5. November 1911, in der
Brauerei Friedrichshain
KONZERT
Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester. Dirig. Max Fischer.
Konzertmeister Mahke (Violine). 1375b
Anfang 6 Uhr. Billetts 60 Pf.

Der größte Erfolg der Saison!
WINZER-FEST
im SPORTPALAST, Potsdamer Straße 72
Grandiose Revue: **WINZERTRÄUME**
Bunter Teil: Sport und Humor
Sein Liebesabenteuer — Pardiencenen auf dem Eise
:: Meisterschaftsboxkampf ::
Im ganzen Hause: Frischer Most, Stimmung, Humor
Eintritt: 1 M., bis 6 Uhr nachm. 50 Pf., Sperrsaal 2 M.

Roads Theater.
Direktion: Robert Oll.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Zum letzten Male:
Der Jongleur.
Wasserpolo in 4 Akten v. Emil Hoff.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonnt. nachm. 3 Uhr.
Morgen: Neue Vorstellung.

Volks-Theater.
Birkdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 5. Nov.: Die wilde
Katze. Heute mit Gesang in
4 Akten von Hannsfaßl u. Heller.
Montag, 6. Nov.: Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten von Friedr.
v. Schiller.

Zirkus Schumann

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Fräulein Dora Schumann, Frei-
heitsdresuren. — Luis Hardt,
moderner Samson; neuer atle-
tischer Akt. Geschw. De Maria.
American wonders; d. Prosch-
paradies. Außerdem die
übrigen Kunstkräfte.
9 1/2 Uhr: Die prächtv. Feuer-
1000 Jahre
auf dem
Meeresgrund.
Sonntag, 5. November,
3 1/2 Uhr: Extra-Nachmittags-
Vorstellung mit Galaprogramm
und angekrzter Ausführung
der gr. Feuer 1000 Jahre
auf dem Meeresgrund.

Passage-Theater.

Premiere!
Das beste Programm
der Berliner Varieté-Saison!
Claire Waldoff
mit neuen Schlagern.
Menó
Telspat, Phänome.
The Black cats
engl. Backfisch-Ena.
und die 10 glänzenden
Varieté-Nummern.

Nibles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
bei freiem Zutree. C. Nible.

Casino-Theater

Lohringstr. 37. Täglich 8 Uhr
Trotz des enormen Andranges
Lehter Monat
Berliner Vollen-Schlager
Der selige Holschinsky.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Ein Weib u. d. Volke.

Zirkus Busch

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
**Die gr. Sensation
der Neuheit!**
Pignol
der tollkühne Springer!
Um 9 1/2 Uhr zum 20. Male:
Origin-
Aus-
stattungs-
stück des
Zirkus
Busch
in
5 Bildern.
Vorher das gr. Gala-Programm.

PASSAGE :: ANOPTIKUM

Die wilden Lebend!
Heul-Derwische
aus Ceylon
mit ihren fanatisch. Produk-
tionen. Merino, der lebende
Amboß. AGA, die schwebende
Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Castans Panoptikum.

Corso-Varieté.
Friedrichstr. 165.
Weitere Künstler-Abende.
12 Attraktionen 12
U. a.:
Das urkom. Zwerginnen-Duett.
Entrée 50 Pf.

Folies Caprice.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Zum **No. 14.**
Rabi Krach.

Königstadt-Kasino.

Ede Polymaths u. Alexanderstraße
nahe Annomöybrücke.
Vom 1. bis 16. November,
abends 7 1/2 Uhr: Das Nieren-
Königstadt-Programm.
Buntes Kommerzien-
u. die erstklassigen Spezialitäten.
Sonntags 2 Vorstellungen: nach-
mittag 4 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Gastspiel
Robert Steidl.
Abt. wochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Concordia - Festsäle.

Inh.: M. Wandt & A. Schütz.
64 Andreasstraße 64.
Jeden Donnerstag:
Große Soiree
d. allgemein beliebten
und bekannten
Hoffmanns Sänger.
Direktion Fr. Fanther
Heute:
Unsre Mamsell.
Lustspiel in 1 Akt.
Anfang 8 Uhr.
Nach der
Soiree: **Frel-Tanz.**
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Union-Theater

Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.
Direktion: Willy Cremer.
Morgen letzter Tag
des erfolgreichsten
Wochen-Spielplans.
Voranzeige:
Die
**vier Teufel
kommen!**

Schlafdecken

Gelegenheitskauf! Billigste
Schlafdecken
St. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.
Pferdedecken!
St. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.
Egallische Reisedecken
St. 4⁷⁵, 6⁷⁵, 9⁷⁵ bis 88 M.
für die
Fries Vertieren
alle Farben.
Meter 1.75, 2.50 bis 4.50.
Abgeh. Friedmüntel 2.25-8 M.
Versand unter Nachnahme.

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 169.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie für die am Sonntag, den 5. November, stattfindenden Stadtverordnetenwahlen sind folgende:

- Kommunal-Wahlbezirk:
- 1. Robert Drescher, Kaufmann, Gartenstraße 58.
- 2. Johannes Sassenbach, Geschäftsführer, Engelufer 15.
- 3. Hugo Böhm, Redakteur, Poststraße 55.
- 4. Hugo Woldersky, Bürgerdeputierter, Brückenallee 3.
- 5. Julius Meyer, Restaurateur, Oranienstraße 108.
- 10. Ludwig Tolkdorf, Stadtverordneter, Görliger Straße 58.
- 13. Dr. Ignaz Jodel, Stadtverordneter, Dresdener Straße 109.
- 14. Alexander Fröhlich, Kaufmann, Greifswalder Straße 43a.
- 15. Waldek Ranasse, Stadtverordneter, Friedenstraße 13.
- 21. Fritz Wille, Stadtverordneter, Sebastianstraße 39.
- 23. Hugo Heimann, Stadtverordneter, Ulmenstraße 6.
- 24. Eugen Brückner, Arbeitersekretär, Müdersdorfer Str. 64.
- 25. Adolf Hoffmann, Stadtverordneter, Blumenstraße 22.
- 28. Karl Rablenzer, Stadtverordneter, Stolpischestraße 35.
- 35. Karl Mars, Stadtverordneter, Greifenhagenstraße 34.
- 42. Dr. Leo Arndt, Stadtverordneter, Brückenallee 8.
- 46. August Hinke, Stadtverordneter, Pankstraße 57.

Die Wahl findet am kommenden Sonntag, den 5. November, von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags statt. Es ist also jedem Wähler Gelegenheit gegeben, ohne materiellen Verlust an der Wahl teilzunehmen.

Parteilosen! Sorgt dafür, daß am kommenden Sonntag die sozialdemokratischen Kandidaten mit großen Stimmenmehrheiten gewählt werden!

Hilfe für den Berliner Kommunalfreisinn.

Der bei den am 5. November zu vollziehenden Stadtverordnetenwahlen wieder einige der ihm bisher noch gebliebenen Bezirke der dritten Abteilung zu verlieren fürchtet, wird jetzt vom „Lokalanzeiger“ gebracht. Das Blatt veröffentlicht über die Stadtverordnetenwahlen in Großberlin einen Artikel, der scheinbar nach dem alten Scherzrezept der „Parteilosigkeit“ gearbeitet ist, in Wirklichkeit aber die Aufmerksamkeit auf den Abwehrkampf der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu lenken sich bemüht. Daß der „Lokalanzeiger“ diese sanfte Erweckung des Interesses an den Stadtverordnetenwahlen nicht zu dem Zweck betreibt, der Sozialdemokratie zu nützen, das versteht sich von selber. Aber das angeblich „parteilose“ Scherzorgan läßt in dem auf Berlin bezüglichen Abschnitt dieser Wahlbetrachtung deutlich genug durchblicken, daß mit ihr dem bedrängten Kommunalfreisinn möglichst unter die Arme gegriffen werden soll.

Zum Schein bemängelt der Artikel, daß der Freisinn immer wieder fast nur Bezirksvereinsgrößen für die Kommunalwahlen als Kandidaten aufstellt. Dann aber wird als Ausnahme der ehemalige Lehrer Lews angepriesen, den der Freisinn den Kommunalwählern der dritten Klasse in dem neuen 24. Wahlbezirk als Kandidaten präsentiert. Das Scherzblatt tut so, wie wenn er ein Kandidat der Lehrerklasse sei. Ach, auch er ist nichts anderes als ein Kandidat der Liberalen, die ihn als willkommene Aushängeschild mit Dank von den Lehrern entgegengenommen haben. Gelänge es den Liberalen, mit diesem „Rechtskandidaten“ den 24. Bezirk zu retten — wie bald würde im Rathaus auch Herr Lews, der Liberale, sich als Vertreter des waschechtesten Liberalismus „bewähren“. Man hat mit sogenannten Ausnahmefällen dort schon die sonderbarsten Erfahrungen gemacht. Aber es ist zu hoffen, daß Herr Lews gar nicht erst in die Lage kommt, die Wähler zu enttäuschen. Sorgenvoll bemerkt der „Lokal-Anzeiger“, es erweise fraglich, ob es gelänge werde, Lews gegen den sozialdemokratischen Kandidaten durchzubringen. Hinter diesen Worten verbirgt sich der Wunsch, zur Unterstützung des Freisinnskandidaten aufzumuntern. Die Wählerschaft der dritten Klasse wird im 24. Wahlbezirk alle Kraft aufzubieten haben, damit die Besürchtungen des dem Kommunalfreisinn sich hülfreich erweisenden „Lokal-Anzeiger“ sich bestätigen und der für den 24. Bezirk aufgestellte Kandidat der Sozialdemokratie Arbeitersekretär Eugen Brückner gewählt wird.

Das Scherzblatt läßt sich nicht genügen an der Anpreisung jenes angeblich nicht das Vertrauen der Bezirksvereine genießenden Ausnahmefallkandidaten. In demselben Atemzuge nennt es auch den neuen 14. Wahlbezirk „ausgestelltesten Kandidaten der Freisinnigen, den Herrn Rosenow, den es als den „bekanntesten freisinnigen Landtagsabgeordneten“ und „Fraktionsführer der Neuen Linken“ empfiehlt. Herr Rosenow habe in seinem Bezirk „einen harten Stand“, klagt und mahnt das „parteilose“ Blatt. Ja, das hoffen auch wir, daß die Wählerschaft des 14. Bezirks alles draussehen wird, diese Stütze des Kommunalfreisinn's endlich zu Fall zu bringen und den Kandidaten der Sozialdemokratie Kaufmann Alexander Fröhlich in das Rathaus zu entsenden. Herr Rosenow hat in der Stadtverordnetenversammlung, für die er jetzt wiedergewählt werden möchte, so oft und so eifrig die Interessen des Unternehmertums vertreten, daß kein denkender Wähler der dritten Klasse für ihn stimmen kann. In dieser Beziehung darf Herr Rosenow getrost einem der ärgsten Unternehmerrunden in der Stadtverordnetenversammlung, dem Stadtverordneten Rettig, die Hand reichen. Herr Rettig, dessen Mandat jetzt abläuft, empfiehlt sich zur Wiederwahl dem neuen 2. Wahlbezirk. Öffentlich bereitet ihm dort die Wählerschaft die verdiente Niederlage und entsendet in das Rathaus den hier aufgestellten Kandidaten der Sozialdemokratie, den wiederzuwählenden Stadtverordneten Johannes Sassenbach, dessen bisheriger Bezirk in diesem Stadtteil lag.

Schließlich weist der „Lokalanzeiger“ noch auf den Kampf hin, der in dem neuen 5. Wahlbezirk zu erwarten ist, und nennt den Stadtverordneten Ullstein, der hier als bisheriger Vertreter in Frage käme. Herr Ullstein hat, wie bekannt, diesmal eine Kandidatur abgelehnt und sie einer anderen Bezirksvereinsgröße überlassen. Weil er fühlt, daß die Trauben jetzt höher hängen. Schlimm genug hat er es in der Stadtverordnetenversammlung getrieben, so schlimm, daß kein Mensch mehr sich wundern konnte, als er mit seinem sich „sozialfortschrittlich“ nennenden Grüppchen zuletzt bei der Fraktion Rommensen untertrug. Auch der Sozialfortschrittler Ullstein ist einer von denen, die mal als „Ausnahme“ gelten wollten, nicht zu den „kommunal-liberalen“ gezählt werden wollten. Wir sehen so jetzt, was aus ihm geworden ist. Dieses Sozialfortschrittlers Wirken in der Stadtverordnetenversammlung wird, denken wir, die Wählerschaft des 5. Wahlbezirks hinreichend aufgeklärt haben, so daß sie jetzt den Kandidaten der Sozialdemokratie, Restaurateur Julius Meyer, zu ihrem Vertreter wählen wird.

Hilfe braucht der Kommunalfreisinn selbst in denjenigen Wahlbezirken, die er bisher zu seinem sicheren Besitz zählen durfte, und

nach Hilfe sucht er, wo er nur kann. Wir haben schon gemeldet, daß z. B. im ersten Wahlbezirk, wo für die Sozialdemokratie der Kaufmann Robert Drescher kandidiert, der Freisinnskandidat Wiese einen Wittgang nach dem Marziall getan hat. Die Marziallbediensteten dürfen bei den Stadtverordnetenwahlen keinem Sozialdemokraten ihre Stimme geben, das weiß jeder. Im übrigen aber werden die Wähler der dritten Klasse in allen an der Wahl beteiligten Bezirken nur in ihrem eigenen Interesse handeln, wenn sie den Kommunalfreisinn hilflos fallen lassen und für die Kandidaten der Sozialdemokratie stimmen.

Erster und fünfter Kreis. Für den ersten Kommunal-Wahlbezirk findet heute abend Versammlung in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18, statt. Näheres siehe Annonce.

Zweiter und dritter Kreis. Heute findet im 13. und 14. Kommunal-Wahlbezirk von abends 7 Uhr an Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich in den bekannten Lokalen einzufinden.

NB. Am Freitag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, findet für die obengenannten Bezirke im großen Saal der Kaminhallen, Kommandantenstraße 58/59, eine Wählerversammlung statt, in welcher Stadtv. Wih. Pfannkuch sprechen wird.

Partei-Angelegenheiten.

Friedenau. Freitag, den 3. November, abends 7 Uhr, wichtige allgemeine Flugblattverbreitung. Die Bezirksleiter nehmen heute abend das Material bei Schönfeld in Empfang.

Friedrichshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr, 2. Vortragsabend im Lindengarten, Friedrichstr. 74.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Freitag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, findet der dritte Vortragsabend des Bildungsausschusses im Restaurant von Karl Ledemitt (kleiner Saal) statt. Teilnehmerkarten sind am Eingang des Saales zu haben.

Berliner Nachrichten.

Allerseele.

Fauchende Windstöße peitschen über die einsame Habelinsel hin. Man meidet diesen öden Werder mit seinen Dpfersteinen und Heidengräbern; der mürrische Fischer, der uns hinüberrudert, meint: es wäre dort nicht recht „geheuer“. Und als wir vor einem alten Dpferstein stehen und der Herbststurm in den paar vereinzelt stehenden knorrigen alten Kiefern und Fichten heult, da ist's auch uns recht eigen zu Mute. Ein wunderliches Raunen aus grauer Vorzeit erfüllt diesen Werder. Die alten Sagen der Germanen und Wenden regen sich wieder. Was mag wohl jene uralte Götze, jener verwiterte Dpferstein schon alles gesehen haben? —

Die grauen Schatten eines barbarischen Kultes tauchen vor unserem geistigen Auge auf. Noch ist der lebendige Lichtstrahl des Wissens nicht in das Dunkel der primitiven Kultur der alten Germanen, der alten Wenden eingedrungen. Düstere religiöse Vorstellungen, das Streben, die noch mehr wie die Götter gefürchteten Seelen der Verstorbenen (die Maren) zu versöhnen, führten zur Darbringung von Dpfen. Und nicht nur Tieropfer: — gewisse Ueberlieferungen sprechen dafür, daß man auch vor dem gelegentlichen Menschenopfer — Feinde, kleine Kinder — nicht zurückschreckte. Besonders zur Zeit des germanischen Neujahr, das als Beginn einer neuen Wirtschaftperiode, im Herbst gefeiert wurde, nahmen die Dpferfeierlichkeiten einen besonderen Platz ein. Nachdem nun das neue Saatgut der Erde anvertraut war, galt es, die mit den kürzeren Tagen immer mächtiger werdenden elbischen Nachtgestalten und Maren, die in der Erde wohnten, aber im allgemeinen dem Menschen feindselig gesinnt waren, zu versöhnen.

Selbst dem Christentum ist es nicht gelungen, diese heidnischen Gebräuche völlig auszurotten, aber es hing der Sache ein christliches Mäntelchen um. Denn das um das Jahr 1000 von der Kirche hinter dem Allerheiligentage (1. November) eingeführte Allerseelefest (2. November) ist eine Anerkennung des alten heidnischen Seelenfests. An ihm erwartete und bewirtete das Volk die Seelen der Verstorbenen, die in Krötengestalt in der Erde, in Bergen oder in den Bäumen gebannt hausten, und nur in dieser Nacht zurückkehren durften. Man brachte für sie zur Zeit des Lichtwinkens, gegen Abend, von den Sippengeossen zusammengetragene Speiseopfer an bestimmten Stellen dar. Auch wurden dabei Lichter angezündet. An Stelle der ursprünglichen Menschenbeziehungswiese Tieropfer treten entsprechend geformte Gebäcke (Gebüddbrote). Diese den verstorbenen Ahnen gewidmeten Feste müssen uralte sein, denn wir treffen sie bei den Chinesen, Japanern, Persern, Griechen und Römern. Auch ist ihnen gemeinsam: daß man bei der Mahlzeit, zu der die Toten geladen und von der sie nachher fortgewiesen werden, Lichter anzündet; letzteren Brauch findet man noch heute in streng katholischen Gegenden am Allerseelestage auf den Friedhöfen wieder.

Wohl hat die christliche Kirche sich nicht ohne Erfolg bemüht, in den tausend Jahren ihrer Herrschaft den Charakter jener altgermanischen Totenfeier, von der auch höchstwahrscheinlich die Zuliefer, das spätere Weihnachtsfest abstammt, zu verändern. Allerseele, wie auch der Totensonntag sind zu einer pietätvollen Gedächtnisfeier der Verstorbenen geworden. Und dennoch. Die Herbststürme dort draußen im wendischen Lande, die „Teufelsbögel“ oder wenn dann und wann einmal der tief gestellte Pflug knirschend eine rohe Urne mit Leichenbrand ans Tageslicht bringt, sie weden sie wieder, die scheinbar längst vergessenen Sagen und Gebräuche. Kein Mensch weiß, wer sie wieder aufbrachte; sie sind einmal da; mancher ahnt kaum, wie uralte sie schon sind.

Doch wenn an den langen Herbstabenden der Wind in den einsamen Dörfern der Spree- und Habelniederungen wütend an den geschlossenen Fensterläden rüttelt, wenn er im Schornstein heult und pfeift, wenn's wie die wilde Jagd dahinströmt: dann erwachen sie wieder die alten, dunklen Geschichten. Gute und schlechte Märchen in bunter Folge. Aber schöner und volkstümlicher als alle farbadernde katholische und evangelische Traktatwenweisheit zusammen.

Eng rückt man aneinander und Großmutter erzählt . . .

Die Sitzung der gemischten Deputation betreffend Beratung von Maßregeln gegen die Nahrungsmittelteuerung, welche am Mittwoch unter Vorsitz des Oberbürgermeisters im Rathaus stattfand, beschäftigte sich zuerst mit der an den Reichsanwalt abzusendenden Petition, welche einstimmig angenommen wurde. Die Petition enthält unausführbares statistisches Material über die in den letzten drei

Jahren erfolgte Preissteigerung. Alsdann wurde Bericht erstattet über den von der Stadt eingeführten Seefischverkauf, der sich bewährt hat und sich fortwährend steigert. Das anfängliche Mißtrauen, das viele Volksteile gegen denselben hegten, ist zum größten Teile überwunden. Gewisse Mandar, die städtischen Fischpreise um einen oder zwei Pfennig zu unterbieten, wollten nicht mehr ziehen, da die Bevölkerung sehr bald gewahr geworden ist, daß für solche Preise, wie die Stadt sie bietet, nirgends anderseits, und was die Hauptfrage ist, tadellos frische Ware geliefert wird. Von mehreren Seiten wurde angeregt, den städtischen Verkauf auch auf geräucherter Preiswerte Seefische auszudehnen, mit dem Hinweis, daß in London die geräucherter Seefische ein Hauptnahrungsmittel für die ärmere Bevölkerung bilden. Beim Magistrat schien zur Ausdehnung des Betriebes keine sonderliche Neigung vorhanden zu sein, schließlich gelang es aber wenigstens, die Anregung dem Vorsitzenden zur Prüfung zu überweisen. Auf Anregung von sozialdemokratischer Seite soll unter Zustimmung des Oberbürgermeisters der Leitung unserer Kochschulen, soweit solche in den Gemeindeschulen vorhanden sind, empfohlen werden, an den Tagen, an dem der städtische Fischverkauf stattfindet, Fischgerichte der verschiedensten Art zubereiten zu lassen, um so durch die Kinder die Fischnahrung in immer weitere Volksteile einzuführen.

Die Frage der Kartoffelversorgung durch die Stadt, die von sozialdemokratischer Seite wieder energisch verlangt wurde, löste den bedrängten Unternehmerrunden tausend und einige Bedenken aus. „Kleine und mittlere Städte könnten das wohl, aber keine Großstadt“; „die Stadt müßte teurer verkaufen wie der Händler“; „der Stadt würden keine Kartoffeln verkauft“; „wie viel Aufkäufer müßten wir ins Land schicken?“ Alle diese Einwendungen wurden ernsthaft erhoben, aber von sozialdemokratischer Seite nur als Ausrede gekennzeichnet. Indirekt bestätigte selbst der Oberbürgermeister, daß schon jetzt eine ganze Reihe Angebote vorlägen.

Ein bekannter, im Kartoffelkauf nicht unerfahrener Stadtrat, wendete sich am schärfsten gegen den städtischen Kartoffelverkauf. Noch interessanter aber waren die Ausführungen eines bürgerlichen Stadtverordneten, der meinte, die Engros Händler geben jetzt schon die Kartoffeln nur mit 10—20 Pf. Ruhen pro Zentner ab und verkaufen auch ab Bahnhof an jeden Privatmann bei Abnahme von mindestens einem Zentner zu Engrospreisen. Außerdem würden die kleinen Händler geschädigt und ruiniert, wenn die Stadt den Kartoffelhandel in die Hand nähme.

Von den sozialdemokratischen Vertretern wurde darauf hingewiesen, daß der kleine Händler bei der Teuerung jetzt nicht viel verdiene. Die Grünthandhändler müßten die Kartoffeln aber führen, um sich die Kundschaft für die anderen Waren zu erhalten. Durch das Eingreifen der Stadt würden diese Leute aber gerade deswegen nicht geschädigt oder gar ruiniert. Der Stadtverordnete der zweiten Abteilung versetzte sich zur Behauptung: „Mit der Teuerung der Kartoffeln sei es nicht so schlimm, früher hätte der Zentner 2,50 M. gekostet und jetzt 3,50 M., das wäre auf den ganzen Zentner nur 1 M. Was läme da für eine Teuerung auf das 1/2 Pfund Kartoffeln, das der Arbeiter zu seiner Mahlzeit braucht?“ Der Herr der außer Stadtverordneter im Nebenberuf auch Kommerzienrat ist, wußte sich von den Sozialdemokraten belehren lassen, daß auf die Arbeiter-Wittagsstafel nicht so viel Fleisch und alle möglichen Delikatessen der Saison kämen wie bei einem Kommerzienrat, daß man die Kartoffeln in einzelnen Exemplaren als Beigabe zur Abstimmung des Besamads genießt, sondern beim Arbeiter sei die Kartoffel leider so Hauptnahrung, daß der Herr keine Ahnung habe, wenn er von 1/2 Pfund spreche.

Aber wenn unsere Genossen auch mit Engeltzungen geredet hätten, gegen solche tiefgründige Kenntnis der Volksnahrung können sie nicht aufkommen. Die Kartoffelversorgung durch die Stadt wurde mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt! Offentlich geben die Einwohner Berlins, die Wähler III. Klasse, am Sonntag den bürgerlichen Stadtverordneten die „nötige Aufklärung“ über das Thema, wie das Volk lebt.

Gegen die Adoptionsbureaus erklärt das Polizeipräsidium wieder eine Erklärung, die besagt: Mehrere Bureaus, die sich mit der Vermittlung von Adoptionen und Unterbringung von Pflegekindern beschäftigen, geben als Referenz für ihre Tätigkeit das hiesige Polizeipräsidium an. Die Behörden sollen bestätigen können, daß und wieviel Kinder durch das Bureau vermittelt wurden. Es sind jedoch in dieser Richtung noch niemals Bestellungen erfolgt, und es besteht die einzige Beziehung zwischen der Behörde und den Bureaus darin, daß bei einem eventuell vorliegenden Verdacht des Adoptionschwindels im Wege geflüchteter Maßnahmen eingeschritten werden mußte. Den Angaben in den Prospekten dieser Bureaus steht demnach das Polizeipräsidium fern, und es kann deshalb nur nochmals vor einer Verbindung mit den hier in Rede stehenden Bureaus gewarnt werden.

Den Tod auf den Schienen fand gestern morgen der Bahnwärtervertreter Albert Karl Kopf aus der Dolziger Str. 45. Der 25 Jahre alte Mann vertrat in der vergangenen Nacht einen Bahnwärter auf dem Güterbahnhof in Weißensee. Wie seine Kontrollkarte zeigt, war er noch mindestens bis um 4 1/2 Uhr tätig. Um 6 1/2 Uhr wurde er tot auf einem Gleis liegend aufgefunden. Die Leiche war ganz zerrissen und zerstückelt. Sie wurde nach dem Schauhaus gebracht. Wie das Unglück geschehen ist, weiß man noch nicht.

Der Kindesmordversuch im Wittenauer Hof hat noch immer der Aufklärung. Im Laufe des vorgestrigen Tages erschienen auf der Wittenauer Polizei und im Reinidendorfer Krankenhaus zahlreiche Personen, die Kinder vermigten, doch haben sich Angehörige des Kleinen noch nicht gemeldet. Der Knabe war bei seiner Auffindung mit einem rotfarbten Wackentuch, einer Samtmattrosenmütze mit schwarzem Band auf dem in gelben Wackentuch „Retour“ zu lesen ist, einer weißen Jade mit gelben Knöpfen, einer blau karierten Schürze, schwarzen Strümpfen und schwarzen Halbschuhen bekleidet. Der Kleine, der sich übrigens vollkommen erholt hat, genießt eine liebevolle Pflege im Reinidendorfer Krankenhaus und wird in einigen Tagen, falls die Eltern sich bis dahin nicht gemeldet, dem Waisenhaus übergeben werden.

Auf dem Wege nach dem Krankenhaus vom Tode ertötet wurde vorgestern der Arbeiter Karl Barnigg aus der Wildaldr-Alteis-Str. 14. Barnigg war lungenchwandkräftig und wurde gestern vom Arzt seine Ueberführung nach einem Krankenhaus angeordnet. Auf der Fahrt dorthin verstarb er plötzlich.

Den „Räuf“ der Taschendiebstahl hat vorgestern die Kriminalpolizei auf frischer Tat ertappt und unschädlich gemacht. Es ist ein aus Ungarn gebürtiger Kaufmann Paul Weiß, der besonders in Berlin „arbeitet“. Während der Caruso-Vorstellungen im Opernhaus erwachte die Kriminalpolizei im Gedränge einen jungen Taschendieb, der sich als ein 19 Jahre alter, aus Ofenpest stammender Kellner Lissai entpuppte. Er hatte zwei Damen die Handtaschen geöffnet und ihre Geldbörsen herausgenommen. Lissai war noch ein Neuling und legte bald ein Geständnis ab. In Ofenpest hatte er Weiß kennen gelernt und dieser hatte ihn als Taschendieb ausgebildet. Weiß versicherte immer, daß Berlin der beste Platz für Taschendiebstahl sei, und beschloß, auch die Caruso-Vorstellungen nach Straßen wieder auszunutzen. Er suchte mit seinem neuen Schüler hierher und brachte ihn bei einem Logiswirt Siegmund Blüschbach unter. Er selbst wohnte zunächst in der Schlegelstraße 8. Lissai war jedoch für die Praxis doch nicht genügend ausgebildet und fiel bald der Polizei in die Hände. Jetzt stand Weiß allein. Er war schon im Laufe des Sommers in Berlin

und ließ an den Straßenbahnhaltestellen, wie in Treptow und Ziegel, und vor den großen Vergnügungslösalen, wie den Lunapark, sechs ausgebildete Schüler für sich „arbeiten“. Sein „Bach“ aber wollte es, daß einer seiner Gefährten nach dem anderen ertryp und hinter Schloß und Riegel gebracht wurde. Wir haben über diese Diebereien und Verhaftungen im Laufe des Sommers wiederholt berichtet. Jetzt hatte Weiß auch mit seinem letzten Schüler noch „Inglud“.

Den Aufenthalt des Weiß erfuhren die Kriminalbeamten von dem Verhafteten. Jeder Beamte hatte ein Bild von ihm; sie waren umso mehr hinter ihm her, als W. in Berlin bereits zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt worden ist, die er noch nicht verbüßt hat. In der Schlegelstr. 8 war er natürlich nicht mehr zu finden. Nach der Verhaftung seines Quartiers war er schließlich verschwinden, um sich ein anderes Quartier zu suchen. Angeblich sollte er nun einen Unterschlupf in der Reibelstraße gefunden haben, aber auch dort war er nicht zu ermitteln. Vorgestern nun haben Beamte an einer Haltestelle an der Ecke der Königgräber und Bockstraße zwei Männer, die ihnen bekannt vorkamen. Sie brauchten nicht erst lange nachzudenken, wer sie sein könnten. Denn alsbald rief der eine künstlich ein Gedächtnis hervor und deckte den anderen, der diese Gelegenheit benutzte, in fremde Taschen zu greifen. Jetzt griffen die Beamten zu und hatten den lange gesuchten „Hauptling“ Weiß und Wünschbach am Stragen. Beide wurden von der Kriminalpolizei nach Moabit gebracht.

Hilflos aufgefunden wurde vorgestern nachmittags vor dem Hause Breslauer Str. 6a ein unbekannter, etwa 40 bis 50 Jahre alter Mann, der anscheinend den Schauspielereisen angehört. Er wurde nach der Hilfswache Grüner Weg 15 gebracht, doch konnte der Arzt hier nur noch den Tod des Mannes feststellen. Die Leiche wurde dem Scharnhauke zugeführt. Der Unbekannte ist 1,62 Meter groß, hat kurz geschnittenes, volles, dunkelblondes Haar, ist glatt rasiert und trug eine blaue Hose und Weste, einen dunklen, kleinstärkigen Gehrock, einen grauen Sommerüberzieher und ein blaugestreiftes Hemd.

Zu einem Zusammenstoß zwischen einer Droschke und einem Straßenbahnwagen kam es Dienstag abend gegen 8 Uhr an der Ecke der Friedrich-Wilhelm- und Rauchstraße. Dort verfuhr die Pferdewagen 8772 unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 17 das Gleis zu kreuzen, wurde jedoch angehalten. Bei dem Zusammenstoß wurde der Kutscher Widel, 9 wohnhaft, vom Kopf geschleudert und erlitt eine Gehirnerschütterung und anscheinend auch innere Verletzungen, die seine Ueberführung nach dem Krankenhaus notwendig machten. Die Droschke wurde bei dem Zusammenstoß stark beschädigt.

Die Propagandakommission zur Förderung des Genossenschaftswesens in Groß-Berlin bittet uns mitzuteilen, daß am heutigen Abend im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, der Vortrag des Professor Staudinger über „Die Notwendigkeit der Konsumentenvereine im Zeitalter der Ringe und Kartelle“ stattfindet. Es haben nur die mit einer Eintrittskarte versehenen Personen Zutritt.

Friedensdemonstration, welche nach der Demonstration am 3. September er., im Milchgeschäft Schlegelstraße 20, von Treptow kommend auf der linken Seite, Bier, Selter oder Brause getrunken haben, werden gebeten, ihre Adresse zwecks Zeugnisausgabe an E. Fromm daselbst gelangen zu lassen.

„Der Wahre Jakob“. Die am nächsten Dienstag fällige Nummer 880 gelangt bereits am Freitag, den 3. d. Mts., in der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Lindenstr. 89, zur Ausgabe und von dann an alle vierzehn Tage freitags.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdors.

Eine rätselhafte Selbstmordaffäre beschäftigt zurzeit die hiesige Kriminalpolizei. Vor einigen Tagen wurde im Brunnenwald in der Nähe der Dahlemer Barmarkung der 70jährige Gärtner Gottlieb Mathias aus der Prinz-Regenten-Str. 55 an einem Baume hängend aufgefunden. Spaziergänger betreten den nur noch schwache Lebenszeichen von sich gebenden Mann und sorgten für seine Ueberführung nach dem Kreiskrankenhause Groß-Lichterfelde. Hier liegt der Greis in sehr bedenklichem Zustande darnieder. Als er für kurze Zeit zum Bewußtsein kam, machte er Angaben, die zu der Vermutung führten, daß es sich doch nicht um einen Selbstmord handele. Er erzählte u. a., daß er mit Kollegen zusammen gewesen sei, die ihn ansehend betrunken gemacht hätten. Der weiteren Vorgänge will er sich absolut nicht entsinnen können. Insbesondere erklärte der Gärtner, daß er nicht die geringste Ursache gehabt, sich das Leben zu nehmen. Auf Grund dieser Bekundungen hat die Polizei eine Untersuchung dieser rätselhaften Angelegenheit eingeleitet.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Eine Gesellschaft ist mit dem Antrage an die Gemeinde herangetreten, in den Straßen mehrere Telephonzellen aufzustellen. Diefelben sollen eine Normaluhr erhalten, des Nachts beleuchtet und die Wände mit Reflektoren versehen werden. Die Vertretung stimmt dem zu. Die in der letzten Sitzung gewählte Feuerungskommission beantragt den Bezug von Serrischen und Verkauf derselben durch die zwei hiesigen Händler gegen geringe Entschädigung. Ferner den Einkauf von guten sortierten Kartoffeln und Verkauf derselben am Bahnhof in Mengen von 1/2 bis 1 Zentner. An Ortsorte sollen nach Bedarf Kartoffeln unentgeltlich abgegeben und die Unterhaltungskosten um 10 Prozent erhöht werden. Nach langer Debatte wurden die Anträge der Kommission einstimmig angenommen und ein Betrag von 2000 M. dafür genehmigt. Dergleichen stimmte die Vertretung einer Erweiterung des Vertrags wegen bakteriologischer Untersuchung der Milch zu. Die Kosten belaufen sich auf 2 Pf. pro Kopf der Bevölkerung. Einstimmig wurde die Aufstellung ein Schulzahnarztes beschlossen. Die Mittel hierfür sollen in den nächsten Etat eingestellt werden. Daß seit mehreren Jahren im Gange befindliche Zusammenlegungsarbeiten der Wangelände im Osten geht seiner Vollenendung entgegen. Dadurch werden größere unbebaute Gelände, welche bisher wegen ihrer Versteinertheit nicht bebaut werden konnten, der Bebauung erschlossen. Eine Vorlage des Gemeindevorstandes, das Rathaus, das Gymnasium, die Volksschulen und die Pumpstation an das Elektrizitätswerk anzuschließen, fand Zustimmung. Unter Mitteilungen gab der Bürgermeister bekannt, daß der Gemeindevorsteher Bürgermeister sein Amt wegen Verzugs nach Berlin, die Gemeindevorsteherin Agnild und Sonnenburg wegen Krankheit ihr Amt niedergelegt haben. Dem Genossen Sonnenburg, welcher der Gemeindevertretung 16 Jahre angehört hat, widmet der Bürgermeister warme Worte der Anerkennung für sein rastloses Arbeiten im Dienste der Gemeinde und seiner Wähler. Wenn auch die Meinungen mit der Mehrheit des Hauses oft weit auseinandergingen, so müsse er doch anerkennen, daß der Kollege Sonnenburg stets in sachlicher Weise gestimmt, praktisch mitgearbeitet und einen großen Anteil an den sozialen Fortschritten der Gemeinde habe. — Der Antrag unserer Genossen, die Neuwahlen für die ausgetretenen Mitglieder nicht, wie es bisher meist üblich war, bis zu den nächsten allgemeinen Wahlen zu verschieben, sondern unverzüglich vorzunehmen, wurde einstimmig angenommen.

Der erste Seilschweifverkauf findet am Freitag, den 3. November, vormittags von 8 Uhr bis nachmittags 1 Uhr, auf dem Marktplatz statt.

Neuenhagen (Stibahn).

Die letzte Gemeindevertretung beschäftigte sich mit einem Antrage auf Gewährung einer Ehrengabe an die Veteranen. Herr Wiffel, der zugleich Vorsitzender des Kriegervereins ist, begründete den Antrag damit, daß andere Gemeinden und Städte eine solche Ehrengabe an die Veteranen gezahlt haben und weil man den selben moralisch zur Zahlung einer Ehrengabe verpflichtet ist. — Da die hier in Betracht kommenden Veteranen fast alle wirtschaftlich gut gestellt sind und weil sich unsere Vertreter aus tatsächlichen Gründen in der Diskussion vorläufig nicht verhielten, konnte man bei Beratung über die Höhe der Unterstüzung und über die Bedürftigkeit den meisten der bürgerlichen Vertreter die Verlegenheit vom Gesicht ablesen.

Nachdem Gen. Köfeling gefragt, ob auch Nichtmitglieder des Kriegervereins bedacht werden sollen und hierauf eine bejahende Antwort erhielt, erklärte der Gemeindevorsteher, daß andere Gemeinden nur an die Veteranen mit einem Einkommen bis 900 M. eine Beihilfe gezahlt hätten. Gleichwohl sprach sich aber auch der Gemeindevorsteher im empfehlenden Sinne aus. Während man eine Einkommensgrenze von 1200 M. annahm, sollte die Gemeindevertretung eine Pauschsumme bewilligen und die Verteilung dem Kriegerverein überlassen; hierbei wollte Herr Ritterbart die Veteranen mit niedrigem Einkommen höher bedacht wissen. Die Unterstüzung der Veteranen sei Sache des Staates, führte in richtiger Weise Herr Ammon aus und schlug eine Einkommensgrenze von 1500—1800 M. vor. Da man aber eine solche unvorbereitete Erledigung der Allgemeinheit gegenüber wohl doch nicht glauben verantworten zu können, beschloß die Gemeindevertretung Vertagung und Verteilung an eine Kommission, welcher auch Genosse Köfeling angehört. — Genosse Köfeling als Mitglied der Begebauungskommission stellte nochmals fest, daß dem Gattner Gottschalk, wie allen in Betracht kommenden Anliegern der Eidenallee, für abzutretendes Straßenland pro Quadratmeter 1 M. geboten worden ist; hierzu beschloß die Gemeindevertretung einstimmig, p. Gottschalk aufzufordern, die übrigen in einem Artikel der „Neuenhagener Zeitung“ aufgestellten Uebereinstimmungen richtig zu stellen und die Beileidigung der Gemeindevorsteher zurückzunehmen. — Die Begebauungskommission soll zum Erlaß von Vorschriften zur Reinigung von Straßen und Verkehrsweegen eine Vorlage machen.

Grinow.

Sein 7. Stiftungsfest feiert am Sonnabend, den 4. November, im Lokal „Jägerhaus“ der Arbeitergefangenenverein „Sängerlust“. Ein ausgewähltes Programm, bestehend in Chor-, Einzel- und Quartettgesängen, sowie Theateraufführung, gewährt einen genussreichen Abend. Da der Verein bei Parteilichkeiten stets mitwaltet, wäre ein zahlreicher Besuch der Parteilichen sehr erwünscht.

Tenzig (Kreis Teltow.)

Eine Versammlung unter freiem Himmel hatten die Genossen von Tenzig am Sonntag in Bindowbrück anberaumt. Der Gastwirt in Bindow stellt kein Lokal der Arbeiterkassen nicht zur Verfügung, weil er angeblich mit den zuständigen Behörden ein Abkommen getroffen haben soll, was ihn, um nicht wortbrüchig zu werden, zwingt, uns sein Lokal für Versammlungen nicht herzugeben. Nach umfangreicher Agitation in der Umgebung für die Versammlung hatten sich circa 250 Teilnehmer als Zuhörer eingefunden, welche den vortrefflichen Ausführungen des Referenten Genossen Emil Unger über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl bis zum Schluß trotz der schon kalten Witterung mit der größten Aufmerksamkeit folgten. Diskussionsredner meldeten sich nicht. Der Vorsitzende ermahnte im Schlußwort die Versammlungsbesucher, an die Ausübung der Pflichten zur bevorstehenden Reichstagswahl zu gehen sowie das Lokal in Bindow möglichst zu meiden. Die Versammlung schloß dann mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Bernau.

Der finanzielle Effekt der Hufstienspiele. Was unsere Genossen vorausgesagt, ist eingetroffen: die Stadt hat, wie dies bereits in der letzten Stadtverordnetenversammlung zum Ausdruck kam, mit der Arrangierung der in diesem Jahre abgehaltenen Hufstienspiele zum Schaden der Steuerzahler ein gründliches Pflaster erlitten. Wie in der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt wurde, sollten im nächsten Jahre wieder Hufstienspiele veranstaltet werden; die Stadt sollte die Garantie für alle nicht durch den 21.400 M. betragenden Garantiefonds gedeckten Ausfälle übernehmen. Eine klare Abrechnung über die in diesem Jahre stattgefundenen Hufstienspiele konnte nicht gegeben werden, es wurde eine solche für die nächste Versammlung verlangt. So viel steht aber bereits schon fest, daß das Defizit kein geringes ist. Zunächst sollte die Einnahme 74.067,86 M. und die Ausgabe 72.332,81 M. betragen haben; hierauf wurde der Versammlung jedoch ein Gemisch von Zahlen vorgeführt, aus dem niemand klar werden konnte. Erst als Genosse Helbig darauf drang, der Versammlung eine bestimmte Abrechnung vorzulegen, sah sich ein Ausschussmitglied genötigt, einigermaßen ein Bild von dem Stande der Finanzen zu geben. Danach ist der Garantiefonds vollständig verloren und die Stadt müßte noch einen Zuschuß von 9000 Mark leisten, wofür sie als Entschädigung die Tribüne hätte, die sie dann als Brennholz verkaufen könnte. Von unseren Genossen wurde von Anfang an vor diesem Unternehmen gewarnt und empfohlen, die 1000 Mark, welche zu den Hufstienspielen anfangs bewilligt wurden, lieber an arme Einwohner zu verteilen. Jetzt sollen aber aus dem Steuerfädel noch weitere 9000 Mark bewilligt werden, wogegen unsere Genossen protestierten. Auch der Vorsteher hatte sich dagegen gewandt, einer unbestimmten Summe, wie sie die Vorlage verlangt, zuzustimmen.

Ein Antrag unserer Genossen, den Magistrat zu ersuchen, zur Abwendung der Teuerung eine Summe zu bewilligen zwecks Anschaffung von Lebensmitteln, damit diese an hiesige Einwohner eventuell zum Einkaufspreise abgelassen werden können, wurde vom Genossen Helbig begründet und einstimmig angenommen. Eine Kommission, bestehend aus den Stadtverordneten Vols, Dr. Blener und dem Genossen Salzmann wurde mit den zu treffenden Maßnahmen betraut. Mit 18 gegen die 7 Stimmen unserer Genossen wurde der freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz eine einmalige Unterstüzung von 200 M. zur Beschaffung von Uniformen, Tragen, Binden usw. bewilligt. Unsere Genossen verlangten, daß die Stadt nur Tragen und Binden anschaffen und diese bei event. Unfällen der Kolonne zur Verfügung stellen soll. Die Anschaffung von Uniformen sollte man den Mitgliedern der Kolonne, sofern sich dieselben dafür interessieren, selbst überlassen, denn diese hätten mit der Hilfeleistung nichts zu tun. Zur Errichtung einer hiesigen Sparkasse wurde eine fünfmalige Kommission gewählt, welcher auch Genosse Krüger angehört.

Schwachthagen.

In diesem dunklen Winkel des Kreises Niederbarnim fand am Sonntag die erste Volkssammlung statt. Zwar gelang es nicht, eines der im Orte bestehenden Lokale zu bekommen. Da es jedoch unseren Genossen glückte, einen Einwohner von Schwachthagen zur Vergabe seines Gehöftes zu veranlassen, konnte eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten werden. Auch hier glaubte allerdings der Gemeindevorsteher zunächst wegen der am Orte bestehenden Kauf- und Klauensteuer die Erlaubnis der Versammlung hinauschieben zu sollen; schließlich bewog ihn der Hinweis auf bürgerliche Veranstaltungen, doch noch von einem Verbot Abstand zu nehmen. Um die Einwohner einzuschüchtern und sie von dem Besuch der Versammlung fernzubalten, war der Eingang zu dem Gehöft schon zwei Stunden vor Beginn der Versammlung von drei Bedarmen besetzt und auch einer der Lehrer hielt es für notwendig, dort Spalier zu bilden. Trotzdem waren circa 120 Teilnehmer — darunter auch Frauen — erschienen und lauschten den Ausführungen des Referenten Genossen Udo, der den Versammelten zeigte, wie die Sozialdemokratie es ist, die stets auch für Inerententent veranwortl. ist. Th. Hoff, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

die Interessen der ländlichen Bevölkerung eingetreten ist. Der lebhafteste Beifall, den die Versammlung den Ausführungen des Referenten zollte, gibt Gewähr dafür, daß dieselben auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Die anwesenden Vertreter des Reichsverbandes sowie der am Rande stehende Herr Lehrer hielten es für richtig, den Referenten durch wiederholtes Lachen zu unterstützen. In der Diskussion wählten sie den besseren Teil der Tapferkeit — sie schwiegen.

Spandau.

Von einem Automobil lebensgefährlich verletzt wurde vorgestern abend 6 Uhr der dreizehnjährige Knabe Karl Schulz, Sohn einer in der Götelstraße wohnhaften Witwe; der Knabe befand sich auf der Heerstraße, Ecke Bicheldorfer Straße, als er von einem in schneller Fahrt daherkommenden Kraftwagen erfasst und eine Strecke mit fortgeschleift wurde. Der Wagenfahrer bemerkte das Unglück und hielt. Der Knabe wurde bewußlos aus einer Kopfwanne blutend unter dem Kraftwagen hervorgezogen und auf ärztliches Anraten nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht, wo er in bedenklichem Zustande daniederliegt.

Aus aller Welt.

Zur Einsturzkatastroph in Frankreich.

Der bereits gestern gemeldete Einsturz einer im Bau befindlichen Holzfabrik in Nogent-sur-Seine hat 11 Arbeitern das Leben gekostet, während 40 Arbeiter in schwer verletztem Zustande aus den Trümmern geborgen wurden. Der Einsturz der Bauhallen erfolgte, ohne daß vorher irgend ein Zeichen der drohenden Gefahr wahrgenommen wurde. Sofort nach der Katastrophe wurden die Rettungsarbeiten in Angriff genommen. Eine Abteilung Soldaten wurde von Trohes aus nach der Unfallstelle entsandt, um in Gemeinschaft mit der Feuerweh die Verunglückten Hilfe zu bringen. Die Rettungsaktion gestaltete sich sehr schwierig, da teilweise bis zu 10 Meter Schutt fortgeräumt werden mußten, um zu den jammernden und hilflosen Verunglückten zu gelangen. Trotzdem der Einsturz bereits um 4 Uhr nachmittags erfolgte, waren bis mitternacht erst fünf Tote und acht Verletzte geborgen. Während der ganzen Nacht wurden die Rettungsarbeiten mit Höllebeleuchtung unermüdlich fortgesetzt. Unter den Verunglückten sollen sich auch mehrere deutsche Maschinenbauer befinden, die auf dem Unfallort im Auftrage ihrer Firma mit der Montage von Maschinen beschäftigt waren.

Dampferkatastroph auf hoher See.

Wie ein Telegramm aus Las Palmas meldet, stießen an der westafrikanischen Küste die französischen Dampfer „Liberia“ und „Dioliba“ zusammen. „Dioliba“ sank nach kurzer Zeit und 21 Mann der Besatzung sowie drei Passagiere fanden in den Wellen den Tod. Die beiden Dampfer befanden sich auf der Heimreise von Kotonu (Südafrika) nach Marseille.

Die Rache des Gatten.

Eine entsetzliche Bluttat verübte in der galizischen Ortschaft Jolkiew der Landwirt Kierniki. Nach der Rückkehr von einem längeren Aufenthalt in Amerika erfuhr Kierniki, daß seine Frau mit einem Studenten ein Liebesverhältnis eingegangen war. In seiner Wut über die Untreue seiner Frau überfiel er nachts das Liebespaar, tötete die beiden und verstaubte die Leichname in gräßlicher Weise. Der Täter ergriff die Flucht, wurde jedoch bald darauf von der Polizei ermittelt und in Haft genommen.

Kleine Notizen.

Ein Liebesroman im Hotel. In einem Gasthause in Odenburg erschienen Mittwoch mittag ein Mann und eine Frau, die sich unter dem Namen Weder und Frau aus Stuttgart in das Hotelbuch eintrugen. Als nach längerer Zeit das Zimmer nicht geöffnet wurde, wurde es gewaltsam geöffnet, und man fand den Mann, der etwa im Alter von 28 bis 30 Jahren steht, erschossen und die etwa 20jährige Frau schwer verletzt vor.

Rettung Schiffbrüchiger. Die Rettungsstation Luzzhagen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 1. November wurden von dem norwegischen Dreimastschoner „Garmonia“, Kapitän Hansen, gestrandet auf Ostland, mit Stabholz von Drammen nach Trehoe bestimmt, acht Personen durch ein Rettungsboot des 3. Eislebenschiffes gerettet.

Die Cholera in Serbien. Nach einer Kundgebung des Sanitätsdepartements des Ministeriums des Innern sind in Serbien in der Zeit vom 22.—24. Oktober acht neue Choleraerkrankungen vorgekommen, von denen drei tödlich verliefen. Außerdem sind drei bereits früher erkrankte Personen gestorben.

Bei Flugversuchen tödlich verunglückt. In San José in Kalifornien ist der Professor John Montgomery bei Versuchen mit einem Gleitapparat eigener Konstruktion abgestürzt und hat dabei sein Leben eingebüßt.

Ein Fall von Lungenpest in England. Bei einem im Marinehospital zu Shottley in der Grafschaft Suffolk eingelieferten Seemann ist Lungenpest festgestellt worden. Weitere Fälle sind nicht vorgekommen. Alle Vorsichtsmaßnahmen sind getroffen, um einer Ausbreitung der Krankheit vorzubeugen.

Wetterprognose für Donnerstag, den 2. November 1911.

Etwas kühler, vieloch heiter, jedoch unbeständig mit leichten Regenschauern oder Graupelregen und ziemlich starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Am Sonntag, den 5. November d. J., vormittags 10 1/2 Uhr, finden

Versammlungen

statt für die

Gruppe der Pufferträger

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c,

und für die

Gruppe der Fahrstuhlarbeiter

bei Jannasch („Insel-Geistale“), Inselstr. 10,

am Donnerstag, den 9. November d. J., abends 8 1/2 Uhr, für die

Gruppe der Rohrer

im Saal II des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.

In diesen Versammlungen erlauben wir alle Mitglieder, die größte Agitation unter den in Frage kommenden Kollegen zu entfalten und für deren Besuch aufzufordern. Unorganisierte Kollegen der betreffenden Gruppe sind als Gäste herzlich eingeladen. Der Zweigvereinsvorsitzende,

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.